

IDEEN MÖGLICH MACHEN!



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



IDEEN MÖGLICH MACHEN!

30 Jahre

**Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg
1978 - 2008**



Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort

Ministerpräsident Günther H. Oettinger 9

1978 - 1991

Minister Prof. Dr. Helmut Engler

Vivat...

Ein neues Ministerium

Minister a.D. Prof. Dr. Helmut Engler 15

Anmerkung zur Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg

Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. h.c. Lothar Späth 18

Forschung und Lehre - Fiebiger-Professuren und Öffnungsbeschluss

Prof. Dr. Dr. h.c. Adolf Laufs 21

Der Zeit voraus - Zum Ausbau der Universitäten

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Mittelstraß 23

Die Fachhochschulen in Baden-Württemberg - Eine tragende Säule im Hochschulsystem

Prof. Dr. h.c. Dietmar von Hoyningen-Huene 25

Vom Flaggschiff der beruflichen Bildung zur Dualen Hochschule - Bemerkungen über die Berufsakademie

Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred Erhardt 28

Die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

Prof. Dr. Alfred Bodenheimer 30

Ein Museum im Wandel - Die Staatsgalerie Stuttgart

Prof. Dr. Peter Beye 32

Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Prof. Peter Weibel 34

Große Landesausstellungen

Prof. Dr. Harald Siebenmorgen 36

1991 - 2001

Minister Klaus von Trotha

Crescat...

Man muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen

Minister a.D. Klaus von Trotha 41



Organisationsreform oder Die Abkehr von "My Chair is my Castle" - Erinnerungssplitter eines Zeitgenossen Prof. Dr. Detlef Müller-Böling	46
Hochschulstrukturkommission und Solidarpakt Staatssekretär a.D. Rudolf Böhmler	48
30 Jahre MWK - 30 Jahre Erfolgsgeschichte der Hochschulmedizin Prof. Dr. Dr. h.c. Georg Sandberger	51
Weltraumforschung Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz	54
Die Nutzung neuer Medien in der Hochschullehre Prof. Dr. Dr. Friedrich W. Hesse	56
Frauenförderung Dr. Dorothee Dickenberger	58
Ein Rückblick auf die Gründung der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe (HfG) Prof. Dr. Peter Sloterdijk	61
Die Gründung des Hauses der Geschichte Baden- Württemberg Ministerpräsident a.D. Dr. h.c. Erwin Teufel	63
Die Künste und das Ministerium - Zur Dialektik des Windschiefen Prof. Klaus Zehelein	66

seit Juni 2001

Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg

Floreat!

Zwölf Fragen der Redaktion an Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg Interview mit Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg	69
Die Exzellenzinitiative - Nur ein Meilenstein? Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst-Ludwig Winnacker	73
Karlsruher Institut für Technologie - Ein Modell für die Zukunft! Prof. Dr. Eberhard Umbach	75
BIOPRO Baden-Württemberg - Viel Wissenschaft und ein wenig Kunst Dr. Ralf Kindervater	77
Die Einführung des gestuften Studiensystems Prof. Dr. Margret Wintermantel	79

Die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg - Entwicklungen und neue Herausforderungen Dr. Gisela Meister-Scheufelen	81
Hochschule 2012 - Ein weiteres Programm zur Zukunftssicherung in Baden-Württemberg Dr. Klaus Herberger	84
Studiengebühren - auch ein Marketing-Problem! Prof. Dr. Markus Voeth	87
Die drei "Kreativ-Akademien" in Baden- Württemberg - Zur Geschichte von Filmakademie, Popakademie und Akademie für Darstellende Kunst Minister a.D. Dr. Christoph E. Palmer	90
Kultur braucht Förderung Dr. Nicola Leibinger-Kammüller	94
Ausblick - Ideen möglich machen! Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg Staatssekretär Dr. Dietrich Birk	96
Gründungsakt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Bild	100
Zeittafel Minister, Politische Staatssekretäre und Ministerialdirektoren im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit 11.05.1978	101
Impressum	103



Vorwort

Ministerpräsident
Günther H. Oettinger

Mitte des 19. Jahrhunderts waren wir das Armenhaus Deutschlands. Heute ist Baden-Württemberg eine der dynamischsten Wirtschafts- und Technologieregionen der Welt. Als Land der Technik und der Ideen ist Baden-Württemberg ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor der Bundesrepublik. Einen entscheidenden Beitrag dazu leisten unsere ausgezeichneten Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie ein reiches und vielfältiges Kulturleben.

Ideen sind unser Rohstoff. Den Aufstieg zum Hightech-Standort Nr. 1 in Europa verdankt unser Land seinengut ausgebildeten, leistungsbereiten und kreativen Menschen. Die Schaffung eines eigenen Ressorts für die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kunst im Jahr 1978 trägt dem Rechnung.

Heute bietet Baden-Württemberg eine in Deutschland einzigartige Dichte und Qualität an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dies ist das Ergebnis eines konsequenten Ausbaus, der in den 30 Jahren des Bestehens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst deutlich an Fahrt gewonnen hat.

Wichtige Wegmarken sind die fachliche Erweiterung der Universitäten, insbesondere in den Lebenswissenschaften und der Informatik, Initiativen wie die „Wissenschaftsstadt Ulm“ und die Gründung einer „Fakultät für Angewandte Wissenschaften“ der Universität Freiburg. Nicht weniger bedeutsam sind der konsequente Ausbau und die Regi-

onalisierung der Fachhochschulen, die Bewahrung der Pädagogischen Hochschulen als eigenständige Hochschulform und das baden-württembergische Erfolgsmodell Berufsakademie, das derzeit zu einer „Dualen Hochschule“ aufgewertet wird. 1998 wurden die Universitätsklinika verselbstständigt. Zwei Solidarpakte haben Planungssicherheit für die Hochschulen und für die Universitätsmedizin in Baden-Württemberg gewährleistet. Einen vorläufigen Höhepunkt, sicher aber keinen Schlusspunkt stellt die Entscheidung zur Verschmelzung des Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe zum „Karlsruher Institut für Technologie“ im Jubiläumsjahr des MWK dar.



Rahmenbedingungen für die Zukunft

So gilt es immer wieder aufs Neue, optimale Strukturen und Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre zu schaffen. Das ist bisher sehr gut gelungen. In allen überregionalen Rankings schneiden die baden-württembergischen Universitäten und Fachhochschulen hervorragend ab.

Baden-Württemberg ist das erfolgreichste Land in der von Bund und Ländern gemeinsam durchgeführten Exzellenzinitiative. Mit den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Konstanz befinden sich vier der bundesweit neun Exzellenzuniversitäten im Südwesten. Exzellenzcluster und Graduiertenschulen wurden auch in Stuttgart, Tübingen, Mannheim und Ulm bewilligt.

Die Erfolge der baden-württembergischen Universitäten nicht nur in der Exzellenzinitiative, sondern auch in zahlreichen nationalen und europäischen Wettbewerben sind auch das Ergebnis einer langjährigen strategischen For-

schungsförderung des Ministeriums. Im Mittelpunkt steht das kontinuierliche Gespräch mit den Universitäten über die Weiterentwicklung der Forschungslandschaft. Das Ministerium unterstützt den Aufbau wettbewerbsfähiger Forschungsschwerpunkte, die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, landesweite Forschungsverbünde und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen. Es gibt wenige Regionen in der Welt, in denen so viel geforscht wird wie in Baden-Württemberg. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt liegt bei 4,2% - ein internationaler Spitzenwert. Hauptträger von Forschung und Entwicklung ist die Wirtschaft.

Chance und als Herausforderung für den Standort Baden-Württemberg. Sie hat auf den steigenden Bedarf reagiert und wird zusätzlich 16.000 Studienanfängerplätze bereitstellen. Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sollen vor allem die Ingenieur- und Naturwissenschaften ausgebaut und beworben werden. Gemeinsam mit Hochschulen und Berufsakademien, Unternehmen, Verbänden und Kommunen setzt das Wissenschaftsministerium das Ziel um, auch die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren und den doppelten Abiturjahrgang 2012 mit hoher Qualität auszubilden. Baden-Württemberg hat sich als erstes Bundesland der Herausforderung steigender Studierendenzahlen gestellt.

Zum Sommersemester 2007 hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester eingeführt. Damit fließen den Hochschulen

„Unser Rohstoff sind Ideen.“

Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen tragen ein Fünftel der Gesamtaufwendungen. Das Land beherbergt 12 Max-Planck-Institute und 15 der 56 Fraunhofer-Institute. Ein Viertel der Forschungskapazität deutscher Großforschungseinrichtungen ist in Baden-Württemberg konzentriert: das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg, das Forschungszentrum Karlsruhe und Einrichtungen der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt.

Gab es im Jahr 1980 150.000 Studierende an baden-württembergischen Hochschulen und Berufsakademien, so ist die Zahl aufgrund eines stetigen Ausbaus der Hochschullandschaft auf heute 250.000 angewachsen. Die Nachfrage nach Studienplätzen wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Bis 2012 werden - unter anderem durch den doppelten Abiturjahrgang infolge der 8-jährigen Gymnasialzeit - rund 30% mehr Studienanfängerplätze benötigt. Die Landesregierung sieht dies als

jährlich rund 180 Millionen Euro zusätzliche Mittel zu. Sie werden in vollem Umfang für eine bessere Lehre und bessere Studienbedingungen eingesetzt. Entscheidend ist, dass durch die Studiengebühren niemand vom Studium abgehalten wird. Deshalb hat die Landesregierung auf eine sozialverträgliche Ausgestaltung größten Wert gelegt.

Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik

Bildungspolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Wenn wir die Hochschule 2012 planen, geht damit der Arbeitsmarkt 2015 Hand in Hand, der hoch qualifizierte Fachkräfte braucht. Deshalb ist die richtige Hochschulpolitik entscheidend für den Erfolg unserer Wirtschaft in der Zukunft. Unser Bildungssystem braucht Durchlässigkeit bis in die Spitze; Erfolg auf dem Bildungsweg darf weder von sozialen Faktoren noch von formalen Hürden abhängen. Es muss uns gelingen, die Zahl der Hochschul-

absolventen generell zu erhöhen. Der Frauenanteil ist vor allem bei den Ingenieursstudiengängen noch zu gering. Es ist wichtig, Fachkräfte nicht nur im Land auszubilden, sondern auch zu halten. All das ist Voraussetzung, damit Baden-Württemberg auch künftig bleiben wird, was es heute ist: die innovativste Region Europas.

Dabei ist nicht zuletzt die Wirtschaft selbst gefordert. Ihr verstärkter finanzieller Einsatz für Forschungsprojekte, Forschungszentren, Stiftungsprofessuren und Stipendien ist nicht nur notwendig, um dem drohenden Fachkräftemangel langfristig und wirkungsvoll entgegenzusteuern. Das Engagement der Wirtschaft ist zugleich eine Voraussetzung, um die Wertschöpfungskette von der Forschung über die Entwicklung bis zur Produktion langfristig noch enger zu knüpfen. Den dafür erforderlichen engen und konsequenten Dialog mit der Wirtschaft hat die Landesregierung mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ aufgenommen. Alle neuen Studiengänge werden hinsichtlich Bedarf und inhaltlicher Ausrichtung mit der Wirtschaft abgestimmt.

Die Hochschulreformen der vergangenen Jahre haben rechtliche Strukturen geschaffen, die einen nachhaltigen Dialog mit der Wirtschaft erleichtern. Das Landeshochschulgesetz hat die Rahmenbedingungen für eigenverantwortliche, „unternehmerisch“ handelnde Hochschulen begründet.

Kultur prägt Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind neben Wissenschaft und Forschung auch Kunst und Kultur zu Hause. Die Eiszeitkunst von der Schwäbischen Alb gehört zu den ältesten Überlieferungen der Menschheit. Aus dem Kloster Reichenau stammen die prachtvollsten Buchmalereien des Mittelalters. Heidelberg, Freiburg und Tübingen gehören zu den ältesten Universitäten Deutschlands. Tradition

und Innovation, ein vielfältiges und dichtes Angebot an kulturellen Einrichtungen und eine lebendige künstlerische Avantgarde prägen Baden-Württemberg. Kulturelle Erlebnisräume, Institutionen und Orte der Kulturvermittlung tragen ganz wesentlich zur Ausstrahlung und Vitalität unserer Städte und Regionen bei. Auch als Wirtschafts- und Standortfaktoren sind Kunst und Kultur von großer Bedeutung.

Zwei Beispiele aus dem reichen Kulturleben seien hier erwähnt: Seit im Jahr 1977 die Staufer-Ausstellung präsentiert wurde, kann das Land auf die besondere Erfolgsgeschichte der Großen Landesausstellungen zurückblicken. Diese Ausstellungsreihe der staatlichen Museen hat in den vergangenen 30 Jahren überregionale und internationale Ausstrahlung entwickelt. Die Großen Landesausstellungen sind Besuchermagneten. Sie genießen über die Landesgrenzen hinaus eine exzellente Reputation und haben weite Bereiche der Bevölkerung erreicht. Es ist daher ein besonders wichtiges Ziel der Landesregierung, diesen Erfolg durch neue Angebote - seien es historische, naturkundliche, technische oder künstlerische Themen aus den Bereichen der Landesmuseen - mittels der Großen Landesausstellungen fortzusetzen.

Die beiden Staatstheater des Landes können sich an nationalen und internationalen Maßstäben messen lassen. Als größtes Drei-Sparten-Haus in Deutschland feiern die Württembergischen Staatstheater Stuttgart jährlich mit fast 600.000 Besuchern beeindruckende Erfolge und wurden bereits sechs Mal zum „Opernhaus des Jahres“ und im Jahr 2006 zum „Theater des Jahres“ gekürt. Das Stuttgarter Ballett ist weltbekannt und dessen Intendant, Reid Anderson, wurde im Jahr 2006 ebenfalls mit einer Auszeichnung, dem „Deutschen Tanzpreis“, geehrt. Besondere Programmhöhepunkte bietet das Badische Staatstheater Karlsruhe mit den jährlich statt-

findenden Händel-Festspielen und den Europäischen Kulturtagen.

Baden-Württemberg steht in Wissenschaft, Forschung und Kunst sehr gut da. Eine solche Position kommt nicht von heute auf morgen. Politik lebt von nachhaltiger Planung und langfristigen Entscheidungen. Heute geht es darum, schon die nächsten Schritte zu planen und dabei weiterhin auch bundesweit die richtigen Maßstäbe zu setzen.

In diesem Sinne wünsche ich dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Vivat, crescat, floreat!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Oettinger', with a long horizontal stroke extending to the right.

Günther H. Oettinger
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg

Vivat...

Sie, er, es lebe - wir mögen leben!

Die Leistungen in Wissenschaft, Forschung und Kunst bestimmen unser Leben von morgen. Sie sind der Maßstab, an dem eine Gesellschaft von späteren Generationen rückblickend gemessen wird. Ideenreichtum, Kreativität und Innovationsfähigkeit ganzer Epochen lassen sich daran ablesen. Das MWK Baden-Württemberg wurde gegründet, um die Ideen für diesen Maßstab zu unterstützen und zu fördern.

Ein neues Ministerium

Minister a.D. Prof. Dr. Helmut Engler

Als im Jahr 1978 der hoch angesehene Kultusminister Wilhelm Hahn aus seinem Amt ausschied, waren im Schul- wie im Hochschulbereich so umfangreiche und dringende Reformbedürfnisse sichtbar geworden, dass sich Ministerpräsident Filbinger entschloss, die für die Hochschulen und für die Kunst zuständigen Abteilungen aus dem alten Kultusministerium auszugliedern und in einem neuen, eigenständigen Ministerium zusammenzufassen.

Bei den Hochschulen waren die Unruhen der ausgehenden Sechzigerjahre, die im Land glimpflicher verlaufen waren als an anderen Orten, größtenteils überwunden, aber es galt vor allem, die Ausstattung der Hochschulen so zu verbessern, dass sie den gesteigerten Anforderungen gerecht werden konnten. Die Nachfrage nach Studienplätzen war stark gestiegen, auch die Universitäten hatten im Zug allgemeiner Sparmaßnahmen trotz heftiger Gegenwehr eine beträchtliche Zahl von Personalstellen eingebüßt, und sie mussten befürchten, ihre Aufgaben in Forschung und Lehre nicht mehr ordentlich erfüllen zu können. Das neue Ministerium musste deshalb dem Ausbau der Hochschulen besonderes Gewicht beimessen.

Das Modell der Universität

Das Bild der Universität wurde noch weitgehend bestimmt von den Idealvorstellungen Wilhelm von Humboldts,

nach dessen Modell an den Universitäten im forschenden Umgang mit den Wissenschaften nicht in erster Linie praktisch verwertbare Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern ständig fortzuentwickelnde Erkenntnisse und methodische Fähigkeiten vermittelt werden sollten. Die Universitäten wurden auch verstanden als wichtige Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung, als Träger geistiger Bildung und als Kristallisationspunkte des kulturellen Lebens. In diesem Modell, nach dem auch die heute vielfach als Vorbild geltenden Spitzenuniversitäten in England und Amerika organisiert waren, war damals von Elite,

Exzellenz, Wettbewerb und Ranking nicht die Rede. Es ist aber nicht zu verkennen, dass damals schon zum großen Teil die Grundlagen, auf denen die heutige hohe Anerkennung der Hochschulen des Landes beruht, geschaffen worden waren. Insbesondere waren in den Geisteswissenschaften, in den Naturwissenschaften einschließlich

der Medizin und auch in den technischen Fächern viele hervorragende, international angesehene und ausgezeichnete Forscher und Lehrer tätig. Baden-Württemberg ist in Deutschland das hochschulreichste Land. Den Grundsätzen einer dezentralen und differenzierten Gesellschafts- und Hochschulpolitik entspricht es, dass hier ein dichtes Netz von Einrichtungen der tertiären Bildungspolitik gespannt ist, das neben den Universitäten die Pädagogischen Hochschulen, die Fachhochschulen, die Musik- und Kunsthochschulen und zusätzlich die bei uns geschaffene Kategorie der Berufsakademien umfasst. Das bedeutet regionale



Ausgewogenheit und Bürgernähe. Wir haben Hochschulen in allen Regionen des Landes. Überall wissen die Menschen, daß Bildungseinrichtungen des tertiären Bereichs auch in ihrer näheren Umgebung bestehen. Sie betrachten sie als „ihre“ Hochschulen, die in die Stadt oder Landschaft integriert sind und deren gutes Gedeihen auch in ihrem Interesse liegt.

Das Schwergewicht des personellen und räumlichen Ausbaus lag auf den neun Universitäten einschließlich der Universitätsklinika. Hier galt es besonders in den Fächern, in denen Zulassungsbeschränkungen unerlässlich waren, die Ausbildungskapazität zu erhöhen und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern.

Der Ausbau der Hochschullandschaft

Mit besonderem Nachdruck wurde der Ausbau der Fachhochschulen betrieben, die mit ihren kurzen, praxisbezogenen Studiengängen eine vor allem für die Wirtschaft des Landes wichtige Aufgabe im Gesamtkonzept der Hochschulen erfüllen. Die baden-württembergischen Fachhochschulen, deren Kapazität in der

mit der einheimischen Wirtschaft auf ideale Weise ebenso zum Vorteil der Studierenden wie zum Nutzen der beteiligten Unternehmen gereichte. Von 1978 bis 1991 wurde die Zahl der Studienplätze in den Berufsakademien von rund 1.200 auf über 12.000 ausgebaut, und mit unbeirrtem Festhalten an dieser Einrichtung wurde schließlich erreicht, daß die in ihr erworbenen Diplome auch in anderen Ländern, die sich mit der Berufsakademie zunächst nicht anfreunden wollten, anerkannt wurden.

Die Hochschulen im Zeichen des Kulturauftrags

Wissenschaftspolitik wurde in jenem Zeitabschnitt nicht als reine Organisation von Ausbildungsplätzen oder als Dienstleistung gegenüber Nutzern der Einrichtungen verstanden. Es ging nicht in erster Linie um zählbare und messbare Ergebnisse, mit deren Hilfe die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen beurteilt werden könnte. Vielmehr standen auch die Hochschulen im Zeichen des Kulturauftrags der Verfassung. Dem entsprach die Förderung der Literatur und der Bibliotheken ebenso wie die gesamte Kunstpolitik. Kunstförderung

war eine Aufgabe des Staates, für die vier Grundsätze gelten sollten, nämlich der Grundsatz der Ausgewogenheit

„Von Elite, Exzellenz, Wettbewerb und Ranking war damals nicht die Rede.“

Zeit von 1978 bis 1991 von rund 20.000 auf über 40.000 Studienplätze erweitert wurde, waren und sind – ungeachtet der Übernahme des sogenannten Bologna-Prozesses auch in diesem Bereich – immer noch bundesweit als hervorragende Einrichtungen anerkannt.

Zu der differenzierten Landschaft der tertiären Ausbildungseinrichtungen gehört auch der Ausbau der Berufsakademien, durch den die Zusammenarbeit

von Spitzen- und Breitenförderung, der Grundsatz der flächendeckenden Förderung, der Grundsatz der Subsidiarität der staatlichen Förderung und der Grundsatz der Freiheit der Kunst. Diese Grundsätze waren maßgebend etwa für die Förderung der Literatur, für die Einrichtung neuer und den Ausbau bestehender Museen, deren Zahl sich in den ersten dreizehn Jahren nahezu verdoppelt hat: Unzählige Einrichtun-

gen, die entsprechend den genannten Grundsätzen entstanden oder erweitert worden sind, wären aufzuzählen.

Dies soll hier nicht geschehen: Es seien, um die große Breite der damals in meinem Ministerium verfolgten Interessen anzudeuten, nur zwei in ihrem Aufbau und in ihren Zielrichtungen ganz verschiedene Institutionen herausgegriffen, mit denen Baden-Württemberg anderen Ländern vorausgegangen ist (sie beschäftigen mich heute noch), nämlich das für die Wirtschaftsgeschichte des Landes wichtige Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg und die Stiftung „Humanismus heute“, die den Zweck hat, das kulturelle Erbe der Antike zu pflegen und die humanistische Bildung zu fördern. Um die große Vielfalt der zum Ressort gehörenden Einrichtungen anzudeuten, seien hier nur noch die regionalen ländlichen Freilichtmuseen genannt, die nach der Gründung des

Ministeriums mit beträchtlichem Aufwand auch des Landes eingerichtet und ausgebaut wurden.

Vergleicht man das Arbeitsprogramm und den Tätigkeitsbereich des alten Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (damals umfasste der Begriff der Wissenschaft auch die Forschung) mit der Summe der heutigen Aufgaben des Ministeriums, so zeigt sich, dass in weiten Bereichen ein großer Wandel stattgefunden hat. Vor allem die Globalisierung und der rasche Fortschritt der Informationstechnik haben dafür gesorgt, dass heute auch die Wissenschafts- und Kunstpolitik in ganz anderem Licht erscheint als vor dreißig Jahren.

Anmerkungen zur Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg

Ministerpräsident a. D.
Professor Dr. h. c. Lothar Späth

Es ist eine reizvolle Herausforderung, aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über eine Konzeption zu schreiben, die zwar einen wesentlichen Aufgabenbereich des Ministeriums zum Gegenstand hat, die aber nicht vom Ressort selbst erarbeitet wurde, sondern von dem beim Staatsministerium angesiedelten Kunstkoordinator Prof. Dr. Dr. Hannes Rettich.

Die Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg wurde im Herbst 1989 vorgelegt, sie kann also im kommenden Herbst auf eine 20jährige Wirkungsgeschichte zurückblicken und es erscheint daher gerechtfertigt, nochmals kurz die Gründe aufzuzeigen, welche für deren Erarbeitung maßgeblich waren.

Der Stellenwert der Kunst

In meiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1989 habe ich unter anderem ausgeführt, dass der Stellenwert der Kunst in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche Änderung erfahren hat. „Lange Zeit war Kunst ein dem Alltag entgegengesetztes und sehr elitär geprägtes Interessengebiet, das einer kleinen Minderheit vorbehalten blieb. Heute ist sie ein integraler Bestandteil unserer Lebensbereiche, ein wesentlicher Gegenstand und Inhalt unseres

gesellschaftlichen Bewusstseins geworden. Die Kunst hat den Elfenbeinturm verlassen und ist geradezu zu einer sozialen Notwendigkeit unseres Zusammenlebens geworden. In dieser Entwicklung spiegelt sich der grundlegende gesellschaftliche und technische Wandel, der sich mit dem Fortschreiten von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft vollzogen hat.“

Diese Aussagen von vor fast 20 Jahren haben ihre Gültigkeit auch heute behalten. Vor fast 20 Jahren war es jedoch konsequent, angesichts der Bedeutung, welche die Kunst für alle Lebensbereiche erhalten hat, eine umfassende Bestandsaufnahme der Institutionen, der künstlerischen Aktivitäten, der staatlichen, kommunalen, privaten Förderung dieses Bereiches vorzunehmen und detaillierte Vorschläge zu seiner zukunftsorientierten Weiterentwicklung zu erarbeiten.

Hinzu kam ein weiteres: Ich hatte festgestellt, dass die Aufteilung der politischen Verantwortung und der administrativen Zuständigkeit für die Belange der Kunst auf vier Ressorts - professionelle Kunst im damaligen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Jugend- und Laienkunst im Ministerium für Kultus und Sport, Denkmalpflege und die kulturellen Belange der Heimatvertriebenen im Innenministerium sowie Schlösser und Gärten im Finanzministerium - einer Kunstpolitik „aus einer Hand“ nicht eben förderlich war. Es gab daher Erwägungen, Kunstpolitik und Kunstadministration in einem Ressort zusammenzufassen. Wenn ich schließlich auch unter dem Eindruck der



politischen Verantwortung und der administrativen Zuständigkeit für die Belange der Kunst auf vier Ressorts - professionelle Kunst im damaligen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Jugend- und Laienkunst im Ministerium für Kultus und Sport, Denkmalpflege und die kulturellen Belange der Heimatvertriebenen im Innenministerium sowie Schlösser und Gärten im Finanzministerium - einer Kunstpolitik „aus einer Hand“ nicht eben förderlich war. Es gab daher Erwägungen, Kunstpolitik und Kunstadministration in einem Ressort zusammenzufassen. Wenn ich schließlich auch unter dem Eindruck der

Kunstkonzeption von diesem Vorhaben Abstand genommen habe, dann deshalb, weil ich nicht ausschließen konnte, dass ein eigenes Kunstministerium zu viel administrative Kraft entfaltet hätte, wodurch die Freiheit der künstlerischen Entfaltung des einzelnen Künstlers, aber auch der Kunstinstitutionen möglicherweise beeinträchtigt worden wäre.

Anmerkungen zur Weiterentwicklung der Kunstkonzeption

Es könnte durchaus reizvoll sein, nach nunmehr fast 20 Jahren einmal Bilanz zu ziehen, was aus den damaligen Überlegungen und Vorschlägen der Kunstkonzeption geworden ist, ob der hohe Stand der damaligen Kunstförderung gehalten oder weiter gesteigert werden konnte oder gar Rückschritte hingenommen werden mussten. An dieser Stelle möchte ich mich auf einige Anmerkungen zu möglichen Weiterentwicklungen beschränken.

1. Das Wissen um die Kunst muss weitergegeben werden

„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“. Die Erkenntnis von Karl Valentin gilt nicht nur für die kreativen Künstler und all diejenigen, die im Kunstbereich und in den Kunstinstitutionen aktiv tätig sind. Sie gilt auch für diejenigen, die sich rezeptiv mit den kulturellen Zeugnissen der vergangenen Jahrhunderte, aber auch mit den zeitgenössischen Entwicklungen in der Kunst beschäftigen und auseinandersetzen wollen. Und diese Erkenntnis gilt für alle Kunstsparten. Der Sinngehalt beispielsweise eines

Gemäldes von Jan van Eyck erschließt sich in vollem Umfang nur demjenigen, der sich mit dem geistesgeschichtlichen Hintergrund zur Zeit des Künstlers befasst und auseinandersetzt. Den Inhalt einer zeitgenössischen Komposition erfasst nur, wer um die Entwicklung der Neuen Musik weiß.

2. Kunst und Universitäten können sich gegenseitig befruchten

In der Kunstkonzeption werden die Kunst- und Musikhochschulen ausführlich behandelt und dargestellt, die anderen Hochschularten eher randständig. Profitieren könnte in vielfältiger Hinsicht die Hochschullehre beispielsweise von dem an den Museen des Landes vorhandenen breiten und differenzierten Fachwissen. Zwar wirken auf Grund von Einzelabsprachen wissenschaft-

“Die Kunst hat den Elfenbeinturm verlassen und ist geradezu zu einer sozialen Notwendigkeit unseres Zusammenlebens geworden.”

liche Mitarbeiter aus Museen durchaus an Hochschulveranstaltungen mit. Institutionelle Vereinbarungen etwa zwischen einer Universität und einem Landesmuseum über einen gemeinsam getragenen Studiengang sind mir allerdings noch nicht bekannt geworden. Ich meine, dass hier ein Potenzial liegt, das in weit stärkerem Umfang als bisher für die Forschung und die Lehre an den Hochschulen genutzt und gewonnen werden sollte.

Um bei den Universitäten zu bleiben: Diese verfügen über teilweise beachtliche kunst- und kulturgeschichtliche Sammlungen von hoher Qualität,

die - wenn ich etwa an die Sammlung der Universität Tübingen im Tübinger Schloss denke - auch herausragend präsentiert werden. Hier erscheint mir eine stärkere Einbindung und Verknüpfung mit der Sammlungspolitik der Museen und des Landes erstrebenswert.

3. Die Mittel bleiben begrenzt

Die der Kunstförderung zur Verfügung stehenden Mittel werden immer begrenzt bleiben. Geachtet werden muss besonders darauf, dass immer auch ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um neue zeitgenössische Entwicklungen zu ermutigen und zu unterstützen. Im Wissenschaftsbereich gibt es Anschub- und Projektförderung. Pro-

jektförderung ist auch im Kunstbereich ein geschätztes Instrumentarium. Die Kunstkonzeption hat allerdings aufgezeigt, dass dabei eine gewisse Tendenz hin zur Dauerfinanzierung besteht. So wünschenswert dies auch für den oder die jeweils Begünstigte sein mag, eine verantwortungsvolle Kunstförderpolitik muss immer darauf achten, dass sie auch ausreichend Mittel hat, um neue Entwicklungen aufzugreifen, und sie muss die Kraft und die Bereitschaft haben, etablierte Förderungen auch in Frage zu stellen und gegebenenfalls zu beenden.

Forschung und Lehre - Fiebiger-Professuren und Öffnungsbeschluss

Prof. Dr. Dr. h.c. Adolf Laufs

Wissenschaft als methodisch angelegte, gezielte Suche nach begründetem Wissen unterwirft sich um der besseren Einsicht willen immer neuer Prüfung dessen, was gilt und was nicht. Darum ist Wissenschaft zugleich Forschung mittels sich korrigierender und ergänzender Theorien. Wenn den guten Gründen intersubjektive Gültigkeit zukommen soll, muss die Zustimmung zu ihnen frei erfolgen: „Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist nicht nur Bedingung ihrer Effizienz, sondern Konstitutiv ihrer Wahrheit“ (Ludger Honnefelder). Das gilt auch für Wissenschaft und Forschung in vernetzten Großprojekten und bei zweckorientierten Vorhaben im Gemeininteresse: im Kampf gegen Krankheiten und Umweltbedrohungen und auch im internationalen ökonomischen Wettbewerb. Diese in der Bundes- wie in der Landesverfassung verbriefte Freiheit hat sich trotz mancher Bedrängnisse und Gefahren seit dem Wiederbeginn der Rechtsstaatlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, seit 1989 in ganz Deutschland entfaltet und behauptet. Einem altgedienten Universitätsprofessor und ehemaligen Rektor der Heidelberger Ruperto Carola scheint dieser glückliche Umstand an die Spitze einer Stuttgarter Jubiläumsadresse zu gehören.



Wissenschaftsfreiheit und Sparzwänge

Der baden-württembergische Landesforschungsbericht 1987 versprach: „Richtschnur und Rahmen sind sowohl die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wissenschaft wie auch das Staatsziel des Kulturstaaes. Die Verfassungsnormen erlegen es dem Staat auf, die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Grundlagen der Forschung zu sichern und für die Forschung in ihrer ganzen Vielfalt und Breite angemessen zu sorgen“.

Wissenschaftsministerium, Landesregierung und Landtag haben diesen Vorschatz nach Kräften eingelöst.

Aber die Sparzwänge je und je, die unbefriedigenden Relationen zwischen Dozenten und Studenten, die zeitfressenden Gremien, die leistungshemmenden Bürokratien? In der geöffneten und also vergesellschafteten, etatisierten Hochschule wird es unaufhörlich Anlässe zu Klagen dieser Art geben. Darüber dürfen die Leistungen im Rahmen

des Möglichen nicht aus dem Blick geraten. Ein Beispiel für ministerielle Initiative und Durchsetzungskraft bietet das nach seinem Erfinder, dem Präsidenten der Universität Erlangen, benannte Fiebiger-Programm, das durch Parallelprofessuren die Phasen überbrücken sollte, in denen aus Altersgründen wenig wissenschaftliches Personal ausschied: um jungen Forschern Wege zu eröffnen. Das „Förderprogramm für Nachwuchswissenschaftler“ des Ministeriums erhielt 1985 die Zustimmung des Ministerrats und des Parlaments: Für die Jahre 1985

bis 1989 wies der Staatshaushaltsplan insgesamt zweihundert zusätzliche Professorenstellen aus, freilich um den Preis eines Äquivalents von kw-Vermerken.

Programme für die Lehre

Zur Forschung als dem Kern der Universitätsarbeit kommt die wissenschaftliche Lehre als zweites, von ihr abhängiges Element. Als die stürmische Bildungsreform und die heftigen Jugend-

Plan erfuhr das Fiebiger-Programm über einen zentralen Stellenpool eine Modifikation zum Zwecke weiterer Profilierung und Schwerpunktbildung bei den Universitäten im Hinblick auf zu erwartende Belastungen.

Geböte das Ministerium über den Staatshaushalt, ließe sich manches in den Hohen Schulen wohl anders an. Vieles Geforderte und Gebotene hat es indessen planen und durchsetzen können, wobei die Leitung des Hauses durch profilierte Universitätsprofessoren von Vorteil war und ist. Die akademischen Leistungen, so lässt sich durchaus urteilen, sind insgesamt gestiegen. So braucht das Niveau etwa der Promotionsab-

schlüsse und der Habilitationen nach Zahl und Qualität in vielen Fächern keinen Vergleich zu scheuen. Seit 1978 vermochten sich die Universitäten weiter zu festigen, ihre wissenschaftliche Produktion und Konkurrenzfähigkeit zu steigern und öffentliches Ansehen zurückzugewinnen. Gewiss bleibt die Daueraufgabe, den Zusammenhang von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu behaupten.

“Gewiss bleibt die Daueraufgabe, den Zusammenhang von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu behaupten.”

proteste Ende der siebziger Jahre ausliefen, dauerten doch die Engpässe in vielen Studiengängen fort und wuchsen die Nöte vieler Studierender noch. Zu den Ruhmestiteln der Regierung und des Ministeriums gehört vor diesem Hintergrund das 1991 aufgelegte Monrepos-Programm für die Universitäten zur Verbesserung von Forschung und Lehre in Höhe von 750 Millionen DM, die in fünf jährlichen Raten 1993-1997 fließen sollten. Im Zusammenhang mit diesem

schlüsse und der Habilitationen nach Zahl und Qualität in vielen Fächern keinen Vergleich zu scheuen. Seit 1978 vermochten sich die Universitäten weiter zu festigen, ihre wissenschaftliche Produktion und Konkurrenzfähigkeit zu steigern und öffentliches Ansehen zurückzugewinnen. Gewiss bleibt die Daueraufgabe, den Zusammenhang von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu behaupten.

Der Zeit voraus - Zum Ausbau der Universitäten

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Jürgen Mittelstraß

Die Exzellenzinitiative hat es einmal wieder an den Tag gebracht: Baden-Württemberg steht mit seinen Universitäten glänzend da, und dies ist nicht nur ein Verdienst der Universitäten selbst, sondern auch das Verdienst einer klugen und vorausschauenden Pflege durch die Universitäts- und Wissenschaftspolitik dieses Landes.

Aufbruchstimmung: Von der Lust, zu lehren und zu forschen

Als ich 1970 nach Konstanz kam, herrschte Aufbruchstimmung. Die neuen Universitäten Konstanz und Ulm sollten nicht nur das universitäre Angebot in quantitativer Weise erweitern, sondern auch qualitative Akzente setzen. Das galt in besonderer Weise für die Universität Konstanz, die sich von Anfang an einem Reformprinzip und einem Exzellenzprinzip verpflichtet sah, auf den Weg gebracht durch zwei Glücksfälle: einen Gründungsausschuss, der nicht nur institutionell, sondern auch wissenschaftstheoretisch, also in Kategorien einer anspruchsvollen Theorie der Universität, dachte, und eine erste Mannschaft, die es gewohnt war, in den wissenschaftlichen Top-Ligen dieser Welt zu spielen. Beide,

Gründungs- und Gründergeneration, schufen eine Universität besonderer Art und ein Fundament, auf dem die Universität Konstanz noch heute steht. Es war eine Lust, in dieser Universität nicht nur zu lehren und zu forschen, sondern auch mitzuwirken, der Universitätsentwicklung selbst neue Impulse zu geben.

Die Universität als Paradigma

Wichtig war hier vor allem das Denken in einer Theorie der Universität. Dieses Denken ist den deutschen Universitäten und der deutschen Wissenschaftspolitik heute weitgehend verlorengegangen. Man denkt allein noch in Ausbildungskategorien, in denen sich zudem der Geist des Ökonomismus, ein engstirniger Geist, breitmacht, gefördert durch Verschulungstendenzen, die durch den Bologna-Prozess kräftig Auftrieb erfahren haben. An die

Stelle des Paradigmas Universität tritt das Paradigma Schule. Humboldt bleibt auf der Strecke und mit ihm die Definitionshoheit, die die deutsche Universität und die deutsche Wissenschafts- und Universitätspolitik in Dingen, die die Entwicklung der Universität



*“Wichtig war hier vor allem das Denken
in einer Theorie der Universität.”*

betrafen, international viel bewundert, einmal besaßen. Wenn da nicht Baden-Württemberg wäre. Mit Bayern (auch das sei erwähnt) hat sich Baden-Würt-

temberg eine Erinnerung an diese stolze Tradition bewahrt, und dies nicht in der üblichen Form universitätspolitischer Rhetorik, auf die trifft man andernorts, sondern – glänzend bestätigt durch das eindrucksvolle Abschneiden in der Exzellenzinitiative – in der wissenschaftspolitischen und universitären Wirklichkeit.

Neue Herausforderungen

Dabei ist gewiss noch viel zu tun. Die Universitäten, auch die baden-württembergischen, sind chronisch unterfinanziert, die Konkurrenz im außeruniversitären Forschungsbereich ist, von der Politik umschmeichelt, übermächtig und die quantitativen Probleme nehmen überhand. Sie bedrängen das Humboldtsche Prinzip, nach dem die universitäre Lehre der universitären Forschung nahezubleiben hat, und sie

nehmen für die Zukunft der Universität bedrohliche Formen an. Bleibt zu hoffen, dass die baden-württembergische Wissenschafts- und Universitätspolitik auch in Zukunft auf diesen Problemfeldern ihre Stärke beweist, indem sie alten wie neuen Herausforderungen mit einem neuen Denken und entsprechenden Mitteln begegnet. 30 und mehr Jahre kluger, vorausblickender Wissenschafts- und Universitätspolitik sollten ein verpflichtendes – auch die Universitäten, praktisch wie theoretisch, in die Pflicht nehmendes – Erbe sein.

Die Fachhochschulen in Baden-Württemberg – Eine tragende Säule im Hochschulsystem

Professor Dr. h. c.
Dietmar von Hoyningen-Huene

Die Geschichte der Fachhochschulen ist vergleichsweise kurz – aber sie ist eine Erfolgsgeschichte, die bis zum Ehrentitel „die Hochschule der modernen Industriegesellschaft“⁽¹⁾ geführt hat.

Baden-Württemberg hat im hochschulpolitischen Geschehen gerade in der Anfangszeit der Fachhochschulen eine herausragende Rolle gespielt und war auf Eigenständigkeit dieses neuen Hochschultyps und nicht auf Konvergenz angelegt.

Mit ihrem Profil,

- in kurzen, klar strukturierten Studiengängen bei intensiver Betreuung
- mit aktueller Berufsfeld- und Arbeitsmarktorientierung
- mit starker Internationalisierung des Studienangebotes
- durch anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer und
- durch nachfragegerechte Weiterbildung

wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden zu vermitteln, haben sich die Fachhochschulen zu regionalen Wissenschaftszentren entwickelt und sowohl Antworten auf die bildungspolitischen Notwendigkeiten gegeben als auch angemessen auf den Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft reagiert.

Quantitative Entwicklung

Zunächst oft nur als Einrichtungen zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen angesehen, führte die zunehmende Akzeptanz der Fachhochschulen durch die Studienbewerber und die Unternehmen und auch stimuliert durch entsprechende Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu einem bis heute anhaltenden Ausbau der Fachhochschulen.

In einem Stufenplan wurden in Baden-Württemberg schon 1978 beachtliche 6.300 neue Studienplätze beschlossen. Den eigentlichen Durchbruch brachten aber 1990 die Empfehlungen der Kommission „Fachhochschule 2000“, die weit über den quantitativen Bereich

hinausgingen. Auf dieser Basis entstanden weitere 6.400 Studienplätze, wofür ca. 500 Personalstellen, Baukosten in der Größenordnung von 500 Mio. DM und Erstausrüstungsmittel von knapp 90 Mio. DM bereitgestellt wurden.

Diese Kommission hat sich auch sehr intensiv mit der sinnvollen strukturellen Weiterentwicklung der Fachhochschulen

in Lehre, Forschung und Weiterbildung beschäftigt. Der Abschlussbericht wurde deshalb über viele Jahre als „die Schwarze Bibel“ bezeichnet und hatte großen Einfluss auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Entwicklung der Fachhochschulen in den Neunzigerjahren⁽²⁾, insbesondere aber auch auf die Einrichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern.

Zunehmend wurde erkannt, dass die Studierendenströme von den Universitäten stärker auf die Fachhoch-



schulen umgelenkt werden müssen. Das seitens der Kultusministerkonferenz 1980 festgelegte Fächerspektrum der Fachhochschulen – im Wesentlichen die traditionellen Studiengänge der Ingenieurwissenschaften, der Betriebswirtschaftslehre, des Design und des Sozialwesens umfassend – bedurfte daher der Erweiterung. Das Land setzte deshalb im Jahre 1993 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Fachhochschulen, der Universitäten, der Wirtschaft und des Wissenschaftsministeriums ein, um Vorschläge für eine Weiterentwicklung zu erhalten.

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe beschränkten sich eher vorsichtig auf eine Ausweitung an den Rändern des Fächerspektrums. Entwicklungsmöglich-

Dennoch waren sie bereit, neue bedarfsorientierte Studienangebote aus dem Bestand einzurichten, was von ihrer inneren Stärke und der Innovationsfähigkeit zeugt.

Um der prognostizierten zunehmenden Studienanfängerzahl im Lande Rechnung zu tragen, hat das Land im Jahre 2006 das Programm „Hochschule 2012“ aufgelegt, das gegenwärtig zu einem weiteren Ausbau bei den Fachhochschulen führt. Dieser findet allerdings unter restriktiven Finanzierungs- und insbesondere Raumbedingungen statt, die wiederum von den Fachhochschulen besondere Anstrengungen abverlangen.

Qualitative Entwicklung

„Zunehmend wurde erkannt, dass die Studierendenströme von den Universitäten stärker auf die Fachhochschulen umgelenkt werden müssen.“

Eine wesentliche Eigenart der Fachhochschulen ist ihre starke Konzentration auf die Qualität der Lehre. Sie folgt dem Anspruch einer hohen Aktualität und

keiten wurden im Bereich Volks- und Betriebswirtschaft, des Wirtschaftsrechts und der Sprachen sowie bei den Pflegeberufen gesehen. Weitere Schwerpunkte wurden mit den Bereichen Design/Medien, Informations- und Dokumentationswesen, Ernährung, Gesundheitswesen und Umwelt angesprochen.

Den Erwartungen der Arbeitsgruppe und der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen, dass auf diese Empfehlungen ein weiterer energischer Ausbauschritt bei den Fachhochschulen folgen würde, entsprach der Ministerrat nicht. Die Fachhochschulen wurden darauf verwiesen, dass neue Studienangebote durch Umwidmung von Studienplätzen aus ihrem bisherigen Angebot eingerichtet werden müssten. Dies war für die Fachhochschulen enttäuschend.

Anwendungsorientierung. Das Land fördert dies seit vielen Jahren durch ein besonderes Programm „Leistungsanreizsysteme in der Lehre“ (LARS), mit dem die Fachhochschulen innovative Lehrprojekte umsetzen. Über die Ergebnisse wird auf „Tagen der Lehre“ berichtet. Eine weitere Stimulierung der Lehrqualität wird durch die Verleihung der Landeslehrpreise erzielt.

Ganz neue Anforderungen stellt das neue zweistufige Studienkonzept mit Bachelor- und Masterstudiengängen. Bei Einführung dieser Innovation waren und sind die Fachhochschulen führend. Die internationale Anschlussfähigkeit ihrer Studiengänge und die Mitwirkung der Fachhochschulen in internationalen Hochschulpartnerschaftsnetzwerken wird so weiter verbessert.

Eine innovative, aktuelle und qualitativ hochwertige Lehre und Forschung setzen voraus, dass die Professorinnen und Professoren Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahrnehmen, um so mit dem Fortschritt ihres Fachgebietes verbunden zu bleiben. Auch hier hat das Land Baden-Württemberg schon 1985 frühzeitig mit einem Schwerpunktprogramm reagiert, das auf der einen Seite mit Instituten für angewandte Forschung (IAF) und einer Grundausstattung bestimmter Schwerpunktbereiche infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen hat und auf der anderen Seite mit so genannten innovativen Projekten die Forschungsmöglichkeiten der Professoren stärkt. Darüber hinaus hat das Land im Jahre 2001 aus der Zukunftsoffensive III zum ersten Mal Zentren für angewandte Forschung (ZAFH) an Fachhochschulen ausgeschrieben, für die bei einer Laufzeit von 3 Jahren bis zu 3,5 Mio. Euro aufgewendet werden. Dieses Programm wurde inzwischen mit einer zweiten Ausschreibungsrunde fortgesetzt.

Perspektiven

Die Fachhochschulen sind erfolgreich im tertiären System etabliert. Die neuen Studienstrukturen machen die Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Teilsysteme des Hochschulbereichs einerseits vergleichbarer, erhöhen an-

dererseits im System insgesamt den Wettbewerb, da herkömmliche Grenzbeziehungen hinfällig werden. Dies birgt für die Fachhochschulen die Chance, sich national, aber vor allem auch international als attraktive akademische Institutionen darzustellen. Risiken bestehen insoweit, als für die Fachhochschulen bestimmte Fragen wie z.B. der immer noch erschwerte Zugang ihrer Absolventinnen und Absolventen zur Promotion oder die Ausgestaltung der W-Besoldung unbefriedigend gelöst sind und zu strukturellen Wettbewerbsnachteilen führen. Hier muss die Zukunft zeigen, ob die Politik auch langfristig das Potential der Fachhochschulen zugunsten der Weiterentwicklung des tertiären Sektors nutzt.

⁽¹⁾Wissenschaftsrat: 10 Thesen zur Hochschulpolitik, 1993

⁽²⁾Abschlussbericht der Kommission 2000, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hg.), 1990

Vom Flaggschiff der beruflichen Bildung zur Dualen Hochschule - Bemerkungen über die Berufsakademie

Professor Dr. Dr. h.c. Manfred Erhardt

Anruf von Kultusminister Wilhelm Hahn Anfang April 1974: Sein Vorhaben "Berufsakademie" drohe zu scheitern, die Wirtschaft wolle sich zurückziehen. Ob ich bereit sei, die Leitung des Referates Berufsakademie zu übernehmen, um die stagnierenden Verhandlungen wieder flott zu kriegen. Die Entscheidung dränge. Ziel sei es, den Lehrbetrieb in Stuttgart und Mannheim am 1. Oktober aufzunehmen. Ja, sage ich, aber vielleicht könne mir der Herr Minister für den Fall des Gelingens die Option zur Rückkehr in "meine" Hochschulabteilung offen halten; für den Fall meines Scheiterns stelle ich keine Ansprache.

Rascher Start

Es gelang. Am 1. Oktober 1974 startete die Berufsakademie Baden-Württemberg mit 122 Studierenden an zwei Standorten. Die Aufgabe, das bewährte duale System der beruflichen Bildung auf den tertiären Bildungsbereich zu übertragen, hatte mich fasziniert. An eine Rückkehr in die Hochschulabteilung dachte ich nicht mehr. Jahr für Jahr mussten dem Finanzministerium höhere Studienplatzzahlen abgerungen werden. Die Zahl der Studienbewerber stieg rapide von anfänglich 10 bis 15 Abiturienten pro Platz auf teilweise über 100: 1. Den bei-

den ersten Gründungen folgten rasch weitere: 1975 Villingen-Schwenningen, 1976 Heidenheim, 1978 Ravensburg, 1979 Karlsruhe. 1975 wurden die Ausbildungsbereiche Wirtschaft und Technik um das Sozialwesen ergänzt.

Heute studieren an 8 Berufsakademien und 3 Außenstellen in Baden-Württemberg rd. 21.000 BA'ler. Seit 1974 haben über 90.000 junge Menschen ein BA-Diplom erworben. Nicht wenige von ihnen sind inzwischen in die Vorstands-Etagen aufgestiegen oder gar Vorstandsvorsitzende von High-Tech-Unternehmen geworden.

Ein Flaggschiff gegen den Zeitgeist

Nun war die Berufsakademie anfänglich als Flaggschiff der beruflichen Bildung

konzipiert und deshalb der Abteilung UB - Berufliche Bildung des Kultusministeriums zugeschlagen worden. Nach der Systematik des Deutschen Bildungsrates gehörte sie zu den sogenannten Abiturienten Ausbildungsgängen als Alternativen zum Hochschulstudium, also zum "Tertiären Bereich außerhalb des Hochschulbe-



reiches".

Meine Mitarbeiter, Dr. Schneider, Dr. Vorster, Riegraf, und ich waren freilich der Überzeugung, dass eine Art "höherer Berufsfachschule" für Abiturienten weder auf eine größere Bewerbernachfrage stoßen noch den Bedarf von Wirtschaft und Sozialwesen treffen würde. Es kam deshalb darauf an, Ausbildungsinhalte und Gremienstrukturen so zu gestalten, dass inhaltlich die Gleichwertigkeit mit dem Fachhochschulstudium erreicht und als Alleinstellungsmerkmal

die curriculare Verzahnung von Theorie und beruflicher Praxis betont wurde. Das forderte den ideologischen Zeitgeist heraus, hatte sich dieser doch einerseits der Verschulung der beruflichen Bildung und andererseits der flächendeckenden Einrichtung von Gesamthochschulen verschrieben. Kein Wunder wurde die Berufsakademie von ihren Gegnern als "Ausbildungsstätte im kapitalistischen Verwertungsinteresse" denunziert. Dass sie berufliche Praxis erfahrbar machte und nicht nur theoretisch reflektierte und dass sie Kritikfähigkeit auf der Grundlage von Realitätstüchtigkeit vermittelte, erregte Anstoß. Während die Gesamthochschule später flächendeckend scheiterte, breitete sich die Berufsakademie weiter aus und erschwerte durch ihre bloße Existenz den mit standespolitischen Forderungen gepflasterten Weg der Fachhochschule in die Universität.

Kurs auf die Duale Hochschule

1978 wurde das Kultusministerium geteilt. Ministerialdirektor Piazzolo, der darauf gesetzt hatte, Amtschef des Schulministeriums zu werden, fand sich plötzlich in seinen Erwartungen getäuscht und hatte alle Hände voll zu tun, Kompetenzen und Personen wieder in die andere Richtung zu verschieben. Die Herauslösung des Referates Berufsakademie aus dem Verbund der Abteilung UB und die Zuordnung zur Abteilung "Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsakademie" des neu geschaffenen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gelang vor allem durch die Betonung der Gleichwertigkeit von Inhalten und Abschlüssen der BA mit Fachhochschulen, unbeschadet

der dualen Struktur der BA-Studiengänge. Insofern war die Um-Ressortierung zielführend.

Im Unterschied dazu hat Niedersachsen seine (unzulässigerweise diesen Namen tragenden) Berufsakademien anfänglich dem Sekundarbereich II zugeordnet und Berlin seine Berufsakademie später in die Fachhochschule integriert. Beide

"Am 1. Oktober 1974 startete die Berufsakademie Baden-Württemberg mit 122 Studierenden an zwei Standorten."

Länder haben ihre Einrichtungen dadurch marginalisiert.

Trotz der inhaltlichen Gleichstellung der BA- mit FH-Abschlüssen durch den Wissenschaftsrat und im Jahre 1995 auch durch die KMK blieb die statusrechtliche Position der Berufsakademie in der öffentlichen Diskussion. Doch auch der durch den "Bologna-Prozess" angetriebenen Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse kann sich die Berufsakademie nicht entziehen ohne die Akzeptanzprobleme, vor allem im Ausland, zu vertiefen. Es ist daher nur folgerichtig, die Reputation der Berufsakademie dadurch zu wahren, dass sie unter Beibehaltung ihrer bewährten Strukturmerkmale den Namen und den Status einer "Dualen Hochschule" erhält.

Die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

Prof. Dr. Alfred Bodenheimer

Die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg (HfJS) wurde ein Jahr nach der Einrichtung des Ministeri-

um beträchtlichen Teil auch vom Sitzland Baden-Württemberg finanziert. Das Land finanziert auch einen beträchtlichen Anteil der Kosten des Neubaus, den die HfJS, die bis heute in suboptimalen Raumverhältnissen existiert, derzeit erstellt. Doch die Bedeutung des Landes Baden-Württemberg und des MWK für die HfJS gehen über die unmittelbare Versorgung mit Geld weit hinaus. Gerade

„Als wissenschaftlicher Kleinstbetrieb gestartet, gilt sie heute als in ihrem Fach einzigartige Institution europaweit.“

ums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg im Jahr 1979 gegründet. Als wissenschaftlicher Kleinstbetrieb gestartet, gilt sie heute als in ihrem Fach einzigartige Institution europaweit. War es richtig, diese Hochschule im Südwesten der Republik anzusiedeln und sie auf Dauer dort zu etablieren? Wären nicht Städte wie Frankfurt

am Main oder (zumindest nach der Wiedervereinigung) Berlin mit ihren weit größeren jüdischen Gemeinden eher dazu prädestiniert, die Institution zu beheimaten?

Heidelberg als Glücksfall

Aus vielerlei Gründen hat sich der Standort Heidelberg als Glücksfall erwiesen. Die HfJS steht in der Trägerschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland, wird aber größtenteils vom Bund, der Kultusministerkonferenz und zu einem



im Rahmen der komplexen Mischfinanzierung, aber auch bezüglich anderer wissenschaftspolitischer Herausforderungen hat sich das MWK als unentbehrlicher und durchwegs hilfreicher Ansprechpartner, als Berater und Fürsprecher der HfJS erwiesen.

Ein wichtiger Fleck auf der Landkarte der Wissenschaft

Das MWK lässt diesem inzwischen etablierten, aber immer noch kleinen bunten Fleck auf seiner mit wissenschaftlichen Schwergewichten bestückten Landkarte hohes Augenmerk zukommen. Die Kunst, Engagement nie mit Bevormundung zu verwechseln, zeugt von der hohen Erfahrung mit wissenschaftlichem Alltag, auch und gerade in einem Bereich wie den Jüdischen Studien, der, so klein und „exotisch“ er in Deutschland ist, zugleich unter breiter Außenbeobachtung steht. Die Universität Heidelberg ihrerseits hat ihrer „kleinen Schwester“ schon durch etliche größere und kleine-



re Stürme geholfen, und heute ist die HfJS stolz darauf, der Universität zuweilen selbst wissenschaftlichen Support, wie etwa im gemeinsamen Studiengang „Mittelalterstudien“, leisten zu dürfen. Angesichts des beinahe gleichen Alters des MWK und der HfJS verbindet sich

unser Glückwunsch mit der Hoffnung, dass diese seit jeher harmonische Beziehung sich auch in den künftigen Jahrzehnten im selben Sinne weiter entwickeln möge, zu beider Segen.

Ein Museum im Wandel – Die Staatsgalerie Stuttgart

Prof. Dr. Peter Beye

Die Sammlung als Maßstab

Das wohl folgenreichste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte der Staatsgalerie war die Erwerbung der Sammlung des norwegischen Reeders Ragnar Moltzau im Jahr 1959, die weltweit Aufsehen erregte. Meisterwerke von Renoir und Cézanne, von Matisse, Picasso und Braque gehörten zum Kernbestand des Moltzau-Ensembles, dessen Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden konnte. Ministerium und Galerieleitung waren sich einig, dass die dominierende Präsenz dieser Bilder im Kontext der Stuttgarter Sammlung eine Neuorientierung der Ankaufspolitik des Museums herbeiführen musste. Die Qualifizierung der älteren Bestände keines-



Ausbau der modernen Abteilung. Dank der Bereitstellung erheblicher Mittel aus dem seit 1958 bestehenden Zentralfonds und der 1981 gegründeten Museumsstiftung Baden-Württemberg konnten Spitzenwerke nahezu aller richtungsweisenden Künstler des 20. Jahrhunderts erworben und so eine Sammlung von internationalem Rang aufgebaut werden. Stiftungen in Millionenhöhe, darunter eines der berühmten Tahiti-Bilder von Gauguin, bestätigten Nutzen und Weitblick des staatlichen Engagements. Auch der Graphischen Sammlung wurden Stiftungen in vergleichbarer Höhe zuteil. Viele kamen durch weitreichende Verbindungen ihrer ehemaligen Leiter zustande oder durch Mitglieder des Stuttgarter Galerievereins, dem wichtigsten Förderer der Staatsgalerie seit langem.

Neue Räume - Stirling- und Steibbau

Bereits seit Mitte der 70er Jahre war absehbar, dass die Raumkapazität des alten Museums nicht ausreichte, um die modernen Bestände

in einer ihrem Entwicklungspotenzial angemessenen Form zu präsentieren und größere Ausstellungen durchzuführen. Um dies zu ermöglichen, entstand 1977 bis 1984 die Neue

Staatsgalerie von James Stirling. Der spektakuläre Bau des britischen Architekten, das hohe Niveau sowohl

“Gerade in der korrespondierenden Beziehung zwischen Sammlung und wechselnden Ausstellungen sowie beider Vermittlung lag der Schlüssel zum Erfolg der Staatsgalerie.”

wegs ausschließend, lag der Schwerpunkt der Sammeltätigkeit in den folgenden Jahrzehnten im zielstrebigen



der Sammlung wie der kunstwissenschaftlichen Fachkräfte trugen entscheidend zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den großen Museen des In- und Auslands bei. Ausstellungs Kooperationen mit der Londoner Tate Gallery, mit der Royal Academy of Arts und der Nationalgalerie in Berlin, dazu Eigenproduktionen vor allem aus den Bereichen zeitgenössischer und moderner, doch auch älterer Kunst lösten weithin begeisterte Resonanz aus. Als folgenreich erwies sich zudem, dass sie in überzeugendem Einklang mit der Entwicklung der Sammlung und ihren Schwerpunkten standen. Gerade in der korrespondierenden Bezie-

hung zwischen Sammlung und wechselnden Ausstellungen sowie beider Vermittlung lag der Schlüssel zum Erfolg der Staatsgalerie, liegt er ebenso heute und hoffentlich auch in der Zukunft. Um diesen Erfolg auf Dauer zu sichern, wird man langfristig über schon früher avisierte Erweiterungen für die Darstellung zeitgenössischer Kunst nachdenken müssen, und dies um so mehr, als der 2002 eröffnete, mit dem alten Museum verbundene Steibbau für die mit Abstand größte Abteilung des Hauses, die Graphische Sammlung, bestimmt war.

Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Prof. Peter Weibel

Das Land Baden-Württemberg spielt in der europäischen Kulturlandschaft seit Jahrhunderten eine bedeutende Rolle. Die zivilisatorische Leistung betrifft im Wesentlichen Kommunikations- und Mobilitätstechnologien. In der industriellen Revolution ging es um materielle Mobilitätstechnologie, um Maschinen, um den Transport von Menschen und Gütern. In der postindustriellen Revolution geht es um eine immaterielle Mobilitätstechnologie, um Medien, um den Transport von Zeichen. Keine Kulturregion hat den Weg vom 19. zum 20. Jahrhundert, von den Maschinen der Bewegung zu den Medien der Kommunikation so stringent vollzogen wie Baden-Württemberg.

Auf der Suche nach dem Spirit of Baden-Württemberg ins Mekka der Medienkünste

Im Sinne dieser technologischen Tradition begann Mitte der 80er Jahre ein Kreis von kulturpolitischen und universitären Experten, nach einem kulturellen Zentrum zu suchen, das den "Spirit von Baden-Württemberg" zum Ausdruck bringen könnte. So wurde dank vieler Mitwirkender 1989 das ZKM gegründet, das 1997 in die IWKA-Hallen in Karlsruhe einzog. Mit diesem Zentrum für Kunst und Medientechnologie wurde in Ba-

den-Württemberg eine Vision verwirklicht, die auf der Welt, von Tokio bis Linz, vielfach imitiert wird, ohne die Singularität des ZKM zu gefährden. Das ZKM wird durch seine Verbindung von Produktion und Präsentation zu Recht als "Mekka der Medienkünste" oder "Max-Planck-Institut der Künste" bezeichnet, aber seine Konzeption als Museum aller Medien und Gattungen ist das eigentlich Ausschlaggebende. Durch die Integration der Neuen Medien des bewegten Bildes (Film, Video, Computer) in die klassischen Disziplinen Malerei und Skulptur vollzieht sich ein revolutionärer Wandel der historischen Funkti-



on des Museums, von einem Museum der raumbasierten Künste (Skulptur und Malerei) zu einem Museum auch der zeitbasierten Künste (Musik und bewegtes Bild).

Museum, Forschung und Produktion

Mehrere Museen, Institute, Labors und Studios übernehmen die Aufgabenfelder des ZKM. Im

Medienmuseum gibt es Wechselausstellungen zur zeitgenössischen Medienkunst, und an exemplarischen Beispielen wird dem Publikum die Geschichte der Medien vor Augen geführt. Im Museum für Neue Kunst werden die Sammlungen der privaten Leihgeber Boros, Feierabend, Grässlin, Landesbank Baden-Württemberg, Rentschler, Weishaupt und des ZKM ständig präsentiert. Unterstützt werden die Ausstellungen des Medienmuseums und des Museums für Neue Kunst von wissenschaftlichen Katalogen bei internationalen Verlagen und durch wissenschaftliche Symposien.

Die Forschungs- und Produktionsarbeit leisten die Institute. Das Institut für Bildmedien hat als Ziel, die Anwendung der Medientechnik in einem künstlerischen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu unterstützen. Das Institut für Musik und Akustik verfügt nicht nur über das wahrscheinlich beste technische Tonstudio für elektronische Musik in Deutschland, sondern auch über das größte Archiv elektronischer Musik. Das Labor für antiquierte Videosysteme übernimmt die immer größer werdenden Anforderungen einer Restaurierung der Videotechnologie und der mit ihr verbundenen Produkte. Das Institut für Medien, Bildung und Wirtschaft leistet mit zahl-

reichen Symposien und Publikationen, aber auch eigenen Forschungen die theoretische Vermittlung der "Medien für den Bürger", einer der wesentlichen Aufgaben des ZKM im Zeitalter der Wissensgesellschaft.

Wirkungsvolle Zusammenarbeit

Die Konzeption des ZKM als Stiftung, die vom Land Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe komplementär getragen wird, und der Mut, die Innovationsfreude, die Kompetenz und Toleranz

der Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und der anderen Beteiligten des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe der letzten Dekaden bilden die kontextuelle Voraussetzung und günstige Bedingungen für das erfolgreiche Wirken des ZKM. Es ist immer wieder eine Freude zu erleben, wie die Politik der Kunst die Hand reicht und die Stimme der Kunst immer wieder Gehör findet. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung

"Mit diesem Zentrum für Kunst und Medientechnologie wurde in Baden-Württemberg eine Vision verwirklicht, die auf der Welt, von Tokio bis Linz, vielfach imitiert wird, ohne die Singularität des ZKM zu gefährden."

und Kunst vertritt auch in der täglichen Zusammenarbeit eine subtile Philosophie, nämlich, dass es nicht nur auf die Gesetze selbst, sondern vor allem auf deren Geist, auf den "Geist der Gesetze" (Montesquieu, 1748) ankommt. Diese Freiheit des Geistes trifft sich mit der Freiheit der Kunst.

Große Landesausstellungen

Prof. Dr. Harald Siebenmorgen

Seit 1998 veranstaltet das Kunstministerium Baden-Württemberg „Große Landesausstellungen“. Diese Ausstellungen können die Museen nicht aus ihren normalen Etats finanzieren und werden daher mit Sondermitteln unterstützt. In der Regel finden sie eine große überregionale Beachtung und versprechen hohe Besucherzahlen. „Landesausstellungen“ haben Vorläufer. Es begann 1977 mit der legendären „Staufer“-Ausstellung in Stuttgart, die 671.000 Besucher anlockte. Im Rahmen der Ausstellungen zu Epochen der Kunst- und Kulturgeschichte des Landes folgte 1981 „Barock in Baden-Württemberg“ im Bruchsaler Schloss, 1986 „Die Renaissance im deutschen Südwesten“ im Heidelberger Schloss, beide vom Badischen Landesmuseum veranstaltet, und 1987 „Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons“, erarbeitet vom Landesmuseum Württemberg im Stuttgarter Kunstgebäude. Das neue Programm der „Großen Landesausstellungen“, mit einem, häufig auch mehreren Projekten pro Jahr, begann 1998 zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/1849. Dafür entschied das Ministerium, an einem Ort (im Badischen Landesmuseum) eine „Große Landesausstellung“ zu veranstalten und gleichzeitig das Land zu Begleit- bzw. Eigenveranstaltungen zu animieren. Das Konzept funktionierte hervorragend: ganz Baden-Württemberg besann sich auf jene demokratisch

republikanische Bürgerbewegung, diskutierte und feierte.

Internationale Themen und Kooperationen

Mit dem „Buddhismus“ (Linden-Museum Stuttgart) und dem „minoischen Kreta“ (Badisches Landesmuseum) kamen Ausstellungen zum Zuge, die keinen Bezug zur Landesgeschichte Baden-Württembergs hatten. Daher wurden diese internationalen Themen als „Große Sonderausstellungen“ von den „Großen Landesausstellungen“ unterschieden. So konnten zum einen Ausstellungsprojekte der Kunstmuseen besser ins Programm integriert

werden, wie z. B. die „Großen Sonderausstellungen“ der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe 2004 zu Eugène Delacroix und 2005 zu David Teniers sowie 2007 die „Monet“-Ausstellung der Stuttgarter Staatsgalerie. Zum anderen konnten die archäologischen Themen aus der mediterranen Antike bedient werden. Das Badische Landesmuseum begann 2000 mit

Kreta als ältester europäischer Hochkultur und zeigte 2004 die Geschichte Karthagos; das Landesmuseum Württemberg präsentierte 2007 die altägyptischen Mumien. Während die mediterrane Archäologie aufgrund der jeweiligen Sammlungssubstanz zu den Hauptaufgabengebieten der beiden Landesmuseen gehört, war das für die Landesarchäologie eingerichtete „Archäologische Landesmuseum“ mit der spektakulären „Troja“-Ausstellung 2001 nur ausnahmsweise auf diesem Gebiet tätig.

Immer wieder gab es Kooperationen



zweier Landesmuseen, wobei man sich anschaulich vorstellen muss, wie da zwei schwere Ozeandampfer mit erheblichen Manövern Seite an Seite andocken: bei der „Jahrtausendwende“ (1999/2000), beim „Spätmittelalter am Oberrhein“ (2001/2002), zum 50jährigen Landesjubiläum (2002) und bei „Imperium Romanum“ (2005). Und alle wirkten 2006 bei „Kunst lebt!“ zusammen.

Neue Erfolge

Seit 1998 haben 25 „Große Landesausstellungen“ stattgefunden und damit weitaus mehr als die sechs von 1977 bis 1997. Fast alle waren große Erfolge. Dies belegen oftmals schon die Besucherzahlen, wobei die „Saurier“-Ausstellung des Stuttgarter Naturkundemuseums 2007 mit über 350.000 Besuchern den Rekord hält. Andere „Landesausstellungen“ - wie die zur „Jahrtausendwende“ in Karlsruhe und in Mannheim, „Mit 100 Sachen durch die Landesgeschichte“ 2002 in Karlsruhe und Stuttgart oder „Kunst lebt!“ als Gemeinschaftsprojekt aller staatlichen Museen in Stuttgart - wussten durch ihr profiliertes Konzept Aufmerksamkeit zu erzeugen.

„Große Landesausstellungen“ sind ein Instrument, bedeutende Ausstellungen in Baden-Württemberg zu veranstalten, ohne dass die Mittel für den „laufenden Betrieb“ geopfert oder gar Haushaltskürzungen vorgenommen werden müssen. Gleichwohl ist in jeder Kalkulation ein Anteil selbst erwirtschafteter Mittel enthalten. Engagiert sich ein Haus besonders oder führen andere Umstände zu einem darüber hinausgehenden Ertragsergebnis, wird es – zumal bei

der Möglichkeit der Rücklagenbildung im „Landesbetrieb“ – in die Lage versetzt, weitere große Ausstellungen in eigener finanzieller Regie zu veranstalten. Das Badische Landesmuseum hat davon mehrfach erfolgreich Gebrauch gemacht und wird dies auch in Zukunft tun können; andere Häuser werden ihm darin nachfolgen.

Wie geht es weiter?

Laut Kabinettsbeschluss sind weitere Landesausstellungen bis 2012 beschlossen, darunter die gemeinsame Ausstellung der Landesmuseen in Karlsruhe und Stuttgart 2010 zur Musikgeschichte und Musikkultur im Land, eine „Eiszeit“- und eine „Kelten“-Ausstellung des Archäologischen Landesmuseums sowie „Max Ernst“ 2010 in der Karlsruher Kunsthalle. Ereignisse der Weltgeschichte wie das

„Immer wieder gab es Kooperationen zweier Landesmuseen, wobei man sich anschaulich vorstellen muss, wie da zwei schwere Ozeandampfer mit erheblichen Manövern Seite an Seite andocken.“

„Konstanzer Konzil“ oder der Beginn der Reformation werden bei den Säkularanlässen 2014 und 2017 sicherlich durch große Ausstellungen des Landes gewürdigt werden; und vielleicht gesellt sich der 300. Geburtstag der Stadt Karlsruhe 2015 diesen „Muss-Anlässen“ bei. Viele wichtige und tragfähige Themen lassen sich für die angesprochenen staatlichen Museen benennen. So werden und soll-



ten die „Großen Landesausstellungen Baden-Württemberg“ eine dauerhafte Zukunft haben. Mit einem überschaubaren Aufwand und mit dem großen Engagement der Beschäftigten in den Häusern können diese Ausstellungen einen wichtigen Beitrag zu einem nach-

haltigen kulturellen Erfolgsimage unseres Landes in der Öffentlichkeit leisten und relevante Denkanstöße geben.



Crescat...

Sie, er, es wachse - wir mögen wachsen!

Wissenschaftliche Innovationen, technologisches Neuland, künstlerische Projekte und die Menschen, die alles tragen, brauchen Strukturen, Orte und Räume, um sich zu entfalten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen in Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie des MWK setzen sich dafür ein, nachhaltiges Wachstum von Ideen zu ermöglichen.

Man muss etwas Neues machen, um etwas Neues zu sehen

(G. Ch. Lichtenberg)

Minister a.D. Klaus von Trotha

Mosaiksteine wissenschaftspolitischen Handelns

Auf weniger als zehn Seiten über mehr als zehn Jahre Absichten und das Maß ihrer Realisierung zu berichten, ist eine kaum mehr vertretbare Reduktion von Komplexität. Aber nur durch eine möglichst korrekte Darstellung kann aus Erinnerung Orientierung werden: Eine schwierige Aufgabe, ohne hinreichende Möglichkeiten der Vergewisserung kaum lösbar, zumal die Fähigkeit zu kontinuierlicher Erinnerung limitiert wird durch die Bereitschaft zum Vergessen. Unter diesen Prämissen sollten die folgenden Überlegungen als Mosaiksteine wissenschaftspolitischen Handelns dieser Jahre verstanden werden.

Die Grundvorstellungen

Angeichts des täglichen Informationsflusses und des permanenten Handlungsdrucks sowie der Fülle zu steuernder Entwicklungen und zu treffender Entscheidungen ist es gut, bei aller pragmatischen Verhaltensnotwendigkeit sich über die ordnungspolitischen Grundvorstellungen im Klaren zu sein. Damals wollten wir Autonomie, Qualitätssicherung und Wettbewerb zu Lasten der vorgefundenen Strukturen weitgehend un-

kündbarer, status- und partizipationsorientierter Dienststellungen stärken. Ziel war es, den Hochschulen die Möglichkeit zu eröffnen, die für sie am besten geeigneten Lehrenden und Lernenden weitgehend eigenverantwortlich auszuwählen. Die Qualität der Hochschulen sollte also durch die Auswahl der Lehrenden und Lernenden bestimmt und ersichtlich werden und sich in unterschiedlichen Gehältern und Studiengebühren widerspiegeln.

Dabei gingen wir von der nahe liegenden Annahme aus, dass der Bedarf an Bildung, Ausbildung und Weiterbildung kontinuierlich zunehmen würde und damit auch der Kostenaufwand. Das bedeutete, dass außer der in Deutschland his-

torisch vorgegebenen und grundlegenden Staatsfinanzierung Bildung zu einem biografischen Investitionsfaktor werden würde: der Familie für ihre Mitglieder, der Erwachsenen für sich selbst, der Unternehmen für ihre Angestellten und des Staats für alle.



Finanzierungsmodelle

Deshalb erschienen Studiengebühren notwendig und sinnvoll, wobei für diejenigen, die die Mittel nicht aufbringen können, ähnlich des australischen Modells eine akzeptable Kreditfinanzierung und Stipendienausstattung vorgesehen werden sollte.

Die anspruchsvolleren Hochschulen sollten sich deshalb angesichts der exponentiellen Kostensteigerungen vor allem in der Forschung und der Tatsache einer derzeit jedenfalls fast weltweit rückläufigen Staatsfinanzierungsquote durch Eigeneinnahmen, durch die angemessene Inanspruchnahme von Stu-

dierenden, Alumni und Sponsoren sowie die Einwerbung von Drittmitteln und Patentgebühren die Möglichkeit schaffen, ihr spezifisches Profil zu stärken und sich an den entstehenden weltweiten Netzwerken zu beteiligen, dabei eingebunden in das dynamische Wachstum der „transnational education“, die der zu fördernden Mobilität von Lehrenden und Lernenden den Transfer von Institutionen und Lehrprogrammen zur Seite stellt.

Das Umfeld zu Beginn der 90er Jahre

Diese Grundannahmen trafen zu Beginn der 90er Jahre auf ein Umfeld, in dem durchaus bereits ein Bewusstsein für die Bedeutung von Wissensgewinn als der wichtigsten Größe im modernen Wertschöpfungsprozess bestand. Insofern waren Hochschulen und Wissenschaft im gehobenen gesellschaftlichen Selbstverständnis zum erstrangigen Hoffnungsträger geworden. Andererseits war aber die unverbindliche allgemeine Wertschätzung der Wissenschaft mit erheblicher innerer Distanz verbunden, die den selbstreferentiell orientierten Hochschulen kaum bewusst war. Angesehene Rankings waren kaum vorhanden oder wurden diskriminiert. Vergleichende Untersuchungen wie etwa die der OECD wurden konsequenzlos zur Kenntnis genommen.

Viele Hochschulen waren mangels einer bewusst gepflegten oder infolge der 68er Jahre nicht mehr existenten corporate identity oder gar einer corporate social responsibility – ein damals in Deutschland noch unbekannter Begriff – weder in der Lage, ein überzeugendes Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen, noch ihren kaum wahrgenommenen und erheblich unterschätzten Beitrag zur gesellschaftspolitisch und technologisch innovativen Fortentwicklung eindrucksvoll und überzeugend

darzustellen. Daraus erklärt sich die groteske Diskrepanz zwischen rhetorischer Unterstützung und realer Finanzierungsbereitschaft, was wiederum von der Bürgerschaft ohne durchschlagenden oder auch nur auffälligen Protest hingenommen wurde.

Was also war zu tun?

Um mehr jungen Menschen angemessene Chancen einer Hochschulbildung zu eröffnen, erfolgte nicht nur ein quantitativer Ausbau, sondern im Gegensatz zu den Gesamthochschulplänen anderer Bundesländer eine weitgehende Diversifizierung und Differenzierung der Bildungsangebote, die die Unterschiedlichkeit der Begabungen, Neigungen und Fertigkeiten der Studierenden und die immer verschiedenartigeren Anforderungen des sich zunehmend weltweit darstellenden Arbeitsmarktes berücksichtigen sollten: vom Monrepos-Programm 1991 bis zu den Hochschulsonderprogrammen I bis III und der „Zukunftsoffensive für die junge Generation“ ab 1994.

Ausbau der Hochschulen

Deshalb wurde neben dem Ausbau der Universitäten in Baden-Württemberg als einzigem Bundesland die Eigenständigkeit der Pädagogischen Hochschulen beibehalten, obwohl eine Kommission zur Reform der Lehrerbildung entsprechend den damals gängigen Vorstellungen einstimmig das Gegenteil empfohlen hatte. Deshalb wurden trotz Widerständen die Fachhochschulen und ihre Infrastruktur flächendeckend und die Berufsakademien bedarfsgerecht ausgebaut. Während sich die Rektorenkonferenzen noch über Strukturfragen stritten, hatten die Professoren längst die Möglichkeit genutzt, Nebentätigkeitstauglich an der jeweils anderen Einrichtung zu lehren. Trotz der unbestreitbaren und empirisch nachweisbaren

Leistungsstärke der Berufsakademie erfolgte deren bundesweite Anerkennung erst durch die Gleichstellung mit den Abschlussdiplomen der Fachhochschulen nach mehreren vergeblichen Anläufen 1995: Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie ideologische Voreingenommenheiten sinnvolle Innovationen verhindern.

Reformbedarf

Der Preis für das Mehrangebot an Bildungschancen war allerdings hoch. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Sicherung eines qualitativen Outputs an Lehre, Forschung und Organisation konnten angesichts von Besitzstandsstrukturen und ständestaatlichem group thinking nur schwierig in die Wege geleitet werden. An den deutschen Hochschulen wird über vieles nachgedacht, aber relativ wenig über den eigenen Erfolg und Misserfolg. Während die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg sicherlich zu den besten in Deutschland gehört und weiter ausgebaut wurde – stellvertretend für vieles sei nur an das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, das Deutsche Zentrum für Altersforschung in Heidelberg, die neue Fakultät für Angewandte Wissenschaft in Freiburg und die Akademie für Technikfolgenabschätzung erinnert – so wenig befriedigte das, was in Studium und Lehre geschah. Dies ist leicht erklärbar. Während in der Forschung ein hohes Maß an Transparenz und Wettbewerb praktiziert wird, war der Bereich der Lehre noch weitgehend staatlich reglementiert und Anreiz- und Sanktionsmechanismen entzogen. Die Vorgaben im Hochschulrahmengesetz und die nachfolgende Rechtsprechung zur Zulassung hatten dazu geführt, dass tausende Studierende immatrikuliert waren, die nicht oder nicht mehr studierten. Die überlangen

Studienzeiten und die unverantwortlich hohe Zahl von Fachwechslern und Studienabbrechern wurden als Qualitätsgebot gerechtfertigt, mit mangelnden Ressourcen und mangelnder sozialer Absicherung erklärt, im Übrigen aber erstaunlich gleichgültig hingenommen. Hier war ein erheblicher Reformbedarf überdeutlich. Diesen zu realisieren war nicht einfach. Denn gute Lehre, die sich keineswegs von selbst versteht, wird noch heute oft als lästig empfunden und bringt kaum ideellen oder materiellen Gewinn. Unter Karriere Gesichtspunkten musste sie als Zeitverschwendung erscheinen.

Neue Lehre

Um eine Aufwertung der Lehre zu erreichen, wurde von Anfang an viel unternommen: Auf das Programm „Leistungsanreizsysteme in der Lehre“ folgten die Lehrberichte, der Landeslehrpreis, der Tag der Lehre, die Förderung von Tutoren- und Mentorenprogrammen, die Einführung der Studiendekane und die Zulässigkeit hochschuleigener Auswahlverfahren für einen Teil der Bewerber sowie das Bündnis für Lehre. Hinzu kamen die Bemühungen um die Studienzeitverkürzung durch Orientierungsprüfungen, Beschränkung der Semesterzahl, die so genannte Freischussregelung und vor allem das Bildungsguthaben mit der Langzeitstudiengebühr. Im Studienjahr 1998/99 ging die Zahl der Studierenden im vierzehnten oder höheren Semester an den Universitäten um fast 40% und an den Pädagogischen Hochschulen um etwa 35% zurück. Die Langzeitstudiengebühr war als Vorläufer einer allgemeinen Studiengebühr gedacht. Der weniger aus finanziellen als aus strukturellen Gründen angestrebte Studienkostenbeitrag, um nämlich das Interesse der Studierenden an einem Studium in der Regelstudienzeit zu stimulieren und die Lehrenden stär-

ker für die Studierenden verantwortlich zu machen, war nicht durchsetzbar. Auf der entscheidenden Kabinettsitzung folgte auf den gründlich vorbereiteten Vorschlag die kürzeste aller denkbaren Äußerungen: ein klares Nein des stellvertretenden Ministerpräsidenten (FDP) auf eine Frage des Ministerpräsidenten (CDU), der allerdings genauso dachte.

Mehr Verantwortung für die Hochschulen

Die geplante und weitgehend realisierte Autonomie der Hochschule rechtfertigt sich durch ihre stringente Bezugnahme auf eine wissenschaftsimmanente Orientierung und ihre bildende, entdeckende und die Entwicklung der Gesell-

sehen, bei denen persönliche Verantwortung anstelle gruppenbezogener Interessen dominierte. Dazu gehörte die Einführung eines weitgehend globalisierten Haushalts und eine leistungsorientierte Mittelzuweisung ebenso wie der damals bundesweit einmalige „Solidarpakt“, der Planungssicherung für zehn Jahre garantierte gegen die Zusage, Personalstellen einzusparen, die aber zu zwei Dritteln an die Hochschulen zurückflossen, teils in Form von neuen Stellen, teils in Form von Investitionsmitteln.

Nach wie vor gehen die Hochschulen davon aus, dass sie am besten wissen und deshalb sinnvoll darüber entscheiden sollten, was wissenschaftswert ist und besonderer Forschung bedarf. Dabei

hat sich inzwischen langsam aber stetig die Erkenntnis durchgesetzt, dass die einstmals autarken Bereiche von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gut beraten sind, zunehmend miteinander in Beziehung zu treten, ohne die Grenzen untereinander aufzuheben. Deshalb wurden gesetzlich Hochschulräte vorgeschrieben,

die sich zur Hälfte oder wenn die Hochschulen dies wollten ganz aus hochschulfremden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik zusammensetzten. Deshalb wurde auch durch das Programm Verbundforschung nach einem Weg gesucht, wie Hochschulen und Wirtschaft gemeinsam neue Erkenntnisse generieren und damit auch dem Ziel des Technologietransfers Rechnung tragen könnten.

„Auch die Kunst- und Kulturförderung bedeutet die Förderung von Wissen und Können, von Neugier und Kreativität. Selbst da, wo Kunst in ihren vielfältigen Formen wahrgenommen wird, wird aus Emotion Erkenntnis.“

schaft kritisch begleitende Kraft. Damit die Hochschulen dieser Aufgabe gerecht werden können, war es nötig, ihnen entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen – verbunden mit einem System der Informations- und Qualitätssicherung in Eigenverantwortung und in Verantwortung gegenüber Regierung und Parlament. Dazu war die Entscheidungsfähigkeit nach innen und außen zu stärken, die Verantwortung stärker mit der Amtsführung Einzelner zu verbinden, ein klares Zuständigkeitsprofil zu schaffen und Kollegialorgane vorzu-

Kunst und Wissenschaft gehören zusammen

In Baden-Württemberg sind aus guten Gründen die Zuständigkeiten für Wissenschaft und professionelle Kunst in einem Haus zusammengeführt worden, abgesehen von den Jahren 1992 bis 1996, als das damalige Ministerium für Familie, Weiterbildung und Kunst für die Kunstpolitik verantwortlich war. Auch die Kunst- und Kulturförderung bedeutet die Förderung von Wissen und Können, von Neugier und Kreativität. Selbst da, wo Kunst in ihren vielfältigen Formen wahrgenommen wird, wird aus Emotion Erkenntnis.

Aus den Ereignissen jener Jahre sollen nur die drei herausgehoben werden, die neue Entwicklungen zur Folge hatten und inzwischen weit über ihr unmittelbares Tätigkeitsfeld zum Ansehen der baden-württembergischen Kulturlandschaft beitragen. Es sind dies die 1991 gegründete Filmakademie in Ludwigsburg, deren praxisnahe Ausbildungsstruktur ebenso wie ihre Absolventen inzwischen einen exzellenten Ruf genießen. Eine absolut erfreuliche Entwicklung haben auch das Zentrum für Kunst und Medientechnologie, das 1988 seine Arbeit aufnahm, die Hochschule für Gestaltung, die 1993 ihren Studienbetrieb begann, und das 1999 eröffnete Museum für Neue Kunst genommen. Hier ist es gelungen, in einem Gebäude mit mehreren Hallen die Künste mit den Medientechnologien in Forschung und Lehre auf innovative Weise so zusammenzuführen, dass die Ergebnisse dieser Aktivitäten inzwischen weltweit Beachtung finden.

Vieles erreicht

Wir hatten uns damals sehr viel vorgenommen und auch viel erreicht. Noch mehr wäre noch besser gewesen. Aber vieles, was heute als Folge eines Ende der 90er Jahre erfolgten Paradigmenwechsels fast selbstverständlich erscheint, war damals nur unter größten Schwierigkeiten erreichbar: vom Solidarpakt über die Organisationsreformen bis hin zur Einrichtung einer Evaluationsagentur.

Bei all diesen Bemühungen ging es im eigenen Selbstverständnis vor allem darum, in Freiheit zu dienen (Theodor Fontane), aber auch um jenen Satz, der einem Medici-Papst zugeschrieben wird: Nachdem mir Gott ein so schönes Amt gegeben hat, will ich es auch genießen. Auch wenn mir das Amt eindeutig nicht von Gott, sondern vom (Ministerpräsidenten) Teufel anvertraut worden war, bot dieses Amt die immer animierende Begegnung mit der Kreativität von Wissenschaft und Kunst. Es war eine anhaltende Freude, in vertrauensvoller und loyaler Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums ein verantwortungsvolles, spannendes und ereignisreiches Arbeitsleben zu führen, und dies soweit möglich in glaubwürdiger Geradlinigkeit und intellektueller Redlichkeit.

Organisationsreform oder Die Abkehr von „My Chair is my Castle“ - Erinnerungssplitter eines Zeitgenossen

Prof. Dr. Detlef Müller-Böling

Bis Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts herrschte ein ausgeprägtes Kollegialitätsprinzip mit dem wesentlichen Grundsatz, sich in Angelegenheiten des Kollegen nicht einzumischen. Dies war mit dem Vorteil verbunden, dass der Kollege dies auch nicht tat. Das Grundprinzip wurde durch die verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Paritäten in den Hochschulgremien verstärkt, die eine (einzige) Stimme Mehrheit für die Hochschullehrer vorsahen. Das führte dazu, dass man sich auch um die „schwarzen Schafe“ unter den Hochschullehrern scharen musste, um die Mehrheit nicht zu gefährden. Die Selbstkontrolle unter den Hochschullehrern wurde ausgehebelt, eine Fremdkontrolle fand nicht mehr statt. Der kleinste gemeinsame Nenner machte die Hochschule zu einem bestandserhaltenden, außerordentlich konservativen Gebilde.

Erinnerungssplitter 1:

Auf einem CHE-Treffen mit europäischen Hochschulleitern im Jahre 1997 ging der damalige Rektor der Universität Mannheim, Peter Frankenberg, an die Flipchart, malte eine Burg mit hochgezogener Zugbrücke und schrieb darunter „my chair is my castle“.

In der Hochschulstrukturkommission Baden-Württemberg ging es 1996 bis 1998 um Entscheidungen der Art, wie viel Chemie, Anglistik, Jura usw. an welcher Hochschule anzusiedeln sei. Einige Kommissionsmitglieder plädierten für die Schaffung eines „atmenden Systems“, damit laufend wettbewerbliche Strukturanpassungen vorgenommen werden könnten. Dazu gehörte zwangsläufig auch eine Organisationsstrukturreform, die autonomen Hochschulen Entscheidungsfähigkeit innerhalb der Hochschulen bringen sollte.

Erinnerungssplitter 2:

Ein Jahr später rief der Vorsitzende der Kommission, MD Rudolf Böhmler, mich an und meinte, er hätte damals die weitreichenden Konsequenzen dieser Empfehlungen gar nicht richtig eingeschätzt, hielte sie rückblickend aber für die wichtigsten Vorschläge der HSK.

Im Jahre 2000 verabschiedete der Landtag ein neues Hochschulgesetz mit der Etablierung eines Hochschulrats, klaren Trennungen zwischen Exekutiv- und Kontrollaufgaben sowie der doppelten Legitimation für Rektoren und Dekane.

Erinnerungssplitter 3:

Minister Klaus von Trotha zeigte sich im persönlichen Gespräch mit dem Gesetz (zu Recht) sehr zufrieden und meinte, jetzt sei die Reform geschafft. Ich entgegnete, dass die Reform erst geschafft ist, wenn aufgrund des Gesetzes ein anderer Typ von Dekan und ein anderer Typ von Rektor ins Amt kommt und das könne sicherlich noch 5 bis 10 Jahre dauern.



Im Jahre 2004 wurde bereits der nächste Schritt mit einem (entschlackten) Hochschulgesetz getan, das mit der Berufungsverantwortung bei den Hochschulleitungen weitere qualitative Schritte der Autonomie einleitete.

Erinnerungssplitter 4:

Muss der Rektor wirklich Vorstandsvorsitzender heißen, der Hochschulrat Aufsichtsrat? Ja nach dem Gesetz, nein nach der Grundordnung. Und keiner tat es – sinnvollerweise!

Im Ergebnis der Organisationsreformen ist die Entscheidungsunfähigkeit der Korporation, sei es Fakultät oder Hochschule, grundlegend überwunden. Visionen und Innovationen können über

die Burg des Lehrstuhls hinaus uni- und multidisziplinär entworfen und umgesetzt werden. Nur so konnte man in der dritten Linie der Exzellenzinitiative er-

“Visionen und Innovationen können über die Burg des Lehrstuhls hinaus uni- und multidisziplinär entworfen und umgesetzt werden.”

folgreich sein. Kein Zweifel also: Nicht zuletzt aufgrund der Organisationsreformen gehört Baden-Württemberg zu den Ländern mit den leistungsfähigsten Hochschulen Europas.

Hochschulstrukturkommission und Solidarpakt

Staatssekretär a. D. Rudolf Böhmler

Meine erste Arbeitsphase im damals noch jungen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg begann ich als Regierungsrat im Juni 1979. Im Oktober 1982 folgte ich dem legendären Staatssekretär Paul Harro Piazolo ins Bundesbildungsministerium als dessen Büroleiter. 13 Jahre später kehrte ich als Amtschef ins MWK zurück. In meiner bisherigen Laufbahn hatte ich vor keiner Herausforderung mehr „Manschetten“ wie vor dieser Aufgabe. Die Tatsache, dass das Ressort damals einen Etat von über 5 Milliarden DM hatte und mit den Universitätsklinika über 44.000 Personalstellen verfügte, war allein schon respektierend. Die wirkliche Herausforderung waren jedoch vor allem die großen Erwartungen von Ministerpräsident Erwin Teufel gerade an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Dramatisch zunehmende Haushaltsprobleme, rückgängige Studentenzahlen und großer Reformbedarf bildeten den anspruchsvollen Ausgangspunkt. Einige wenige Highlights:

Die Klinikreform

Am Anfang stand die Arbeit an der Klinikreform. Das am 1. Januar 1998 in Kraft getretene Hochschulmedizinreform-Gesetz bewies die Reformfähigkeit im Hochschulbereich. Durch die Klinikreform wurde eine Aufbruchstim-

mung in den Klinika ausgelöst. Die bereits sehr gute Qualität sowohl der Krankenversorgung als auch der Forschung und Lehre in den Universitätsklinika wurde weiter entscheidend gestärkt. Die baden-württembergischen Klinika sind heute in den Rankings ganz oben zu finden.

Hochschulstrukturkommission und Solidarpakt

Im November 1996 fand die konstituierende Sitzung der Hochschulstrukturkommission unter meinem Vorsitz statt. Ein richtungsweisender Schritt der Landesregierung. Der erstklassig



besetzten Kommission schlug seitens der Hochschulen zunächst ein rauer Wind entgegen, ging es doch letztlich auch um einen beträchtlichen Stellenabbau. Die Kommission hatte jedoch ein hervorragendes Zeitfenster zur erfolgreichen Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Finanznot an den Hochschulen und die damals zurückgehenden Studentenzahlen erleichterten

Einschnitte. Weder vorher noch nachher konnten ähnlich gute Ergebnisse in vergleichbaren Kommissionen anderer Länder erzielt werden. Die Kommission legte im Juli 1998 eine detaillierte Empfehlung zur quantitativ-strukturellen Entwicklung des baden-württembergischen Hochschulsystems vor. Darüber hinaus machte sie Vorschläge zur Flexibilisierung der Rahmenbedingungen des Hochschulsystems und zur Studienstrukturreform. Am Ende konnten die Vorschläge weitgehend umgesetzt werden, auch Dank der nun einsetzenden Unterstützung der Hochschuleseite. Die Hochschuleseite konnte vor allem durch

die Kehrseite der Medaille der Vorschläge der Hochschulstrukturkommission, den Solidarpakt, gewonnen werden. Im Gegenzug zu Stellenkürzungen konnte damals durch eine 10jährige finanzielle Absicherung und Bestandsgarantie insbesondere die Zukunft der baden-württembergischen Universitäten in sehr gute Bahnen gelenkt werden. In einer Zeit größter finanzieller Engpässe war die gewonnene Planungssicherheit ein nahezu unschätzbares Gut für die baden-württembergischen Hochschulen. Der Solidarpakt war deshalb ein Instrument, um das die baden-württembergischen Hochschulen nicht nur von den anderen Ressorts des Landes, sondern auch bundesweit beneidet wurden. Die Idee des Solidarpaktes wurde übrigens wesentlich durch den damaligen Rektor der Universität Mannheim, dem heutigen Wissenschaftsminister, in „konspirativen“ Beratungen entscheidend beeinflusst.

Dritte Stufe der Hochschulreform

Schließlich war einer der Kernpunkte der Arbeit im MWK die 3. Stufe der Hochschulreform, beschlossen vom Landtag von Baden-Württemberg am 24. November 1999. Auch hier blies Minister Klaus von Trotha zunächst viel Wind ins Gesicht. Die Universitäten sahen sich gegängelt. Dem Minister ging es bei dem bundesweit (damals noch) beispiellosen Vorhaben aber vor allem darum, die Universitäten besser für den auch im Bildungsbereich zunehmenden globalen Wettbewerb zu rüsten. Nahezu einhellig machte sich die Kritik fest an der Etablierung des Hochschulra-

tes, heute eine nicht mehr weg zudenkende Einrichtung. Ich erinnere mich noch an einen Streit im Frühjahr 1999 im Senat der Universität Heidelberg. Einige der Professoren versuchten Minister Klaus von Trotha in drastischen Worten klarzumachen, dass die alma mater nun 613 Jahre alt geworden sei und deshalb die Ära des amtierenden Wissenschaftsministers auch ohne externe Hochschulratsmitglieder überstehen würde. Bettina Wieselmann schrieb aber seinerzeit für die Südwest-Presse: „Ob Solidarpakt, Hochschulstrukturkommission oder Uniklinikreform – die Stuttgarter Ideen werden teilweise unter neuen Namen, aber mit dem selben

„Der Solidarpakt war deshalb ein Instrument, um das die baden-württembergischen Hochschulen nicht nur von den anderen Ressorts des Landes, sondern auch bundesweit beneidet wurden.“

Inhalt inzwischen längst kopiert.“ Auch der mitunter witzige Studentenprotest (in Anlehnung an eine Autowerbung: „Nichts ist unmöglich – von Trotha“) verstummte rasch.

Für mich war gerade diese Zeit meiner Berufstätigkeit in der „Reformwerkstatt“ MWK mit die erfüllendste. Nicht zuletzt durch die hervorragende und unermüdliche Zuarbeit der Kolleginnen und Kollegen des MWK, sondern auch durch das nahezu „blinde Verständnis“ in der Leitungsebene mit Minister Klaus von Trotha und Staatssekretär Dr. Christoph Palmer.

In der Zwischenzeit hat die baden-württembergische Wissenschaft ihre herausragende Stellung im überregionalen Ver-

gleich nicht nur gehalten, sondern ausgebaut. Die großartigen Erfolge bei der „Exzellenz-Initiative“ sind hierfür nur ein Beleg. Ein Ausruhen auf diesen Erfolgen wäre jedoch völlig verkehrt. Um im internationalen Vergleich überhaupt eine

Chance zu haben, sind weiterhin große Anstrengungen erforderlich und es sind auch neue Wege im deutschen Hochschulsystem zu beschreiten.

30 Jahre MWK- 30 Jahre Erfolgsgeschichte der Hochschulmedizin

Prof. Dr. Dr. h.c. Georg Sandberger

Die Entwicklung der Hochschulmedizin in den letzten 30 Jahren ist eine Erfolgsgeschichte gemeinsamer Arbeit des Ministeriums, der Universitäten, ihrer Medizinischen Fakultäten und Universitätsklinika. Keine Einrichtung von Universitäten stand und steht so häufig im Blickpunkt von Evaluationen, von Empfehlungen des Wissenschaftsrats und externen Gutachten wie die Hochschulmedizin. Dies liegt in ihrer besonderen Rolle im Schnittfeld zwischen Krankenversorgung, Grundlagenforschung, klinischer Forschung, medizinischer Ausbildung und Weiterbildung. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfordert einen engen Verbund mit den biowissenschaftlichen, aber auch mit den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern der Universität.

Aus dieser doppelten Einbindung der Hochschulmedizin in das Gesundheitssystem und in das Wissenschaftssystem ergeben sich besondere Anforderungen an die strategische Ausrichtung ihrer Aufgaben, an ihre Organisation, ihre Finanzierung und Personalstruktur.

Die Sonderstellung der Universitätsklinika des Landes

Baden-Württemberg nahm und nimmt bei der konzeptionellen Entwicklung der Hochschulmedizin eine Pionierrolle ein. Zugleich bestätigen alle Evaluationen

der letzten Jahre den herausragenden Rang der medizinischen Fakultäten und ihrer Universitätsklinika. Vier Medizinische Fakultäten gehören nach dem DFG-Ranking zu den fünfzehn forschungsstärksten Einrichtungen der Bundesrepublik, drei davon zu den ersten acht.

Dies ist das Ergebnis eines exemplarischen Ausbaus der traditionellen, auf die Universitätsgründung zurückgehenden medizinischen Fakultäten in Freiburg (1452), Heidelberg (1386) und Tübingen (1477), der Gründung der Universität und der Übernahme des städtischen Klinikums Ulm (1966/1980), schließlich der Erhebung des städtischen Klinikums Mannheim zum Universitätsklinikum Mannheim.

In der zukunftsorientierten Organisationsentwicklung der baden-württembergischen Hochschulmedizin spiegeln sich die besonderen Anforderungen als Einrichtungen der Universität und des Gesundheitssystems wider. Ihre verschiedenen Entwicklungsstufen lassen sich als ein Prozess gradueller Verselbständigung unter dem Dach der Universitäten beschreiben. Bis zu Beginn der 70er Jahre hatten die Universitätsklinika keinen anderen Status als andere Universitätseinrichtungen.

Konsequente Organisationsreformen

1972 hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland ein den betrieblichen Anforderungen der Krankenversorgung angemessenes Organisationsrecht geschaffen. Erstmals entstand mit dem Klinikum als rechtlich unselbständiger Anstalt eine Organisationseinheit mit eigener Leitungsorganisation und einem



eigenen kaufmännisch bewirtschafteten Budget.

Nach Einrichtung des MWK wurde dieser Prozess 1985 durch eine Professionalisierung des Klinikumsvorstands und eine Untergliederung des Klinikums in Kliniken und Abteilungen fortgesetzt.

Jedoch gab es Schwachstellen: zum ei-

obliegen die Aufgaben von Forschung und Lehre. Die Verknüpfung medizinischer Forschung und Lehre mit der Krankenversorgung erfolgt auf der Leitungsebene durch wechselseitige Vertretung des Dekans und des Ärztlichen und Kaufmännischen Direktors im Klinikumsvorstand bzw. Fakultäts-

vorstand, auf der Ebene der Kliniken durch Personalunion von Professur und ärztlicher Leitung. Die Vernetzung mit der Universität wird durch die Mitgliedschaft des Rektors und eines weiteren Professors (meist Pro-

„In der zukunftsorientierten Organisationsentwicklung der baden-württembergischen Hochschulmedizin spiegeln sich die besonderen Anforderungen als Einrichtungen der Universität und des Gesundheitssystems wider.“

nen die unklaren Schnittstellen der Zuständigkeiten zwischen dem Land, der Universität und dem Klinikum, zum anderen die mangelnde Trennung der Ressourcen von Krankenversorgung, Forschung und Lehre. Der Staatszuschuss war an die Entwicklung der exponentiell steigenden Kosten des Klinikums gekoppelt, ohne dass seine Verwendung für Aufgaben von Forschung und Lehre nachgewiesen werden konnte.

Das Hochschulmedizingesetz von 1997

Dies gab den Anlass für die unter Federführung des MWK entstandenen Empfehlungen der KMK (1995) und deren beispielgebenden Umsetzung durch das Hochschulmedizingesetz 1997. Seit 1.1.1998 sind die Universitätsklinika als rechtlich selbständige, nur der Rechtsaufsicht des MWK unterliegende Anstalten des öffentlichen Rechts verfasst. Sie verfügen über eine unternehmensähnliche Führungsorganisation (Vorstand und Aufsichtsrat). Der von einem Fakultätsvorstand geleiteten Fakultät

rektors) im Aufsichtsrat des Universitätsklinikums, durch die Mitgliedschaft des Dekans im Senat, sowie durch Abstimmungsprozesse zwischen Fakultät, Rektorat, Universitätsrat und Senat gesichert. Mit der Organisationsreform verbunden ist eine Finanzreform. Ihre Grundprinzipien sind: Finanzierung der Krankenversorgung aus den stationären und ambulanten Entgelten, Trennung der Aufwendungen für Krankenversorgung, Forschung und Lehre, Budget-Zuständigkeit der Fakultät für den leistungs- und belastungsbezogen zugewiesenen Staatszuschuss.

Diese Organisations- und Finanzreform hat sich nachhaltig bewährt. Die Klinika haben ihre Spielräume für strategische Entscheidungen erfolgreich für eine Verbesserung ihrer Ertragslage und Eigenfinanzierung genutzt, die Fakultäten konnten ihre Drittmittel mehr als verdoppeln.

Neue Herausforderungen

Dennoch stoßen weitere Optimierungen an Grenzen. Im Entgeltrecht (DRG, Am-

balanzentgelte) sind strukturelle Defizite angelegt. Im investiven Bereich bestehen nach dem vom MWK beauftragten Organisationsgutachten von Linklaters Roland Berger Finanzierungsdefizite von fast 1 Mrd. Euro. Die Universitätsklinika verfügen nicht über die uneingeschränkte Tarifhoheit, müssen aber die Folgen von Tarifabschlüssen tragen. Die eigenständige Betriebsführung wird durch die nur beschränkte Bauherrenzuständigkeit und Befugnis zur Kreditaufnahme beeinträchtigt. Zutreffend schließt das Gutachten eine Privatisierung als erste Option aus. Sie könnte nur im investiven Bereich neue Spielräume eröffnen. Die Vorschläge für die Umgestaltung der bestehenden Leitungsstrukturen (Einführung einer Gewährträgerversammlung oder eines Vorstands für Wissenschaftsmanagement) erscheinen aber nicht zielführend. Die Vorschläge für die Behebung der

genannten Schwachstellen im finanzwirtschaftlichen Bereich verharren im status quo. Die Empfehlung, den Investitionsstau durch Steigerung der Umsatzrendite auf 5% abzubauen, setzt die Aufhebung der Deckelung der Krankenhausentgelte durch die Grundlohnsumme voraus. Erneut wird die politische Leitung des MWK im Verbund mit den Universitäten, Medizinischen Fakultäten und Klinikumsvorständen gefordert sein, in bewährter Kooperation zielführende Konzepte selbst zu entwickeln.

Weltraumforschung

Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz

Menschheitstraum und Wirtschaftspotential

Dass Raumfahrtforschung in Baden-Württemberg so erfolgreich ist, ist auch einer weitsichtigen Wissenschaftspolitik zu verdanken. Schon als in den 60er Jahren die damalige Sowjetunion mit „Sputnik“ den ersten künstlichen Satelliten ins All schickt, ist klar, dass es hier nicht nur um einen alten Traum der Menschheit geht, sondern dass enormes politisches und wirtschaftliches Potenzial in der Raumfahrtforschung steckt. Kein Wunder, dass man in Baden-Württemberg den Raumtransport zum zentralen Thema macht und die Forschung von Beginn an nachdrücklich fördert. So wird das Raketentestgelände in Lampoldshausen ausgebaut und 1967 wird an der Universität Stuttgart aus der kleinen Abteilung „Luftfahrttechnik“ die „Fakultät Luft- und Raumfahrttechnik“.

Mit Spitzenkooperationen Richtung Mars

1970 wird dann Rolf D. Bühler für das neu gegründete „Institut für Raumfahrtantriebe“ gewonnen. Er hat damals die große Bedeutung und die immensen Herausforderungen für den Raumtransport klar erkannt und dafür gesorgt, dass das neue Gebäude mit weltweit einzigartigen Versuchsanlagen ausgestattet wird, die uns in den folgenden Jahrzehnten den Anschluss an Spitzen-

universitäten in USA und Japan und die Teilhabe an vielen spannenden internationalen Weltraumprojekten und -missionen ermöglichten. Sein viel zu früher Tod bringt mich bereits als junge Forscherin in Leitungsverantwortung. Der Bereich „Elektrische Raumfahrtantriebe“ wächst schnell, wir erforschen in Zusammenarbeit mit der NASA das Potenzial elektrischer Raketenantriebe im Hinblick auf bemannte interplanetare



Missionen. Eine bemannte Marsmission scheint nahe und wir sind mit dabei. Es ist eine aufregende, spannende Zeit, in der tragfähige Partnerschaften entstehen zu den Universitäten Princeton, Tokio, Pisa, zum MIT und vielen mehr.

Mitte der 80er Jahre, als Europa aufbricht, ein eigenes bemanntes Raumfahrzeug zu entwickeln, weitet sich das Spektrum

unseres Institutes - es heißt nun Institut für Raumfahrtssysteme. Für die Raumtransporttechnologie wird eine eigene Professur geschaffen, auf die ich 1992 berufen werde. Weil ich die erste Ingenieurprofessorin des Landes war, hatte ich die Ehre, von Minister Klaus von Trotha persönlich vereidigt zu werden. An diesen Tag denke ich oft zurück, denn es war für mich nicht nur als Wissenschaftlerin ein bewegender Moment, sondern auch mein erster Schritt auf hochschulpolitischem Parkett.

Mit Hermes durch die Atmosphären

Ebenfalls Mitte der 80er Jahre entsteht in Frankreich die Idee, ein kleines europäisches Raumfahrzeug zu entwickeln, um Menschen in den Weltraum zu transportieren, sie geben ihm den schö-

nen Namen HERMES – der Götterbote. Die Entwicklung und Qualifikation des Hitzeschutzsystems wird als eine der größten Herausforderungen erkannt. 1986 fragt uns die französische Raumfahrtbehörde, ob wir die erforderlichen Testanlagen zur Materialqualifikation unter Wiedereintrittsbedingungen entwickeln und betreiben wollen. Wir greifen zu und in meiner Abteilung werden in den Folgejahren mehrere Plasmawindkanäle aufgebaut, mit denen wir den Eintritt in die Atmosphären sowohl unserer Erde als auch anderer Himmelskörper nachbilden können. Uns erschließen sich neue, spannende Forschungsfelder und die Beteiligung an vielen aufregenden Weltraummissionen in Kooperation mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt.

All erprobt

In den 90er Jahren gewinnen elektrische Antriebe für Satellitenanwendung zunehmend an Bedeutung, der Bereich elektrische Raumfahrtantriebe weitet sich hin zu Kleinantrieben in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Indus-

trie. Dank der zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik des Landes herrscht für derartige Kooperationen ein so förderliches Klima, dass die ersten Konzepte demnächst im All erprobt werden können.

Die Abteilung Raumtransporttechnologie am Institut für Raumfahrtssysteme der Universität Stuttgart ist weltweit

“Es ist also gut möglich, dass künftig nicht nur Menschen zum Mars fliegen, sondern dass auch noch mehr Frauen auf dem Gebiet der Raumfahrtforschung erfolgreich tätig werden.”

das größte Forschungslabor an einer Universität auf den genannten Forschungsgebieten. Mich persönlich freut darüber hinaus, dass sich in den letzten Jahren viele junge Forscherinnen für dieses Aufgabenfeld begeistern. Es ist also gut möglich, dass künftig nicht nur Menschen zum Mars fliegen, sondern dass auch noch mehr Frauen auf dem Gebiet der Raumfahrtforschung erfolgreich tätig werden.

Die Nutzung neuer Medien in der Hochschullehre

Prof. Dr. Dr. Friedrich W. Hesse

Die Euphorie, mit der eLernen noch vor einigen Jahren als DIE Bildungsform des 21. Jahrhunderts gepriesen wurde, ist mittlerweile verflogen. Die Durchdringung der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien in nahezu alle Gesellschaftsbereiche sowie in immer mehr Bildungsbereiche - von der Elementar- bis zur Weiterbildung - ist jedoch ungebrochen. Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses stehen heute allerdings jene Faktoren, die dafür ausschlaggebend sind, dass mediengestützte Lernformen Vorteile gegenüber traditioneller Präsenzlehre und -lernen bieten bzw. diese sinnvoll ergänzen. Zur Erreichung dieses Ziels gibt es jedoch kein Patentrezept, das für alle Einsatzbereiche und potenziellen Zielgruppen gleichermaßen anwendbar wäre. Moderne eLern-Instrumente erlauben vielmehr flexible und adaptive Strukturen, bei dem das jeweilige System an die Vorkenntnisse, kognitiven Fähigkeiten, Interessen und die Verfügbarkeit des Lernenden angepasst werden kann.

Die wachsende Bedeutung neuer Medien fordert Lernende und Hochschulen

In einer Zeit, in der Lernprozesse schon während der Ausbildungszeit auch informell stattfinden und danach in zunehmendem Umfang berufsbegleitend gestaltet werden, nimmt orts- und zeit-

unabhängiges Lehren und Lernen an Akzeptanz und Bedeutung zu. Individualisiertes und unabhängigeres Lernen erfordert jedoch auf Seiten der Nutzer der neuen Technologien ein bestimmtes Maß an Selbstlern- und Medienkompetenz. Nicht immer sind diese in ausreichendem Maße bei den Lernwilligen vorhanden. Damit eLernen sich für den Einzelnen als erfolgreich erweist, müssen entsprechende Kompetenzen zunächst erworben, später stetig trainiert und das passende Werkzeug gewählt werden. Hier sind die Hoch-



schulen (und beim betrieblichen eLernen die Unternehmen) erfordert, den Lernenden die notwendige Unterstützungsleitung zu bieten. Auf der Ebene der digitalen Werkzeuge stellt sich die Frage nach dem didaktisch und technisch sinnvollen Design der innovativen Lernumgebungen. Auf diese Herausforderungen hat Baden-Württemberg sehr früh als eines der ersten Bundesländer mit einem umfangreichen Förderprogramm reagiert.

Vielfalt als Programm

Während in den letzten Jahren viele wissenschaftspolitisch motivierte Förderkonzepte besonders stark auf einzelne Elemente des eLernens wie Inhalte, Didaktik oder die technische Infrastruktur fokussierten, hat sich Baden-Württemberg bei seinen Initiativen zu dessen Förderung und Nutzung eine sinnvolle Offenheit bewahrt und die Vielfalt als besonderes Kennzeichen des eLernens betont. Aus der Forschungsperspektive lässt sich diese Offenheit nur begrüßen: Prozesse des medienge-

stützten Lernens und Lehrens unterliegen ständigen Entwicklungen, neben den konkreten Inhalten sind immer auch das spezifische (didaktische) Design und die Schaffung notwendiger Anreizstrukturen von Bedeutung. Eine Politik, die dazu beiträgt, dass sich das Forschungs- und Anwendungsfeld breit entwickeln kann, ist daher meines Erachtens sinnvoll und begrüßenswert.

Erste digitale Schritte auf dem Campus

Die Hochschulen weiten ihr Angebot an eLehren und eLernen bislang vor allem noch vor dem Hintergrund der hohen Studierendenbelastung aus. Eine Kon-

zentration auf die Digitalisierung von Verwaltung und Service hat bewirkt, dass dieser Prozess sinnvollerweise zunächst von den Bibliotheken und Rechenzentren getragen wird. Meist gehen mit den entsprechenden Initiativen auch Bestrebungen einher, die digitalen Inhalte mittelfristig Kosten sparend und Effizienz steigernd einzusetzen. Das Interesse, Inhalte zugänglich zu machen, dominiert dabei noch. Das globale Ziel ist dabei eine Single-Sign-On-Lösung, die es den Studierenden ermöglicht, über ein universitäres Portal gleichzeitig administrative Angelegenheiten zu erledigen, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen und die eigenen sozialen und wissensbezogenen Interessen zu organisieren.

Hochschulen müssen soziale Netzwerke weiterknüpfen

Seit Beginn der verstärkten Bemühungen, eLernen dort, wo es sinnvoll ist, stärker in die Ausbildung zu integrieren, hat sich

bezüglich der Nutzung der vorhandenen Technologien - damals unter dem Begriff „Neue Medien“ summiert - , einiges neu- und weiterentwickelt. Das betrifft vor allem die Entstehung der neuen sozialen Netzwerke auf der Basis von Social Software in den letzten fünf Jahren. Diese Instrumente haben eine extrem hohe Akzeptanz erfahren und stellen für heutige Studierendengenerationen bereits selbstverständliche Werkzeuge dar, die sowohl in der Kommunikation in der Freizeit, aber auch zunehmend für den Wissensaustausch Anwendung finden.

“Hochschulen müssen den digitalen Campus und die neuen Wissensmedien als Chance begreifen und die Potenziale, die sich durch eine flexiblere Bildungsorganisation einstellen, aktiv nutzen.”

Die Universitäten wären daher gut beraten, diese Entwicklung aufzugreifen, damit die mit den neuen Instrumenten unterstützbaren Wissens- und Lernprozesse in den Ausbildungsprozess integriert werden und nicht außerhalb der traditionellen Bildungsinstitutionen organisiert oder in individuellen und kommerziell organisierten Netzwerken realisiert werden.

eLehren als Chance

Hochschulen müssen den digitalen Campus und die neuen Wissensmedien als Chance begreifen und die Potenziale, die sich durch eine flexiblere Bildungsorganisation einstellen, aktiv nutzen. Erfolg und Breitenwirksamkeit von eLernen werden jedoch maßgeblich davon abhängen, dass die notwendige Entwicklungsarbeit zielstrebig voran getrieben wird. Die verschiedenen Gruppen in den Hochschulen benötigen dabei weiterhin sowohl die Unterstützung der Hochschulleitung als auch der Politik.

Frauenförderung

Dr. Dorothee Dickenberger

Mit § 2 Absatz 2 zur Beseitigung von für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteilen des Hochschulrahmengesetzes wurde 1987 den Hochschulen Frauenförderung als „Kind in die Wiege“ gelegt. Vom Wissenschaftsministerium wurden geeignete Rahmenbedingungen für dieses Kind erwartet. Obwohl die Anteile von Frauen in der Wissenschaft erkennbar niedrig waren und obwohl der Frauenanteil von einer Qualifikationsstufe zur nächsten geringer wurde, handelte es sich bei diesem Kind nicht um ein Wunschkind. Die niedrigen Frauenanteile, so meinten viele zu wissen, seien eine durch die schlechteren Noten der Frauen notwendige Folge der Bestenauslese im Qualifikationsverlauf. Das Hinterfragen dieser Erklärung brachte nicht nur die Erkenntnis, dass die Statistiken meist nicht nach Geschlecht differenziert wurden, die anschließende Recherche zeigte deutlich, dass sich die Abschlüsse bei Studien-Ende und Promotion kaum unterschieden und dass aufgetretene Unterschiede nicht selten zugunsten der Frauen ausfielen.

Erste Förderschritte

Anfangs sehr zögerlich und halbherzig, dann mit zunehmendem Engagement hat sich das Ministerium des Problems der Unterrepräsentanz von Frauen an den Hochschulen angenommen. Zunächst nur den Vorgaben folgend, wurden mit Bekanntwerden der Frauenanteile in der Wissenschaft, mit der Er-

kenntnis, dass trotz sehr guter Leistungen auf jeder Qualifikationsstufe der Frauenanteil geringer wurde und exzellente Frauen den Hochschulen und der Wissenschaft verloren gingen, die Maßnahmen fundierter, besser finanziert und nachhaltiger.

Als 1991 von der Bundesregierung das erste Hochschulsonderprogramm mit einem Schwerpunkt zur Erhöhung der Frauenanteile an den Hochschulen aufgelegt wurde, konnte das Ministerium mit entsprechenden Landesmitteln zur Gegenfinanzierung erstmals Maß-

nahmen initiieren, um Nachteile für Frauen abzubauen. Diese Maßnahmen wurden in den Folgejahren erweitert, modifiziert und ergänzt.



Margarete von Wrangell, Schlieben-Lange und Mathilde Planck - die Programme greifen

Die verschiedenen expliziten Frauenförderprogramme, die 1992 – 2006 aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wurden, sowie die Folgeprogramme (ab 2007, Finanzierung aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg und der EU) waren und sind auf die Qualifizierung von Frauen für Professuren an den Hochschulen ausgerichtet. Vorrangiges Ziel zum Beispiel des Margarete von Wrangell – Habilitationsprogramms für Frauen (Ausschreibungen 1997, 2000, 2002 und ab 2007 jährlich) war und ist es, qualifizierte Wissenschaftlerinnen zur Habilitation zu ermutigen und sie dabei materiell zu unterstützen. Die Flut der Anträge für die erste Ausschreibung räumte dabei endgültig mit dem Vorurteil auf, 'junge Wissenschaftlerinnen wollten keine Karriere machen'. Beeindruckt von

Qualität und Anzahl der eingereichten Anträge stockte das Wissenschaftsministerium die Zahl der vergebenen Stellen von 25 auf 39 auf, da offensichtlich vielen hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen der „normale“ Weg zur Professur nicht zugänglich war. Aus diesem Programm sind inzwischen 16 Professorinnen hervorgegangen. Das Schlieben-Lange-Programm (erste Ausschreibung 2007) ist an Wissenschaftlerinnen mit Kind gerichtet, die ihre Promotion, Habilitation oder künstlerische Qualifikation mit familiären wie beruflichen Aufgaben vereinbaren möchten. Das Mathilde-Planck-Lehrauftragsprogramm ermöglicht Frauen, die die Einstellungs Voraussetzungen für eine Fachhochschul-Professur weitgehend erfüllen, über Lehraufträge an einer Fachhochschule noch fehlende pädagogische Erfahrung zu erwerben. Ebenfalls unterstützt werden Mentoring - Programme für Wissenschaftlerinnen; zum einen an den einzelnen Hochschulen, zum anderen hochschulübergreifend. Letzteres sind MuT,- Mentoring und Training zur berufsbegleitenden Unterstützung und Förderung von hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen in Baden-Württemberg, das auch als (inzwischen europaweites) Netzwerk für mehr als 600 Wissenschaftlerinnen dient, sowie ein virtuelles Mentoring bei den Fachhochschulen und das Netzwerk FiT mit der Informatica Feminale. Die beachtlichen Erfolge dieser Maßnahmen sind dabei Indikator ihrer Notwendigkeit; die Zahl hervorragender Anträge, die nicht bewilligt werden können, lassen die Potenziale erkennen, die durch die Geschlechts-Barrieren behindert werden.

Das Programm zur Etablierung der Frauen- und Geschlechterforschung ist nach der Ausschreibung und Besetzung von fünf Professuren mit Teildennomination „Geschlechterforschung“ vorzeitig eingestellt worden; da u.a. die Anreizwirkung durch die erforderliche Eigenbeteiligung der Hochschulen zu gering war. Dies ist umso bedauerlicher, als der Forschungszweig in Baden-Württemberg kaum entwickelt ist und die Wissensdefizite nach wie vor erheblich sind. Zur kompetenten Umsetzung des Gender Mainstreaming Prinzips an den Hochschulen aber auch insgesamt werden Ergebnisse dieser Forschungsrichtung dringend benötigt.

“An den Hochschulen wird Gleichstellung akzeptiert, aber immer noch nicht als ein Kind geschätzt, dessen Wohlergehen Exzellenz ermöglicht.”

Gleichstellung ermöglicht Exzellenz

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat in ihrem Ergänzungsbericht von 1997 festgestellt, dass „Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft auch als Erschließen eines bislang nicht ausreichend genutzten Innovations- und Qualifikationspotenzials anzusehen ist“ und dass, „um in diesem gesellschaftlich relevanten Bereich zügig wirkungsvolle Veränderungen zu bewirken, ein verstärkter Paradigmenwechsel und Bewusstseinswandel erforderlich sind“. Solche Prozesse des Bewusstseinswandels und ein Paradigmenwechsel haben an den meisten Hochschulen trotz der Erkenntnisse zu den Folgen des demografischen Wandels und trotz zum Teil

erheblicher Anstrengungen im Zuge der Exzellenzinitiative noch immer nicht ausreichend stattgefunden. Andererseits sind die Vorgaben, die aus dem Ministerium an die Hochschulen gingen, sehr wohl geeignet, einen solchen Wandel zu befördern: zum Beispiel die Mitwirkungsrechte der Frauen- bzw. seit 2005 der Gleichstellungsbeauftragten, die Integration der Frauenförder- bzw. Gleichstellungspläne in die Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen, die gesetzliche Verankerung von Schutzbestimmungen für schwangere Studentinnen, die Implementierung von Erfolgen bei der Frauenförderung in die leistungsbezogene Mittelvergabe oder die Förderung innovativer Kinderbetreuungsgmaßnahmen an Hochschulen.

Das Ministerium hat sich also des anfänglich nicht immer gern gesehenen Kindes Frauen- / Gleichstellungsförderung angenommen; darf aber in seinen Anstrengungen zur Gestaltung der Rahmenbedingungen keinesfalls nachlassen. An den Hochschulen wird Gleichstellung akzeptiert, aber immer noch nicht als ein Kind geschätzt, dessen Wohlergehen Exzellenz ermöglicht und zusammen mit dem Leitprinzip des „Gender Mainstreaming“ einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit leisten kann und muss.

Ein Rückblick auf die Gründung der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe (HfG)

Prof. Dr. Peter Sloterdijk

Eines der bemerkenswertesten Phänomene seit Bestehen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg war die Kooperation zwischen den Ministerialbeamten und einem unternehmerischen oder institutionenschöpferischen Genie, wie Heinrich Klotz es gewesen ist. Es war kein alltägliches Ereignis, dass Beamte sich von der Gründungsbegeisterung haben anstecken lassen, die Klotz damals an den Tag gelegt hat. Ein Zentrum für Kunst und Medientechnologie und dazu noch eine Hochschule für Gestaltung ins Leben zu rufen, war schon seinerzeit ein äußerst kühnes Projekt. Ich glaube, es dürfte in der Hochschulgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg wenig Beispiele dafür geben, dass ein solch avantgardistisches Vorhaben in einem direkten Bündnis mit Beamten eines Ministeriums hat realisiert werden können.



unter der Schirmherrschaft von Herrn Minister von Trotha, der auch bei den Gründungsfeierlichkeiten zugegen war. Heinrich Klotz war damals im wahrsten Sinne des Wortes spiritus rector, der leitende Geist, der die Idee in einer Reihe von provisorischen Körpern allmählich zur Darstellung brachte. Die ersten sechs bis acht Jahre unserer Existenz waren noch ganz improvisiert und essayistisch; erst mit dem Einzug der HfG in das ehemalige IWKA-Gebäude hat sich die Idee einer Doppelinstitution aus einem großen Forschungsmuseum für zeitgenössische Kunst und einer Kunsthochschule neuen Typs dann auch in einer adäquaten architektonischen Hülle materialisiert.

Frischer Wind

Als Rektor einer solchen Schule und als Nachfolger von Heinrich Klotz, der jetzt bald zehn Jahre tot ist, bleibt es nicht aus, dass man sich gelegentlich fragt: „Was würde er dazu sagen?“ Ich glaube, er würde in der Summe sehr stolz darauf sein, was aus der HfG geworden ist. Vielleicht auch erstaunt über die Robustheit und Lebensfähigkeit dieser Kreatur, die sich in einigen

„Die ersten sechs bis acht Jahre unserer Existenz waren noch ganz improvisiert und essayistisch.“

Unterm leitenden Geist

Im Sommersemester 1992 hat die HfG ihre Arbeit aufgenommen, also noch

Bereichen über jedes Erwarten hinaus behauptet und definiert hat. Das Leistungsniveau der Studentenschaft ist außerordentlich hoch. Vor allem ist es uns

gelingen, nun schon in dritter Generation eine neue Professorenmannschaft aufzustellen. Die revolutionäre Idee, eine Hochschule fast gänzlich auf dem Prinzip der Zeitprofessur aufzubauen, bedeutete einen Bruch mit den allerheiligsten Prinzipien des deutschen Kunstbeamtentums und brachte den frischen Wind erhöhter Leistungsbereitschaft in die Hochschulwelt. Die HfG ist dadurch in einer Phase ständiger Selbstneu-

gründung geblieben und hat im Geist der Improvisation gleichwohl die Konsolidierung geschafft. In gewisser Hinsicht darf man diese Erfolgsgeschichte als Ruhmesblatt auch in die Geschichte des Ministeriums schreiben.

Die Gründung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg

Ministerpräsident a.D.
Dr. h.c. Erwin Teufel

Die Ursprungsidee für unser Landesmuseum "Haus der Geschichte" liegt in Israel. Sie entstand in den 80er Jahren in Tel Aviv. Bei einem Besuch im dortigen Diaspora Museum war ich fasziniert von der Darstellung jüdischer Geschichte und Kultur. Es war eine ganz neue Art der Präsentation, eine Inszenierung von Ereignissen in der Geschichte des Volkes und des Alltags und der Feste der Menschen. Das didaktische, pädagogische Geschick der Darstellung hat mich tief beeindruckt. Schon lange war ich der Meinung, dass das Land Baden-Württemberg, das manche noch für das künstliche Gebilde "Südweststaat" hielten, eine Fundierung in seiner reichen Geschichte braucht, um die Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft zu einer Identifikation mit ihrem Heimatland zu bringen.

Gegen Geschichtsvergessenheit

"Wer nicht um seine Herkunft weiß, hat auch keine Zukunft", sagt Golo Mann. Unsere Zeit stellt sich weithin als Geschichtsvergessenheit dar. Landespolitik in Baden-Württemberg hat sich davon immer unterschieden, indem der Geschichtsunterricht an den Schulen erhalten wurde und viele Gedenkstätten und Heimatmuseen geschaffen wurden. An unseren Hochschulen lehren bedeutende Historiker.

Als Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion habe ich dann den damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth, den damaligen Landtagspräsidenten Erich Schneider und den damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel zu einem Besuch des Diaspora Museums in Tel Aviv eingeladen. Wir sind miteinander nach Israel geflogen und haben das Diaspora Museum besichtigt. Fortan hatte ich die Unterstützung der Spitze der Landesregierung des Parlaments und der Landeshauptstadt.

Aufbauarbeit und Durststrecke



Wir haben ein "Haus der Geschichte" gegründet. Es hatte aber noch kein Haus, aber einige Stellen, auf die wir qualifizierte junge Wissenschaftler beriefen. Sie haben Dokumente und Ausstellungsgegenstände gesammelt. Sie haben Landesausstellungen vorbereitet und sie haben ein erstes Konzept für ein "Haus der Geschichte" als Museum entwickelt. Als

zweite Stufe haben wir einen Platz gesucht. Es sollte in der Stadtmitte liegen, verkehrsgünstig gelegen sein, nahe beim Landtag für den Besuch von Schulklassen und es sollte ein anziehendes Bauwerk ermöglichen. Wir fanden ihn zwischen Staatsgalerie und dem Haus der Abgeordneten, als Teil der städtebaulichen Gestaltung von James Stirling, neben und im Zusammenhang mit den beiden Bauabschnitten einer neuen Musikhochschule an der Konrad-Adenauer-Straße. Doch dann kam eine große Enttäuschung und eine lange Durststrecke: Im Februar 1991 kam die erste Steuerschätzung mit Mindereinnahmen in Millionen-

höhe auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung. Die ganzen Neunzigerjahre waren geprägt von ständigen Verschlechterungen der Haushaltslage. Da konnte man kein neues Museum bauen, wenn man an allen Ecken und Enden sparen musste. Das Projekt eines Hauses der Geschichte wurde von Haushalt zu Haushalt verschoben. Für viele schien es gestorben.

Das Geschenk zum Fünfzigsten

Da war das fünfzigjährige Jubiläum des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2002 vorzubereiten. Ein großes Jubiläum eines starken Landes, das in seiner jungen Geschichte Platz 1 in Deutschland erreichte in Wirtschaft und Wissenschaft, bei den Hochschulen und in der Forschung.

Es entstand die Idee, dass sich das Land selbst und seinen Bürgern zum 50. Geburtstag ein Geschenk von Dauer macht: das "Haus der Geschichte".

Wir haben mit zahlreichen Gesprächen unter Beteiligung des Finanzministeriums, des Wissenschaftsministeriums

unter meinem Vorsitz über die Zeitspanne der Darstellung und über die Grundzüge der Gestaltung diskutiert. Ich habe vorgeschlagen, dass wir mit Napoleon beginnen, nicht weil ich ihn herausstellen wollte, sondern weil in der "napoleonischen Flurbereinigung" aus über zweihundert selbständigen Ländern, Herzogtümern, Fürstentümern, Grafschaften, Klöstern, Freien Reichsstädten und Reichsstiften im heutigen Baden-Württemberg 4 Einheiten entstanden: das Großherzogtum Baden, das Königreich Württemberg und die beiden Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen. Die Darstellung sollte mit der Gründung des Landes enden, die unmittelbare Gegenwart ausklammern und deren Beurteilung ruhig unseren Bürgerinnen und Bürgern überlassen. Dieser Zeitrahmen ermöglichte auch die Darstellung der Verfassungsgeschichte unserer Länder und die Darstellung der Industrialisierung unseres Landes im 19. Jahrhundert.

Die Geschichte lebt

"Unsere Zeit stellt sich weithin als Geschichtsvergessenheit dar."

und des Staatsministeriums begonnen, Planung, Gestaltung und Inhalte vorzubereiten. Bedenken, hier wolle sich die Regierung mit der Darstellung ihrer Arbeit der letzten Jahre ein Denkmal setzen, wurden mit Fakten zerstreut. Das Parlament stimmte zu und stellte die Mittel zur Verfügung.

Von Napoleon bis zur Landesgründung

Lange haben wir mit Wissenschaftlern und den Fachleuten der Ministerien

Auf der Grundlage dieser Grundsatzbeschlüsse haben Architekten und Bauhandwerker, Historiker und Künstler, Museumspädagogen und

Ausstellungsfachleute ein Werk geschaffen, das alle überzeugt hat und bei seiner Einweihung im Jubiläumsjahr 2002 architektonisch und gestalterisch als großer Wurf gefeiert wurde. Die reiche Kunst-, Kultur- und Museumslandschaft Baden-Württemberg wurde durch einen Solitär bereichert.

Das "Haus der Geschichte" ermöglicht neben der Dauerausstellung auch Wechselausstellungen, Symposien und Vorträge. Diese Chance wird auch gut genutzt. Das Haus ist lebendig und attraktiv. Es wird gut geleitet und vom Mi-



nisterium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch gut geführt. Mein Wunsch: Jede Schulklasse, die den Landtag besucht, sollte bindend auch das "Haus der Geschichte" besuchen. Unsere Schülerinnen und Schüler hätten dann einen Bezug zur Landesgeschichte und sie gingen mit einem bes-

seren Eindruck nach Hause, als wenn sie nur eine Plenarsitzung des Landtags besuchen.

Die Künste und das Ministerium - Zur Dialektik des Windschiefen

Prof. Klaus Zehelein

In einem freundlichen Brief des Ministers angefragt, ob ich etwas zum dreißigjährigen Bestehen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst beitragen wolle, möchte ich zuvörderst danken für die fünfzehnjährige Zusammenarbeit, die begleitet auch von krisenhaften Einschüben, kurzfristigen Perspektivenverschiebungen und dauerhafter Finanzproblematik, cum grano salis als produktiv mir erinnerlich ist. Nun könnte man diese Bemerkung als etwas überheblich bewerten, wären da nicht – trotz des vorausgesetzten Konsenses über die Bedeutung der Künste – zwei fast objektiv zu bezeichnende unterschiedliche Perspektiven und damit divergierende Erfahrungen, Haltungen und Arbeitsansätze zu konstatieren. Theodor W. Adorno benennt diese unterschiedlichen Logiken: „Kultur ist der perennierende Einspruch des Besonderen gegen die Allgemeinheit... Verwaltung repräsentiert notwendig, ohne jede subjektive Schuld und ohne individuellen Willen, das Allgemeine gegen jedes Besondere [...] Das Gefühl des Windschiefen, Unvereinbaren im Verhältnis von Kultur und Verwaltung heftet sich daran.“



Fruchtbare Windschiefte

Angesicht des Jubiläums gefällt mir Adornos „Gefühl des Windschiefen“, eine Formulierung, die das Verhältnis Ministerium und Kunst-Schaffende in jener Schwebelage hält, die der gemeinsamen Arbeit angemessen ist, denn von einem „Unvereinbaren“ selbst kann nicht gesprochen werden, wenn auch die Arbeitsstrukturen und die – wenn auch immer vorläufigen – Ergebnisse sich unterschiedlichen Notwendigkeiten verdanken. Bestimmt sich die Arbeit des

Ministeriums – wenn ich recht sehe – durch Begriffe wie Rationalität, Funktionalität, Kontinuität, Logik und Machbarkeit, so fordern unsere Künste – neben einem vielleicht gemeinsamen Begriff der Intentionalität – das Assoziative, Alogische, Rätselhafte, Diskontinuierliche heraus.

Natürlich ist diese Diversität kritisch zu sehen, wird doch so getan, als ob die Künste in direkter Berührung, in Konflikt mit der Kulturverwaltung sich befänden, als ob die Künste nicht ihrerseits sich einvernommen sähen von Strukturen, die denen eines

„Unsere Künste des Momentanen, des Spielens, des Sagens, des Musizierens, des Tanzens bedürfen geradezu eines institutionellen Rahmens.“

Ministeriums nicht unähnlich sind. Unsere Künste des Momentanen, des Spielens, des Sagens, des Musizierens, des Tanzens bedürfen geradezu eines institutionellen Rahmens, der durch die

Zeiten hindurch Gestalt annahm: Das öffentlich agierende und finanzierte Theater, also jener Apparat der Künste, der sie im gesellschaftlich-politischen Raum vertritt. Auf dieser Ebene sind eventuelle Interessenskonflikte auszuhandeln, die dann mit dem „Gefühl des Windschiefen“ behaftet sind, wenn das Besondere der Künste im Allgemeinen unterzugehen droht.

**Die schlechteste
Form der Zusammenarbeit
war nie zu beklagen**

Aber: So wie die Arbeit und Entscheidung des Ministeriums sich nicht bestimmen lassen darf durch den kleinsten gemeinsamen Nenner öffentlicher Diskurse, wenn ihm also noch die Würde des Gestaltens zugesprochen wer-

den soll, so wird auch jener ominöse Apparat (vertreten durch den Intendanten) sensibel auf das reagieren, was die Künste fordern, was sie einklagen müssen, sollen sie ihrerseits nicht nur Funktionen des Apparats sein.

Der schlechteste aller Fälle für die Künste wäre also die Koalition des bloß funktionierenden Theaterapparats mit dem Glanz des ministeriellen bürokratischen Apparats.

Dass dieser Fall während der fünfzehn Jahre dauernden Zusammenarbeit, der Hälfte der „Jubiläumszeit“, nie zu beklagen war, können beide Seiten nur mit Genugtuung, auch mit Stolz anmerken: Und ich bin dafür dankbar!

Floreat!

Sie, er, es blühe - wir mögen aufblühen!

Im weltweiten Wettbewerb der Ideen und Innovationen gilt es, besser zu sein als andere. Know-how, Kompetenzen, Infrastruktur und die erforderlichen finanziellen Mittel lassen wissenschaftliche Entwicklungen, technologische Neuerungen und künstlerische Kreativität aufblühen. Neue, erfolgversprechende Wege initiieren und verbinden die Ministeriums- und Ressortangehörigen zur Hochschullandschaft der Zukunft, zum lebenswerten Standort von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Kunst und Kultur.

Zwölf Fragen der Redaktion an Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg

Herr Minister, vor fünf Jahren haben Sie in Ihren „17 Thesen zur Hochschulreform“ eine Strategie für die Hochschulentwicklung in Deutschland entworfen. Hat sich die Hochschulwelt so entwickelt, wie Sie es sich 2003 gewünscht haben?

Mein Kernargument war damals, dass unser Hochschulsystem wettbewerblischer werden muss. Tatsächlich hat es eine sehr erfreuliche Entwicklung in diese Richtung gegeben. Unsere Hochschulen nehmen heute mehr Eigenverantwortung wahr, sie suchen stärker nach individuellen Profilen und Wettbewerbsstrategien. Die Illusion, alle Hochschulen seien gleich

und gleich gut, ist passé. Der Mentalitätswandel, den ich mir gewünscht habe, ist also im Gange.

An welche Entwicklungen denken Sie hier konkret?

Schon ein Blick in die folgenden Beiträge dieser Festschrift zeigt, wie viel in der Hochschulpolitik in Bewegung gekommen ist. Ich würde zwei Veränderungen hervorheben: die gestärkte Eigenverantwortung unserer Hochschulen und den Leistungsschub, den die Exzellenzinitiative bewirkt hat.

Durch mehrere Reformen des Landeshochschulrechts haben wir den Hoch-

schulen große Freiheit in Berufungs- und Haushaltsangelegenheiten gegeben. In der Gestaltung ihrer internen Organisation und ihrer Personalstrukturen genießen die Hochschulen heute weitreichende Flexibilität. Dasselbe gilt für die Auswahl der Studierenden.

Das ist aber doch keine ganz neue Entwicklung?!

Nein. Das Land hat in meiner Amtszeit als Wissenschaftsminister seinen Kurs der kontinuierlichen Hochschulreform fortgesetzt, den es schon zuvor eingeschlagen hatte. Seit 2006 kommen uns

dabei die zusätzlichen Möglichkeiten zugute, die uns die Föderalismusreform verschafft hat. Die Stärkung der Länderkompetenzen und die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes waren ja wesentliche Forderungen in den „17 Thesen“.

Und warum heben Sie die Exzellenzinitiative so hervor?

Weil sie beispielhaft für den gewachsenen Mut der Hochschulen zu Wettbewerb und Profilbildung steht. Dieses Programm hat alle Universitäten dazu angestachelt, eigene Wege zur Exzellenz zu suchen. Fakultätsübergreifende Prozesse der Strategiebildung sind in Gang gekommen, die es in dieser Form ohne den externen Anreiz der Exzellenzinitiative wohl kaum gegeben hätte. Außerdem suchen die Universitäten viel stärker die Chancen der Kooperation mit der außeruniversitären Forschung. Bundesweit beispielhaft ist hier das „Karlsruher Institut für Technologie (KIT)“. Die Verschmelzung der Universität Karlsruhe mit dem dortigen For-



schungszentrum zu einem der größten Wissenschaftszentren Europas ist ein für die deutsche Wissenschaft enorm wichtiges, anspruchsvolles Projekt.

Von diesen Prozessen profitiert aber nur die Forschung!

Das sehe ich nicht so. Die acht in der Exzellenzinitiative geförderten Universitäten in Baden-Württemberg konnten viele hunderte zusätzlicher Wissenschaftler einstellen. Diese oft herausragenden Forscherinnen und Forscher nehmen in gewissem Umfang auch Lehraufgaben wahr. Für die Karriereaussichten aller Studierenden ist es mit Sicherheit förderlich, an einer Universität mit ausgewiesener Forschungsexzellenz studiert zu haben. Und schließlich war die Exzellenzinitiative einer der Auslöser dafür, dass viele Hochschulen im Land mit dem Aufbau umfassender Systeme des Qualitätsmanagements begonnen haben.

“Für 500 Euro im Semester kann man sich mit einem Hochschulstudium ein geringeres Risiko der Arbeitslosigkeit und die Chance auf ein höheres Lebens Einkommen sichern.”

Trotzdem wissen viele Studierende nicht so recht, ob sie sich über die hochschulpolitische Entwicklung der letzten Jahre freuen sollen. Schließlich müssen sie heute für ein Studium bezahlen, das früher umsonst war.

Sie bekommen dafür aber auch bessere Qualität in Lehre und Betreuung. Ich stehe zu meinem Argument aus den „17 Thesen“, dass wir einen größeren Anteil der nichtstaatlichen Finanzierung brauchen, wenn unsere Hochschulen in-

ternational mithalten wollen. Auf einen moderaten Beitrag der Studierenden selbst können wir dabei nicht verzichten. Durch viele Befreiungstatbestände und die Möglichkeit einer Kreditaufnahme haben wir dafür gesorgt, dass niemand aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten wird. Für 500 Euro im Semester kann man sich mit einem Hochschulstudium ein geringeres Risiko der Arbeitslosigkeit und die Chance auf ein höheres Lebens Einkommen sichern.

Hat sich die Einführung der gestuften Studiengänge bewährt?

Davon bin ich überzeugt. Mit den Bachelor- und Masterstudiengängen ist das Studienangebot unserer Hochschulen differenzierter geworden, und die Umstellung wurde in vielen Fällen für eine inhaltliche Reform der Studiengänge genutzt. Die Einführung des Bachelor ermöglicht ein kürzeres Studium und eine bessere Ausrichtung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Nicht zuletzt sind die gestuften Abschlüsse international anschlussfähig.

Wenn Ihre Forderungen aus den „17 Thesen“ erfüllt sind, kann dann das Ministerium seine Arbeit einstellen?

Nein. Dieses Ministerium wird auch in Zukunft dringend gebraucht, um die Wissenschafts- und Kunstpolitik des Landes zu gestalten und Verantwortung zu tragen für die Entwicklung der Hochschulstrukturen und Kunsteinrichtungen.

Welche konkreten Aufgaben kommen auf das MWK zu?

Die steigenden Studierendenzahlen bis 2012 stellen uns vor eine gewaltige Aufgabe des Hochschulausbaus. Das Kapazitätsrecht darf nicht länger Verbesserungen der Lehrqualität behindern. Es gilt, die Chancen der Kooperation zwischen unseren Hochschulen, insbesondere innerhalb der jeweiligen Hochschulregion, noch besser zu nutzen. Unsere Hochschulen müssen, auch in ihrer personellen Zusammensetzung, noch internationaler werden. Das Potenzial für Public Private Partnership im Land ist noch nicht ausgeschöpft und der Beitrag der Hochschulen zum lebensbegleitenden Lernen noch ausbaufähig. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die strukturelle Weiterentwicklung der Universitätsklinika. Das Berger-Gutachten hat gezeigt, dass sie exzellente Qualität mit hoher Wirtschaftlichkeit verbinden, aber auch, welche große wirtschaftliche und investive Herausforderungen auf sie zukommen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der verschiedenen Hochschularten?

Jeder Hochschultyp hat seine spezifischen Stärken, die es weiterzuentwickeln gilt. Die Universitäten müssen Orte der Spitzenforschung bleiben. Sie sind gefordert, sich schon jetzt für die Fortführung der Exzellenzinitiative, die unbedingt kommen muss, zu positionieren. Wir werden die praxisorientierten Studiengänge der Fachhochschulen und Berufsakademien bedarfsgerecht ausbauen. Mit der Weiterentwicklung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg wollen wir unser Hochschulsystem entscheidend stärken. Die Pädagogischen Hochschulen stehen angesichts der demografischen Entwicklung mit sinkenden Schülerzahlen und zurückgehendem Lehrersatz-

bedarf vor einer großen Herausforderung. Damit sind aber auch Chancen verbunden. Der erfolgreiche Einstieg der Pädagogischen Hochschulen in die Frühpädagogik beweist deren Leistungsfähigkeit für diesen Wandel. Schließlich müssen wir den Studierenden an den Kunst- und Musikhochschulen weiterhin bestmögliche Qualität bieten. Einrichtungen wie die Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe nehmen in Forschung und Lehre nicht nur aktuelle Strömungen auf, sondern setzen mit überzeugenden Konzepten selbst Standards. Mit der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg in Ludwigsburg und der Pop Akademie Mannheim verfügen wir über zwei junge Einrichtungen, die ihren Absolventen sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen.

Ist die Umwandlung von Kunsteinrichtungen in Landesbetriebe ein mit der gestärkten Eigenverantwortung der Hochschulen vergleichbarer Prozess?

Ja. In beiden Fällen geht es darum, die Eigenständigkeit staatlicher Einrichtungen zu stärken. Zum 1. Januar 2008 wurden die Staatsgalerie Stuttgart, das Landesmuseum Württemberg, das Linden-Museum und die Kunsthalle Baden-Baden in Landesbetriebe umgewandelt. Mit dem Badischen Landesmuseum, das bereits seit 2003 ein Landesbetrieb ist, werden derzeit fünf Landesmuseen als Landesbetriebe geführt. Neben erweiterten Handlungsspielräumen streben wir eine erhöhte Wirtschaftlichkeit und mehr Transparenz in Finanzangelegenheiten an. Die im Hochschulbereich wichtige individuelle Profilbildung und Entwicklung von Wettbewerbsstrategien gewinnt angesichts der Anforderungen an moderne Kundenorientierung auch für Kulturbetriebe immer größere Bedeutung.

All das macht tatsächlich nicht den Eindruck, als ob dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in seinem 30. Jahr die Arbeit ausgehen könnte. Was wünschen Sie Ihrem Haus zum Geburtstag?

Ich wünsche dem MWK und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin spannende Herausforderungen, Freude an ihrer Bewältigung und eine große Portion Erfolgserlebnisse. Unsere Aufgabe als strategischer Partner für die Wissenschafts- und Kunsteinrichtungen im Land empfinde ich als ausge-

sprochen anregend. Ich sage das nach sieben Jahren als Wissenschaftsminister noch mit ebenso großer Überzeugung wie bei meinem Amtsantritt im Juni 2001. Und für mich gehört die Einrichtung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums vor 30 Jahren zu den erfolgreichen Innovationen, für die unser Land zu Recht bekannt ist.

Die Exzellenzinitiative - Nur ein Meilenstein?

Prof. Dr. Dr. h.c.
Ernst-Ludwig Winnacker¹

In Abwandlung einer berühmten Aussage des amerikanischen Bundesrichters Potter Stewart könnte man Exzellenz mit dem Satz definieren: „Ich erkenne sie, wenn ich sie sehe“. Allerdings durfte das Wort Exzellenz im Umfeld der tertiären Bildung jahrelang nicht in den Mund genommen werden. Bis dann die Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn am 26. Januar 2004 in Berlin bei dem Kongress „Deutschland. Das von morgen“ eine radikale Modernisierung des Forschungssystems ankündigte und vorschlug, in einem Wettbewerb die Spitzenuniversitäten unseres Landes durch internationale Experten aussuchen zu lassen. Nach einigem Hin- und Her und vielerlei Diskussionen zwischen Bund und Ländern kam es dann am 18.07.2005 zu einer entsprechenden Vereinbarung, die die Exzellenzinitiative mit ihren drei Fördersäulen auf den Weg brachte. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft war verantwortlich für Exzellenzcluster und Graduiertenschulen, der Wissenschaftsrat für sog. Zukunftskonzepte zum Ausbau der universitären Spitzenforschung. Inzwischen haben wir die Auswahlverfahren hinter uns gebracht und dürfen uns über Sinn und Unsinn dieser großen Initiative Gedanken machen.

Erlösungen

Aus meiner Sicht war die Exzellenzinitiative ein Meilenstein, mehr, eine Erlö-

sung für das deutsche Hochschulsystem. Warum?

Comeback

1: Weil Deutschland wieder auf die internationale Landkarte der Forschung zurück gefunden hat. Im Ausland hat man sehr aufmerksam beobachtet, wie unsere Hochschulen jahrelang vernachlässigt wurden und sich die Spitzenforschung mehr und mehr auf die außeruniversitäre Forschung verlagerte. Man sieht es an den drei Nobelpreisträgern der beiden letzten Jahre,

die der außeruniversitären Forschung zugehörig sind. Dieser Trend, der auch anderswo beobachtet wird, ist gefährlich, aber durch die Exzellenzinitiative ein wenig gebremst. Man wird sehen, wie sich das in der Zukunft auf die Positionierung deutscher Hochschulen in den internationalen Rankings auswirkt.



Overhead

2: Weil wegen des 20%igen Beitrags zu den indirekten Kosten der Forschung diese in Zukunft wieder für die Fakultäten interessant wird. Inzwischen hat dies auf alle anderen Förderinstrumente der DFG „abgefärbt“. Es wäre für die Zukunft wichtig, dem Beispiel Englands zu folgen, und diesen Beitrag auf bis zu 80% zu erhöhen. Dies setzte allerdings voraus, dass die Universitäten diese Kosten wirklich transparent und audittierbar machen. Bund und Länder sollten sich dies für die kommenden fünf Jahre vornehmen.

Wettbewerb

3: Weil die Exzellenzinitiative zu einem Wettbewerb der Institutionen untereinander geführt hat. Ein solcher Wettbewerb ist unbeliebt, weil er die Schwächen im System schonungslos offenbart. Zu diesen gehören in Deutschland vor allem

- die geringen Berufungschancen von Frauen. Nur 9% der ordentlichen Professuren sind in Deutschland mit Wissenschaftlerinnen besetzt.

“In weiteren 30 Jahren müsste die Weltliga erreicht sein.”

- der geringe Anteil von Ausländern unter den Professoren. Derzeit liegt er bei 3%. Die Max-Planck Gesellschaft mit einem Anteil von 30% Ausländern bei ihren Direktoren zeigt, dass es auch anders geht. Man sollte sich die ETH Zürich zum Vorbild nehmen, die es auf einen Ausländeranteil von 60% bringt, darunter 40% Deutsche, die allerdings in erster Linie nicht aus Deutschland berufen werden, sondern meist direkt aus den USA.
- die vergleichsweise intransparente Berufungspraxis, die proaktiver werden muss und

- die ungenügende Bezahlung von Nachwuchswissenschaftlern. An dieser Stelle hat der Übergang von der alten C-Besoldung zur W-Besoldung versagt.

Qualitätsgefälle

4: Weil die Exzellenzinitiative in Deutschland einen Qualitätsgradienten offenbart hat, der nach Süden hin immer deutlicher wird. Hier stand die Qualität von Forschung und Lehre seit Jahrzehnten auf solidem Fundament, an dem auch alle Bemühungen zur Vereinheitlichung nicht rütteln konnten. Bayern und Baden-Württemberg liefern sich seit langem ein Rennen um den Spitzenplatz beim Anteil der FuE-Kosten am Bruttoinlandsprodukt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Vier der Spitzenplätze in der Exzellenzinitiative gingen an Universitäten in Baden-Württemberg. Allein die Universität Heidelberg hatte drei erfolgreiche Kandidaten im ersten Wettbewerb des European Research Council zu verzeichnen. In weiteren 30 Jahren müsste die Weltliga erreicht sein. Auf halbem Wege werden Badener und Schwaben kaum stehen bleiben wollen.
Ad multos annos!

⁽¹⁾ Der Autor ist Generalsekretär des Europäischen Forschungsrats, Brüssel.

Karlsruher Institut für Technologie – Ein Modell für die Zukunft!

Prof. Dr. Eberhard Umbach

Die Exzellenzinitiative ist zweifellos ein großer Erfolg, wenn man den Ideenreichtum und die vielfältigen Bewegungen betrachtet, die in die deutsche Hochschullandschaft gekommen sind. Erstaunlich allerdings, mit wie wenigen Karotten man Kaninchen aus dem Bau locken kann. Oder anders ausgedrückt: Wenn man die 1,9 Milliarden Euro der Exzellenzinitiative auf sechs Jahre und fast vierzig Hochschulen verteilt, lindert das zwar den Mangel der stark unterfinanzierten Hochschulen, sofern sie erfolgreich waren. Jedoch begrenzen die verfügbaren Summen und der zeitliche Rahmen ziemlich stark die Höhe und Weite der Sprünge, die man damit machen kann. Umso erstaunlicher sind die Aktivitäten und die Kreativität, die durch diese wenigen „Karotten“ in den Hochschulen stimuliert wurden. Wie „hungrig“ muss ein Bildungssystem sein, damit es auf vergleichsweise wenig Geld so heftig reagiert?

Freiheit beim Verzehr der Karotten

Erstaunlich ist auch, wohin das meiste Geld der Exzellenzinitiative fließt. Liegt das am Menschenschlag im Südwesten? Dem muss ich als Bayer – mit Verlaub – heftig widersprechen. Liegt es am Klima? Das erscheint mir in Anbetracht drückend schwüler Sommertage im Rheingraben eher unwahrscheinlich.

Bleibt eigentlich nur noch die Hochschul- und Förderpolitik des MWK, die den Hochschulen in Baden-Württemberg mehr Karotten und mehr Freiheiten beim Verzehren derselben zubilligt, als das anderswo der Fall ist. Das verdient großes Lob (und ein wenig Neid – aus bayerischer Sicht).

Aus Karlsruher Perspektive gesellt sich neben das Lob auch der Dank. Denn wo anders als in Baden-Württemberg wäre ein so ehrgeiziges und spannendes Unternehmen wie das KIT, das Karlsruher Institut für Technologie, möglich und der Erfolg dieses zukunftsweisenden



Modells so wahrscheinlich gewesen? Denn die vollständige Fusion zwischen einer Landesuniversität und einer überwiegend aus Bundesmitteln geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtung erfordert große Sprünge über viele Zäune unseres föderal und administrativ verkrusteten Forschungs- und Bildungssystems. Und hierzu brauchen wir zu-

kunftsorientierte und mutige Politiker und Ministeriale wie im MWK, die über den Tellerrand der eigenen Administration nicht nur hinweg schauen, sondern auch hinweg springen können.

Über Tellerränder und Zäune

Wenn diese Sprünge über Zäune und Tellerränder gelingen, wird KIT das Erfolgsmodell, das die deutsche Forschungs- und Bildungslandschaft so dringend benötigt: erstens eine weltweit sichtbare Forschungseinrichtung, die auf mehreren Gebieten international führend und wegweisend ist, zweitens eine Bildungseinrichtung mit attraktiver, beispielhaft guter Lehre und hochmoti-

vierten Absolventen und drittens ein weithin geschätztes Innovationszentrum, das als wichtige Triebfeder wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ent-

wicklungsstrukturen, eine gut durchdachte Mitbestimmungskultur und hochkarätig besetzte Aufsichts- und Beratungsgremien. Und natürlich brauchen wir noch

“Und natürlich brauchen wir noch mehr Karotten.”

mehr Karotten. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, muss KIT reüssieren und das MWK kann sich einen weiteren außergewöhnlichen Erfolg an seine Fahnen heften. Den feiern

wirkungen wirkt und als solche von Industrie, Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Selbstverständlich sollen sich alle Studierenden, Forscher(innen) und Mitarbeiter(innen) im KIT wohl und zu Höchstleistungen angespornt fühlen.

wir dann mit einem entsprechenden Artikel in der Festschrift zum 40-jährigen Bestehen.

Dazu brauchen wir nichts Geringeres als viel mehr Autonomie, stark verbesserte Rahmenbedingungen, klare Füh-

Herzliche Glückwünsche zum 30-jährigen Jubiläum!

BIOPRO Baden-Württemberg - Viel Wissenschaft und ein wenig Kunst

Dr. Ralf Kindervater

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst feiert seinen 30. Geburtstag. Die Landesgesellschaft BIO-PRO Baden-Württemberg GmbH gratuliert und feiert mit – schließlich wird sie im gleichen Zeitraum fünf Jahre alt. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat maßgeblich Anteil daran, dass die BIOPRO Baden-Württemberg als Landesgesellschaft und Innovationsagentur für Biotechnologie und Lebenswissenschaften aufgebaut werden konnte. Aus einem interministeriellen Verbund heraus ist das MWK einer der Gründer, Gesellschafter und Ansprechpartner der BIOPRO Baden-Württemberg.

Branchenspezialist, Netzwerkpartner und Repräsentant

Die politischen Akteure aus Staats-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium haben mit dem Schritt, eine speziell auf die Interessen der Biotechnologiebranche ausgerichtete Landesgesellschaft aufzubauen, Weitsicht bewiesen. Als Branchenspezialist führt die BIOPRO

Baden-Württemberg heute viele Belange aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, die für Biotechnologie und Lebenswissenschaften in Baden-Württemberg entscheidend sind, zusammen. Als Netzwerkpartner für Forscher und Unternehmen deckt die BIOPRO Baden-Württemberg alle Schritte in der Wertschöpfungskette der Biotechnologie ab und repräsentiert den Standort weltweit.

Die Kunst der Bündelung

Wissenschaft und Forschung zu fördern, bildet die wichtigste inhaltliche Verbindung zwischen dem MWK und der BIOPRO Baden-Württemberg. Die Biotechnologie lebt von der Grundlagenforschung, von Ideen und dem Weiterdenken wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte und Dienstleistungen. Dabei sind Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen maßgeblich gefordert. Doch ohne politische Strukturen

wie das MWK, das Kompetenz in Wissenschaft, Forschung und Technologie vereint, kann ein international ausgewiesener High-Tech-Standort wie Baden-Württemberg nicht wachsen. Für die BIOPRO Baden-Württemberg war das Ministerium für Wissenschaft, For-



“Die Biotechnologie lebt von der Grundlagenforschung, von Ideen und dem Weiterdenken wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte und Dienstleistungen.”

schung und Kunst in den vergangenen fünf Jahren stets ein äußerst zuverlässiger Ansprechpartner. Gemeinsam ist es gelungen, für die Biotechnologie und die Lebenswissenschaften im Südwesten eine große Anzahl bedeutender Impulse zu setzen und konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Die Gemeinsamkeiten zwischen MWK und BIOPRO gehen über die oft nüchterne, faktenbasierte Wissenschafts- und Technologieförderung hinaus. Im Rahmen der Clusterausschreibung Bio-Industrie 2021 konnte ein weltweit einmaliger Cluster für die Entwicklung und

Anwendung neuartiger Biopolymere und Biowerkstoffe aufgesetzt werden. Bei der ersten Runde des Spitzenclusterwettbewerbs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat die BIOPRO über 160 Partner erfolgreich zusammengeführt und mit ihrem Konzept "MedCare TechArea" die Runde der letzten zwölf Bewerber erreicht. Und das ist irgendwie auch eine Kunst.

Die Einführung des gestuften Studiensystems

Präsidentin der
Hochschulrektorenkonferenz
Prof. Dr. Margret Wintermantel

Deutschland hat sich 1999 gemeinsam mit damals 28, inzwischen 45 anderen europäischen Staaten verpflichtet, bis 2010 die Ziele der Bologna-Erklärung umzusetzen und sich damit an dem Aufbau eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraums zu beteiligen. Im Jahr 2008 befinden sich die deutschen Hochschulen noch mitten in diesem beispiellosen – weil das gesamte Studienangebot betreffenden – Reformprozess. Der Begriff „Bologna“ steht für eine umfassende Modernisierung aller Studienangebote und für international vergleichbare Studienabschlüsse. Die deutschen Hochschulen haben die Studienreform im Bologna-Prozess als eine zentrale Strategie ihrer Weiterentwicklung angenommen. Sie haben sich die Ziele des Prozesses zu eigen gemacht und begreifen sie sowohl als Chance zur Umsetzung von notwendigen Reformzielen, die im nationalen Rahmen schon lange diskutiert wurden, als auch zur Internationalisierung des Studiums in einem gemeinsamen Europäischen Hochschulraum.

Auf Kurs

Das Land Baden-Württemberg leistet dabei in der Förderung und Weiterentwicklung guter, studierendenzentrierter Lehre mit verschiedenen Maßnahmen, etwa mit seinem Hochschuldidaktikzentrum, seit Jahren Beispielhaftes.

Wodennoch Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses sichtbar werden, sind Lösungsansätze in den Hochschulen, insbesondere zur Verbesserung der Studierbarkeit bei zugleich hoher Qualität des Studienganges, notwendig. Allerdings sollte den Hochschulen gegenüber anerkannt werden, dass eine so tief greifende Reform im laufenden Betrieb nicht ganz einfach umzusetzen ist.

Nach den neuesten statistischen Daten der Hochschulrektorenkonferenz bieten die deutschen Hochschulen im laufen-

den Sommersemester über 7.600 Bachelor- und Masterstudiengänge an. Mittlerweile sind fast 70% aller Studiengänge an deutschen Hochschulen auf Bologna-Kurs, in Baden-Württemberg sind es immerhin über 60%. In absoluten Zahlen gesehen liegt Baden-Württemberg bundesweit beim Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen mit 1.039

Studiengängen nach Nordrhein-Westfalen auf dem zweiten Platz. Die deutschen Universitäten haben über die Hälfte ihres umfangreichen Gesamtstudienangebots umgestellt; an den Fachhochschulen sind es fast 90%. Entsprechend steigt auch der Anteil der Studierenden in den neuen Studiengängen stetig. Fast jede(r) zweite Erstsemester(in) setzt inzwischen auf ein Bachelor- oder Masterprogramm. War vor einem Jahr nur jeder achte Studierende in einem neuen Studiengang eingeschrieben, ist es nun bereits jeder fünfte.

Qualität braucht mehr Geld

Die Studienreform erfordert eine am Aufbau individueller Kompetenzen und



an den Lernergebnissen der Studierenden ausgerichtete akademische Lehre, verbunden mit kleinen Lerngruppen und entsprechend verbesserten Betreuungsraten. Hierfür benötigen

ben, realisierbar. Die deutschen Hochschulen ihrerseits nutzen aktiv und eigenverantwortlich die Bandbreite der Gestaltungsmöglichkeiten, um im Rahmen ihres Profils Studiengänge zu

“Die deutschen Hochschulen haben die Studienreform im Bologna-Prozess als eine zentrale Strategie ihrer Weiterentwicklung angenommen.”

entwickeln, die zum einen den Studierenden die für ihre beruflichen Pläne und Ziele passenden Kompetenzen vermitteln und zum anderen den Erfordernissen auf dem Arbeitsmarkt der

die Hochschulen jedoch deutlich erhöhte finanzielle Mittel und eindeutige rechtliche Rahmenbedingungen. Der finanzielle Mehrbedarf in der Lehre, den der Wissenschaftsrat auf mindestens 15% beziffert, ist in der Sache seit langem bekannt und unbestritten. Die Länder sollten dieser Verpflichtung nachkommen, damit der Erfolg der Reform sichergestellt werden kann. Nur so ist eine Verbesserung der Qualität in der Lehre, die die Hochschulen, aber insbesondere auch die Länder selbst anstre-

Zukunft entsprechen. Politik und Wirtschaft sind jetzt gefragt, diese hohe Qualität durch ein nachhaltiges finanzielles Engagement zu unterstützen.

Die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg - Entwicklungen und neue Herausforderungen

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg feiert sein 30jähriges Bestehen - eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und in die Zukunft zu schauen. Als oberste Landesbehörde ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unter anderem für die Hochschulen und Berufsakademien des Landes zuständig. In den letzten 30 Jahren haben diese einen enormen Zuwachs erfahren, so nahm die Zahl der Studierenden seit dem Wintersemester 1977/78 um über 112.000 oder 80% auf heute rund 253.000 Studierende zu.

Wachstum und Vielfalt - Erfolgsgeschichten in Zahlen

Aber auch die Vielfältigkeit des Bildungsangebotes wurde deutlich ausgeweitet. Heute stehen in Baden-Württemberg insgesamt 80 Ausbildungsstätten des tertiären Bereiches zur Verfügung, darunter 15 staatliche Universitäten und Private Wissenschaftliche Hochschulen, 8 Kunsthochschulen, 6 Pädagogische Hochschulen, 41 Fach- und Verwaltungsfachhochschulen, 8 Berufsakademien sowie eine

Pop- und eine Filmakademie und die Akademie für Darstellende Kunst. Vor 30 Jahren gab es dagegen 57 Hochschulen und 4 Berufsakademien mit einem deutlich ausgeprägten Schwerpunkt bei den staatlichen Universitäten. Zwar sind an den Universitäten nach wie vor die meisten Studierenden eingeschrieben, den größten absoluten Zuwachs haben allerdings die Fachhochschulen erfahren (+50.000), deren Studierendenzahl sich damit verdreifacht hat. Auch die Berufsakademien können eine beispiellose Erfolgsgeschichte vorweisen. Mit kurz nach ihrer Gründung im Jahr 1974 rund 1.200 und heute fast 21.000

Studierenden sind die Berufsakademien aus der Bildungslandschaft des Landes nicht mehr wegzudenken. Sie werden deshalb konsequenterweise im Laufe des Jahres 2009 in eine Duale Hochschule überführt.



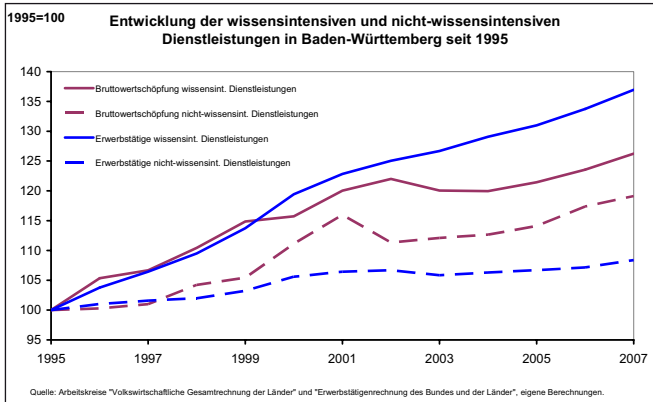
Die Wirtschaft braucht den Ausbau der Hochschulen

Mit dem quantitativen und qualitativen Ausbau haben die Hochschulen und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung des Landes geleistet, denn der Bedarf an akademischen Fachkräften nahm in

“Die zunehmende Wissensintensivierung der baden-württembergischen Wirtschaft spiegelt sich in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur wider”

den letzten Jahrzehnten immer stärker zu. Die zunehmende Wissensintensivierung der baden-württembergischen Wirtschaft spiegelt sich in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur wider.

siven Dienstleistungen wuchs dagegen in diesem Zeitraum um 19%, deren Beschäftigtenzahl um insgesamt 8% – das ist wesentlich weniger als bei den wissensintensiven Dienstleistungen.



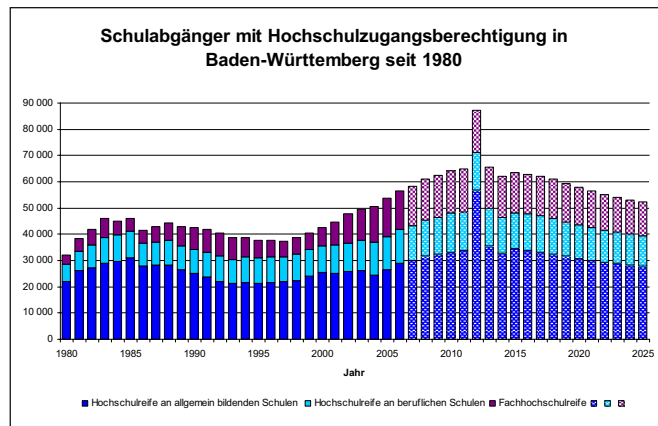
Studienplätze bleiben langfristig nachgefragt

In den nächsten Jahren stehen neue Herausforderungen an. Denn nicht nur die Wirtschaft braucht immer mehr Akademiker – es werden auch immer mehr Studienberechtigte an die bereits ausgelasteten

So hatten 1978 rund 130.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Fachhochschul- bzw. einen Hochschulabschluss, im Jahr 2007 waren es mit 400.000 mehr als dreimal so viele.

Der Bedarf nach gut ausgebildetem Personal wird weiter wachsen. Das zeigt ein Blick auf die Entwicklung von wissensintensiven Dienstleistungen in Baden-Württemberg, also der Branchen, in denen der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss überdurchschnittlich hoch ist. Dazu zählen z.B. Luftfahrt, Nachrichtenübermittlung, Rechts- und Steuerberatung. Die wissensintensiven Dienstleistungsbereiche verzeichneten von 1995 bis 2007 ein Wachstum der Bruttowertschöpfung um 26%, der Zuwachs der Erwerbstätigenzahl fällt mit 37% sogar noch höher aus. Die Bruttowertschöpfung der nicht-wissensintensiven

Hochschulen drängen. So hatten im Jahr 2004 erstmals mehr als 50.000 Schulabgänger eine Studienberechtigung in der Tasche. Ab 2008 ist davon auszugehen, dass in den kommenden 10 bis 12 Jahren pro Jahr mehr als



60.000 Absolventen die Schulen mit einer Hochschulzugangsberechtigung verlassen. Im Jahr 2012 absolvieren gleichzeitig der letzte Jahrgang des 9-jährigen und der erste des flächendeckenden 8-jährigen gymnasialen Bildungsgangs die Abiturprüfungen, dann



sind sogar über 87.000 Studienberechtigte zu erwarten. Erst im Jahr 2020 könnte deren Zahl wieder auf unter 60.000 absinken. Im Jahr 2025 werden knapp 53.000 Studienberechtigte erwartet, das wäre immer noch fast das Niveau des Jahres 2005.

Die Bedeutung einer qualifizierten Berufsausbildung steigt immer weiter an. Die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften wird auch in Zukunft zurückgehen. Der technische Fortschritt sorgt für bisher ungeahnte Möglichkeiten, Arbeitsprozesse zu automatisieren.

Darüber hinaus ist die Verlagerung einfacher Arbeiten ins Ausland noch nicht abgeschlossen. Da die Nachfrage nach Fach- und Führungskräften im Gegenzug ansteigt, stehen die Hochschulen in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Sie sind für die anstehenden Aufgaben gut gerüstet.

Hochschule 2012 - Ein weiteres Programm zur Zukunftssicherung in Baden-Württemberg

Dr. Klaus Herberger

Um die Zukunft richtig einschätzen zu können, muss man manchmal auch zurückschauen.

Als das Wissenschaftsministerium 1978 als eigenständiges Ressort eingerichtet wurde, stand die Hochschulpolitik - ähnlich wie heute - vor

der Herausforderung, für eine stark steigende Zahl von Studienberechtigten über einen Zeitraum von 10 - 15 Jahren vertretbare Rahmenbedingungen herzustellen. Die damaligen hochschulpolitischen Überlegungen haben ihren Niederschlag im 6. (1976), 7. (1977) und 8. (1978) Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem HBFG gefunden. Trotz des abseh-

bar steilen Anstiegs der Studienberechtigten wird damals der räumliche Ausbau auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Planungsausschuss auf insgesamt 850.000 Studienplätze gedeckelt. Die Regierungschefs von Bund und Ländern bestätigen in ihrem Beschluss vom 4.11.1977 dieses langfristige Ausbauziel, fordern aber gleichwohl eine Offenhaltung der Hochschulen und halten dafür Überlastmaßnahmen für ausreichend - dabei kommen im Beschluss der Regierungschefs deutlich Zweifel zum Ausdruck, ob der Arbeitsmarkt die steigende Zahl von Hochschulabsolventen aufnehmen können. Man hält es deshalb für ausreichend, den für die 80er Jahre erwarteten

Studentenberg zu „untertunneln“, also keinen Ausbau auf Dauer vorzusehen - aus heutiger Sicht eine unzutreffende Einschätzung.

Frühe eigene Wege

Bereits damals geht Baden-Württemberg seinen eigenen Weg: Es sichert sich mit einer Ausbauzielzahl von 136.400 Studienplätzen einen überproportionalen Anteil (= 16,04%) am bundesweiten Ausbaувolumen, um auf diese Weise den mittelfristig geplanten Hochschul-

ausbau auch realisieren zu können. Vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen entwickelt sich zwischen den Universitätsrektoren und der Landesregierung ein intensiver Dialog (die „Tonbach“-Gespräche), die zu einer Reihe von Programmen führen, die die Situation an den Hochschulen verbessern (Fiebig-Programm, Reinvestitionsprogramm, Forschungsschwerpunktprogramm).

Anfang der 90er Jahre setzen sich diese Gespräche unter dem neuen Ministerpräsidenten Erwin Teufel in „Maurach“ fort und führen u. a. zu dem im Volumen besonders gewichtigen „Monrepos-Programm“.

Langfristige Planungen

Der Erfolg baden-württembergischer Universitäten bei der „Exzellenzinitiative“ im Jahre 2007 ist deshalb kein Zufall, sondern das Ergebnis einer langfristig angelegten Hochschulpolitik, deren Ziel es war und ist, kontinuierlich die Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Hochschulen zu steigern - durch Deregulierung, durch Strukturreformen



und durch gezielte finanzielle Verbesserungen. Ähnlich erfolgreich verliefen Ausbau und fachliche Differenzierung an den Fachhochschulen auf der Grundlage der Empfehlungen von Gutachterkommissionen (Fachhochschule 2000 (1990); Erweiterung des Fächerspektrums der Fachhochschulen (1993)); vom WS 1980/81 bis zum WS 2007/2008 stieg die Zahl der Studierenden hier um über 150% bei ständig wachsender Qualität, wie überregionale Rankings belegen. Auch der zunächst überregional sehr kritisch aufgenommene Ausbau der Berufsakademien erweist sich inzwischen als baden-württembergisches Erfolgsmodell, das heute in enger Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen 21.000 Studierende ausbildet. Baden-Württemberg hat damit in der Bundesrepublik das am stärksten ausdifferenzierte Studienangebot.

Kein neuer Tunnel: Vorreiter Ausbauprogramm 2012

Das Programm „Hochschule 2012“ fügt sich nahtlos in diese Hochschulpolitik ein. Die steigende Zahl von Studienberechtigten, insbesondere der doppelte Abiturjahrgang 2012, soll die gleichen Studienchancen haben wie die bisherigen Hochschulzugangsberechtigten. Zur Erreichung dieses Ziels werden bis zum Jahre 2012 in einzelnen Teilschritten zusätzliche Studienanfängerplätze eingerichtet, bis im Jahre 2012 insgesamt 16.000 zusätzliche Studienanfängerplätze erreicht sind. Das bisher schon regional dichte Netz von Hochschulstandorten mit einem breit gefächerten Studienangebot bietet dafür eine hervorragende Grundlage. Das Ausbauvolumen von 16.000 zusätzli-

chen Studienanfängerplätzen wurde auf der Grundlage von regionalen und überregionalen Erfahrungs- und Planungswerten ermittelt. Mit einem Zuwachs des Angebots an Studienanfängerplätzen in dieser Größenordnung kann nicht nur der steigenden Nachfrage Rechnung getragen werden, es ist auch mit den bereitgestellten Mitteln ein qualitativvolles Studienangebot möglich. Eine „Untertunnelung“ wie in

„Um die Zukunft richtig einschätzen zu können, muss man manchmal auch zurückblicken.“

den 80er Jahren darf es nicht geben. Im Doppelhaushalt 2007/2008 wurden für den Ausbau bereits 60 Mio. EUR veranschlagt, die in den kommenden Jahren aufgestockt werden. Für den Vollausbau ab dem Jahre 2012 erhalten die Hochschulen jährlich zusätzlich 150 Mio. EUR aus dem Landeshaushalt. Die veranschlagten zusätzlichen Professorenstellen tragen zwar einen k.w.-Vermerk, der Zeitpunkt des Vollzugs ist jedoch bewusst offen gehalten worden, um zu gewährleisten, dass eine Reduzierung der zusätzlich geschaffenen Kapazität erst dann stattfindet, wenn die Nachfrage nach Studienplätzen aufgrund der demografischen Entwicklung zurückgeht.

Das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ stellt eine besondere finanzielle Kraftanstrengung des Landes dar. Als glückliche Fügung erweist es sich in diesem Zusammenhang, dass die baden-württembergische Initiative von Bundesseite aufgegriffen und mit dem „Hochschulpakt 2020“ finanziell unterstützt wird. Bund und Länder sind sich darin einig, dass die Erweiterung des Lehrangebots zur Bewältigung der steigenden studentischen Nachfrage als nationale Her-

ausforderung gesehen werden muss. Die finanziellen Rahmenbedingungen werden durch die Bundesmittel ganz erheblich und spürbar verbessert. In der Kombination von Landesprogramm „Hochschule 2012“ und „Hochschulpakt 2020“ können somit in den nächsten Jahren Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Überforderung unserer Landeshochschulen vermeiden und eine qualitätsvolle Erweiterung des Studienangebots zulassen.

30 Jahre Wissenschaftsministerium - die angesprochenen Beispiele zeigen, dass das Wissenschaftsministerium als eigenständiges Ressort maßgeblich dazu beitragen konnte, dass Baden-Würt-

temberg heute nicht nur als hochschulreiches und hochschulfreundliches, sondern auch als in der Wissenschaft besonders erfolgreiches Bundesland gilt, das in Forschung und Lehre weder den nationalen, noch den internationalen Vergleich zu scheuen hat. Dennoch bleiben genügend Aufgaben und Ziele für die nächsten 30 Jahre übrig.

Studiengebühren – auch ein Marketing-Problem!

Prof. Dr. Markus Voeth

Kaum ein anderes Thema hat die Hochschullandschaft in Deutschland in den letzten Jahren so sehr in Atem gehalten wie das Thema „Studiengebühren“. Intensiv ist nicht nur im politischen Raum, sondern auch an den Hochschulen über das Für und Wider dieses für deutsche Hochschulen neuen Finanzierungsinstruments diskutiert worden. Und die Diskussion hält noch an, da weiterhin bezweifelt wird, dass Studiengebühren zu einer Verbesserung der Lehrbedingungen an den Hochschulen führen werden.

Verbesserungen belegen!

Um Akzeptanz gegenüber Studiengebühren zu erreichen, kommt es daher vor allem darauf an, die durch Studiengebühren hervorgerufenen Verbesserungen der Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen zu belegen. Als Gradmesser für die Verbesserungen kommen dabei zum einen objektive Maß wie Studienabbrecherquoten oder durchschnittliche Studienzeiten in Frage. Zum anderen ist aber auch an subjektive Kenngrößen zu denken, die an der Wahrnehmung der Studierenden ansetzen. Da für eine wirkliche Verbesserung von Studienbedingungen vor allem auch Engagement, Leistungsbereitschaft und Begeisterung der Studierenden erforderlich sind, muss insbesondere deren Zufriedenheit mit den Studienbedingungen beachtet werden. Akzeptanz gegenüber Studiengebühren bei



Studierenden, aber auch anderen gesellschaftlichen Gruppen wird sich so letztlich nur dann einstellen, wenn die Verwendung der Gebühren auch an den Interessen der Studierenden ausgerichtet wird und somit Zufriedenheit mit der Verwendung der Studiengebühren bei Studierenden erreicht wird.

Hinsichtlich der „Zufriedenheit mit der Verwendung von Studiengebühren“ zeigen die Ergebnisse der hierauf gerichteten empirischen Langzeitstudie „Gebührenkompass“ der Universität Hohenheim jedoch, dass es den Universitäten in Deutschland bislang noch nicht gelungen ist, Zufriedenheit bei

der Verwendung von Studiengebühren auf Seiten der Studierenden zu erreichen. Beim Gebührenkompass 2008 (Erhebungszeitpunkt: Mai 2008; Stichprobe: 6.142 Studierende deutscher Universitäten) war die Zufriedenheit im Bundesdurchschnitt so nur ausreichend bis mangelhaft.

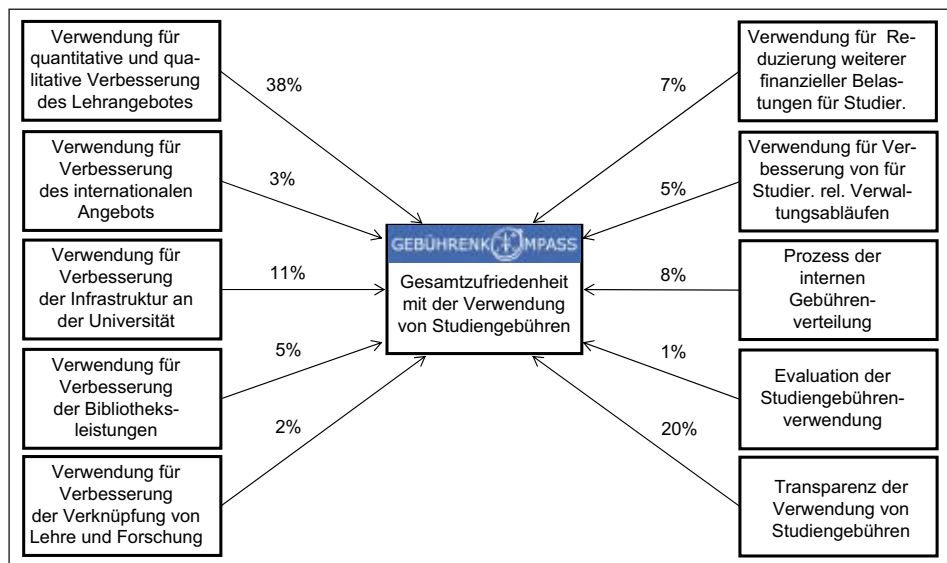
Studiengebühren unmittelbar für bessere Lernbedingungen verwenden!

Vor dem Hintergrund dieser noch nicht zufriedenstellenden Zufriedenheitswerte ist es nicht weiter überraschend, dass auch die Akzeptanz von Studiengebühren bei Studierenden an deutschen Universitäten ebenfalls sehr gering ist. Mehr als 60% der Studierenden lehnen so weiterhin die Erhebung von Studiengebühren ab.

Wollen Hochschulen eine Vergrößerung der Zufriedenheit mit der Verwendung von Studiengebühren erreichen, müssen sie sich stärker an den von Studierenden gewünschten Verwendungsmög-

lichkeiten und -bedingungen orientieren. Aus den Angaben der Studierenden im Rahmen der Gebührenkompass-Erhebung lässt sich dabei ermitteln, wel-

Hochschulen führen (z.B. Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter und Dozenten, Vergrößerung der Anzahl an Seminarplätzen etc.). Interessant ist allerdings



che Verwendungsmöglichkeiten und -bedingungen einen besonders starken Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit von Studierenden mit der Verwendung von Studiengebühren haben.

Es zeigt sich zum einen – was nicht weiter überraschend ist –, dass der größte

zum anderen, dass – zumindest in der augenblicklichen Einführungsphase – Zufriedenheit insbesondere auch durch eine transparente Verwendung der Studiengebühren erzeugt wird.

Transparenz schafft Zufriedenheit

„Um Akzeptanz gegenüber Studiengebühren zu erreichen, kommt es daher vor allem darauf an, die durch Studiengebühren hervorgerufenen Verbesserungen der Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen zu belegen.“

Gerade die besondere Bedeutung von Verwendungstransparenz lässt aber die Tatsache bedenklich erscheinen, dass im Mai 2008 rund 85% der Studierenden bei der Gebührenkompass-Befragung angaben, dass sie sich nicht ausreichend

Einfluss von Verwendungen ausgeht, die unmittelbar zu einer Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an

über die Verwendung „ihrer“ Studiengebühren von ihren Hochschulen informiert fühlen. Hier haben viele Universitä-

ten ihre „Hausaufgaben“ offenbar noch nicht vollständig gemacht: So haben sich die meisten Hochschulen bislang noch zu wenig bemüht, die Verbesserungen der Lehrbedingungen durch die eingesetzten Studiengebühren ihren Studierenden intern zu kommunizieren. Dies ist aber unbedingt erforderlich, wenn Transparenz geschaffen, Zufriedenheit erreicht und Akzeptanz für Studiengebühren sichergestellt werden soll. Die Voraussetzung hierfür ist aber, dass Hochschulen erkennen,

dass sie Studiengebühren intensiver intern „vermarkten“ müssen. Studiengebühren brauchen folglich mehr Marketing an deutschen Hochschulen – und zwar gegenüber den eigenen Studierenden!

Drei „Kreativ-Akademien“ in Baden-Württemberg - Zur Geschichte von Film- akademie, Popakademie und Akademie für Darstellende Kunst

Minister a. D. Dr. Christoph E. Palmer

Die Gründung der Ludwigsburger Filmakademie

Die älteste der drei baden-württembergischen „Kreativ-Akademien“ ist die Ludwigsburger Filmakademie. Noch unter der Ägide von Ministerpräsident Lothar Späth geplant und vom damaligen Professor an der Kunstakademie Stuttgart, Albrecht Ade, im klugen Zusammenspiel mit dem zuständigen Referatsleiter im MWK, Dr. Klaus Bessey, konzipiert, wurde die Akademie in einer leer stehenden Kaserne im „schwäbischen Potsdam“, der ehemaligen Garnisons- und Residenzstadt Ludwigsburg, ab 1991 verwirklicht. Die ursprünglich vorgesehene Landeshauptstadt Stuttgart hatte in Person ihres Oberbürgermeisters Manfred Rommel abgewinkt, während der damalige OB von Ludwigsburg, Hans-Jochen Henke, sofort die Chance für seine Stadt erkannte. Durch ein Medienzentrum für Gründer und Firmen ergänzte Ludwigsburg später seine Bemühungen.

Vom Urknall zum Oscar - Happy Ending

In mehreren Ausbausritten wurde im Mathildenberg ein charmantes Cam-

pus-Gelände geschaffen, das heute eine der erfolgreichsten deutschen Filmhochschulen beherbergt. Das war alles andere als selbstverständlich. Denn als Filmstandort kam Baden-Württemberg zeitlich deutlich zu spät: Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hamburg und nach der Wiedervereinigung Berlin/Babelsberg hatten die Nase vorn. Der „Urknall“ der Filmakademie und die dann 1995 erfolgte Gründung der MFG als Filmförder- und Medienentwicklungstochter des Landes profilierten Baden-Württemberg im Konzert der Länder. Zu den Erfolgsfaktoren der Filmakademie gehörte von Anfang an der konsequen-



te Praxisbezug, der hauptamtliches Lehrpersonal fast vollständig vermied. Die Berufsakademien hatten insofern Pate gestanden. Frühzeitig wurde die Zukunftsbedeutung des Animationsfilms erkannt und dies folgerichtig ab 2003 durch ein eigenständiges Institut unter der Leitung von Professor Thomas Hägele abgerundet. Die Erfolge der Absolventen und un-

zählige Preise der renommiertesten Filmwettbewerbe bis hin zu Oscars sprechen für die Qualität der Akademie. Die Internationalisierung wurde entscheidend forciert und 2001 mit der Etablierung der Deutsch-Französischen Masterclass belohnt. Frankreichs Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder hatten die Zusammenarbeit im Film zwischen beiden Ländern vereinbart. Ich konnte im Zusammenspiel mit Staatsminister Hans-Martin Bury vom Bundeskanzleramt, der auch Ludwigsburger Bundestagsabgeordneter war, die Standortentscheidung in Konkurrenz mit fast allen anderen Standorten von Filmhochschulen auf Ludwigsburg

lenken. Mit dem heutigen Künstlerischen Direktor, dem angesehenen Dokumentarfilmer Prof. Thomas Schadt, und seinem Team ist die Voraussetzung für eine Fortschreibung der Erfolgsgeschichte gegeben.

Die Popakademie

Angespornt durch die fast durchgehend positiven Erfahrungen mit der Filmakademie gingen wir ab dem Jahr 2000 an das zweite Projekt heran: Eine Popakademie. Mittlerweile war nach der Landtagswahl 2001 der gesamte Film- und Medienbereich ins Staatsministerium „gewandert“. Wir behielten aber auch von dort die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem MWK bei. Mit einem sehr tüchtigen Team u.a. um den Ltd. MinRat Dr. Klaus Bessey, meinen Büroleiter

MinRat Rudi Beer, den späteren Referatsleiter, MinRat Dr. Hans Reiter, und Regierungsdirektor Hartmut Römpf entwickelten wir im Stillen Konzepte für eine Strategie, eine Beteiligungsstruktur Externer und ein Curriculum für die Popakademie. Der damalige Abteilungsleiter III (Landespolitik) und heutige Karlsruher Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner hielt dem Team stets den Rücken frei und griff helfend ein, wenn es einmal nicht weiterging. Es gelang, Ministerpräsident Erwin Teufel für die Ankündigung der Popakademie in der Regierungserklärung 2001 – nach gewonnener Landtagswahl – zu gewinnen. Er hatte nicht zuletzt durch das Erfolgsbeispiel der Filmakademie Ludwigsburg die Überzeugung gewonnen, dass auch in der Musikwirtschaft eine Ausbildungseinrichtung neue Chancen für Baden-Württemberg bieten könnte.

Mannheim tonangebend

Ich verhehle an dieser Stelle nicht, dass es großer Diskretion und überzeugender Konzepte bedurfte, um die Popakademie zu schaffen: In den Regierungsfraktionen war für derlei „Firlefanz“ wenig Unterstützung vorhanden, die Presse machte sich immer wieder lustig über die Akademisierung von Pop und Rock. Als schweres Kaliber wurde mitunter der unsägliche Vergleich mit der geplanten, nicht verwirklichten Show-Schule von Caterina Valente aus der Späth-Ära ins Feld geführt. Es wäre nicht gelungen, die Popakademie durchzusetzen, wenn nicht verschiedene Faktoren die Ent-

“Am Anfang muss eine kluge Denkschrift, die überzeugende Konzeption stehen.“

scheidung positiv beeinflusst hätten: Mit der Stadt Mannheim entwickelte sich ein hervorragendes und geräuschloses Zusammenspiel, insbesondere mit dem damaligen Kulturbürgermeister und heutigen Mannheimer OB Dr. Peter Kurz. Das Mannheimer Hafengebiet (Stadtteil Jungbusch) war Fördergebiet der Europäischen Union, so dass wir in erheblichem Umfang für die Investitionen Mittel der EU aktivieren konnten (was bei den konkurrierenden Städten Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg nicht der Fall gewesen wäre), und es gelang – auch mit Hilfe der perspektivisch denkenden Mannheimer Wirtschaft – eine Private-Public-Förderung des laufenden Betriebs auf die Beine zu stellen, die auch die Kritiker überzeugte. Mannheim hatte schließlich durch die „Söhne Mannheims“ und Xavier Naidoo, aber in früheren Jahren etwa auch durch Künst-

ler wie Joy Fleming, einen besonderen Humusboden für die Akademie, der überzeugend wirkte. Nur so gelang 2003 der Durchbruch. Es war die erste und ist – wenn ich es richtig sehe – auch bis heute die einzige Einrichtung dieser Art in Deutschland. Mannheim hat mit der Etablierung eines Musikforums die richtige musikwirtschaftliche Ergänzung der Akademie vollzogen und ich bin sicher, dass noch weitere Ausbauschritte folgen werden.

Mit Handschlägen und Automaten-Cola

Die Verhandlungen um die Trägerstruktur und Finanzanteile der Popakademie werde ich nie vergessen. In den Katakomben des Kongresszentrums „Rosengarten“ trafen sich u.a. Peter Kurz, Hartmut Römpf und ich Sonntagnachmittags mit Xavier Naidoo und dem damaligen Universal-Chef Tim Renner. Mit Handschlägen und Coca Cola aus der Automatenflasche wurde manches besiegelt, was im Anschluss auch hielt. Wie in Ludwigsburg war die Person des Gründungsdirektors elementar wichtig: Mit dem Musikhochschul-Professor Udo Dahmen aus Hamburg gelang auch hier der „richtige Fang“. Für mich persönlich war die Eröffnung der Popakademie am 25.04.2004 durch MP Erwin Teufel und OB Gerhard Widder, unterlegt durch Darbietungen von Udo Lindenberg, ein großer Tag. Vier Tage zuvor war ich als Minister zurückgetreten, konnte nun aber in Mannheim doch noch die Frucht meiner Medienarbeit betrachten. So geriet alles für mich doch ziemlich versöhnlich. Die Erfolge der Akademie seit ihrer Gründung sprechen für sich. Ich bin ein wenig stolz darauf, wie stark die Popakademie Mannheim zum Renommee unseres Landes Baden-Württemberg beiträgt und auch den Strukturwandel Mannheims verkörpert.

Die Akademie für Darstellende Kunst

Bei der Akademie für Darstellende Kunst konnte ich hingegen nur bei den Vorbereitungen helfen. Wir hatten auch für diese im Staatsministerium konzeptionell und organisatorisch seit 2001 intensiv gearbeitet. Die Vernetzung der Schauspielausbildung, die Kombination der unterschiedlichen Ausbildungseinrichtungen zu einem pädagogischen, praxisbezogenen Mehrwert geht wiederum maßgeblich auf Klaus Bessey zurück. Wir wurden jedoch durch die Eifersüchteleien und die Standortegoismen im Raum Stuttgart immer wieder zurückgeworfen. Die von Rudolf Kühner umsichtig vorbereitete Ankündigung von Ministerpräsident Erwin Teufel in seiner Zukunftsoffensive IV zum Ende seiner Amtszeit Anfang 2005, die Akademie in Ludwigsburg zu verwirklichen, und die Reservierung des entsprechenden Betrags von 12 Mio. Euro in der Projektliste war der Durchbruch. Der neue Ministerpräsident Günther H. Oettinger bestätigte die Entscheidung, auch für den Standort Ludwigsburg, um Synergien mit der Filmakademie zu erschließen. Mit OB Werner Spec war alles im einzelnen vorbesprochen worden. Dem neuen Staatssekretär im MWK, Dr. Dietrich Birk, gelang es ab Frühjahr 2006, das Konzept im Detail klug und umsichtig durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Er ließ sich auch durch Querschüsse nicht aus der Façon bringen. Ich war froh, dass ich als Redner meiner Fraktion bei der Verabschiedung der gesetzlichen Grundlagen am 25.07.2007 für die neue Akademie im Landtag deren Unterstützung formulieren konnte. Die Grundsteinlegung ist erfolgt, die Akademie ist im Anlaufen. Diese interdisziplinäre Ausbildungseinrichtung „krönt“ die Bemühungen um die Kreativakademien und schließt die Trias ab. Möge auch ihr Erfolg beschieden sein.

Menschen prägen die Realität

Welche Lehren sind aus den Gründungsgeschichten unserer „Kreativ-Akademien“ zu ziehen? Am Anfang muss eine kluge Denkschrift, die überzeugende Konzeption stehen. Danach muss ein Team von engagierten Menschen der unterschiedlichen Ebenen zielstrebig, hartnäckig und diskret an der Verwirklichung arbeiten. Es sind immer Menschen, die die Realität prägen. Die relevanten Entscheidungsträger müssen gewonnen werden. Den richtigen Zeitpunkt gilt es abzuwarten. Ohne die „glückliche Konstellation“ gelingt nichts.

Mit der Verwirklichung der drei Akademien hat Baden-Württemberg einen kraftvollen Schritt in das 21. Jahrhundert unternommen. Nach meiner festen Überzeugung werden sich Regionen und Standorte im globalen Wettbewerb behaupten bzw. durchsetzen und für die Menschen positive Zukunftschancen schaffen, die konsequent auf Talente,

Technik und Toleranz setzen. Den wichtigen Untersuchungen des amerikanischen Soziologen Richard Florida folgend, bin ich der dezidierten Meinung, dass die Kreativitätszentren der Nährboden für die Cluster von morgen sind. Hoffen wir darauf, dass sich unsere drei baden-württembergischen „Kreativitäts-Akademien“ positiv entwickeln. Möge ihnen das Schicksal anderer bedeutender Kreativeinrichtungen erspart bleiben, dass eine gedankenverlorene, uninspirierte Landespolitik ihren Wert einmal nicht mehr erkennt. Die negativen Beispiele aus unterschiedlichen Jahrhunderten wie etwa der Hohen Carlsschule in Stuttgart oder der Ulmer Hochschule für Gestaltung möge den Verantwortungsträgern als Menetekel immer präsent sein.

Kultur braucht Förderung

Dr. Nicola Leibinger-Kammüller

In Deutschland sind wir einen aktiven Staat gewohnt, auch und gerade in Sachen Kultur. So sind die Länder und die Kommunen zuständig für die öffentliche Kulturförderung. Die Gemeinden leiten ihr Recht zur eigenständigen Kulturförderung sogar unmittelbar aus Artikel 28 Grundgesetz ab.

Gleichwohl ist die private Kulturförderung hierzulande wichtig. Zum einen, weil es der Kultur gut tut, aus verschiedenen Quellen gespeist zu werden. Zum anderen werden in Zeiten knapper öffentlicher Kassen gerne zuerst Gelder für die Kultur gestrichen - eine Sparmaßnahme, die der Gesellschaft teuer zu stehen kommt.

Die private Kulturförderung durch Unternehmen, Stiftungen, Vereine oder Privatpersonen gewinnt daher immer mehr an Gewicht. „Kultursponsoring“ ist das Stichwort dafür. Wenn auch Sponsoring nicht der einzige Weg ist, Kultur zu fördern, bleibt es in Deutschland dennoch hinter dem Sportsponsoring. Zu Unrecht. Die TRUMPF Gruppe und die Berthold Leibinger Stiftung engagieren sich seit Jahren für Kunst und Kultur – mit Sponsoring, mäzenatisch und die Familie Leibinger auch persönlich.

Wertschöpfung verpflichtet, Kultur fördert

Wir sind überzeugt, dass Wertschöpfung zur Kulturförderung verpflichtet

und Kulturförderung zur Wertschöpfung beiträgt. Unternehmen sind heute mehr denn je mit der Gesellschaft verflochten, in der sie wirken. Wirtschaftlich vernünftig verhält sich heute, wer auch ethische und soziale Normen erfüllt, glaubwürdig ist und Vertrauen weckt. Weiche Faktoren führen zu harten Fakten.

Eine umsichtige Kulturförderung hat immer zwei Gewinner: die Kultur bzw. die Kunst einerseits, weil kreative Ideen umgesetzt und sichtbar werden, und das Unternehmen andererseits, weil es bekannter wird und an Ansehen gewinnt. Dabei halten wir uns im Hintergrund und nehmen keinen Einfluss auf die Kulturschaffenden. Denn ent-

steht in der Gesellschaft der Eindruck, dass das Kulturengagement nur Werbezwecken dient, dann lehnen Menschen dieses Engagement ab, und das Unternehmen leidet an Imageverlust.

Auf dieser Grundlage fördern wir mit Projekten im Rahmen unserer Corporate Social Responsibility z. B. das technische und wirtschaftliche Verständnis in

Grundschulen und versuchen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für



„Weiche Faktoren führen zu harten Fakten.“

den Mittelstand und für Familienunternehmen mitzugestalten. Bei Kultursponsoring nehmen hohen Stellenwert freie Künstler oder kleine Theater ein, die neue Wege gehen. Innovationen sind uns nicht nur für unser

eigenes unternehmerisches Tun wichtig, sondern auch in der Kunst. Mäzenatisch hingegen ist die Berthold Leibinger Stiftung tätig. Sie unterstützt künstlerische, wissenschaftliche, kirchliche und karitative Projekte, wie die großen Literaturinstitutionen in Marbach am Neckar und die Internationale Hugo-Wolf-Akademie, die dem Gesang und der Liedkunst verpflichtet ist.

Kultur ist nicht Magd des Marktes, sondern Mutter der Zukunft

Wir fördern zwar Kunst und Kultur im engeren Sinne, nämlich Musik oder Literatur, aber wir verstehen Kultur im weiteren Sinne. Sie ist das eigentliche

Leben und liegt Politik und Wirtschaft, Moral und Religion zugrunde. Sie durchdringt alle Bereiche unseres Lebens, ohne selbst ein Bereich neben anderen zu sein. Es wäre falsch, Kultur als Zuträgerin der Wirtschaft zu verstehen, als eine Magd des Marktes.

Wassily Kandinsky nennt Kultur Mutter der Zukunft. Daher ist Kulturförderung eine Investition in die Zukunft - in die Zukunft des Unternehmens und in die Zukunft der Gesellschaft.

Ausblick - Ideen möglich machen!

Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
und Staatssekretär Dr. Dietrich Birk

Ideen möglich machen!

*Das zerfallende Wissen hält ihn zusammen.
(Elias Canetti)*

Wissenschaft, Forschung und Kunst leben von Ideen. Um wachsen zu können, brauchen Ideen Freiraum, ein förderliches Klima - und finanziellen Humus. Mit der Ermöglichung von Ideen beginnt die Zukunft. Das ist das tägliche Brot des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Auch zukünftig. Wissenschaft, Forschung und Kunst leben von der Grenzüberschreitung. Ideen überwinden Grenzen. So bleibt das Leitmotiv des MWK: Ideen möglich machen - damit Ideen verbinden.

Ideen in der Lehre

Wo der Brotgelehrte trennt, vereinigt der philosophische Geist. (Friedrich Schiller)

Die Bologna-Beschlüsse haben die Chance einer curricularen Reform der Hochschullehre eröffnet. Berufliche Qualifikation ist ein wichtiges Ziel von Hochschulausbildung geworden. Module, Credit-Points, Bachelor- und Masterabschlüsse ermöglichen strukturiertes und flexibles Studieren an verschiedenen Orten. Ein Wechsel auch der Perspektive: Maßstab sind nicht länger Lehrleistungen, sondern Lernleistungen. In Baden-Württemberg ist eine zügige Um-

stellung gelungen. In der Medizinausbildung könnten die Einführung eines Bachelorabschlusses und einer Stufe zwischen Arzt und Krankenpfleger neue Perspektiven eröffnen.

Bologna ist aber nicht das Ende der Studienreform. Das Studium dient nicht nur einer Berufsqualifikation. Hochschulausbildung ist Persönlichkeitsbildung. Hochschulen der Zukunft dürfen die Idee der Universitas nicht aus den

Augen verlieren. Dafür

braucht es Modelle, die in jedes Studium von Beginn an auch interdisziplinäre Module einbeziehen. Schon an der Schule, erst recht an der Hochschule muss Lernen Fächer übergreifen. Wissenschaftliches Denken verlangt Blickwechsel, braucht unterschiedliche Perspektiven, muss Grenzen überschreiten. Und Lernen an der Hoch-

schule muss sich von Anbeginn einüben in wissenschaftliches Denken, mitschwimmen, mitdenken. Persönlichkeiten bilden sich nicht allein aus Fachwissen, sondern auch aus überfachlichen Kompetenzen, Einfühlung, Erfahrung. Curricula müssen deshalb ein berufsqualifizierendes und ganzheitliches Studium ermöglichen. Angesichts vorgezogener Einschulungstermine, 8 Jahren Gymnasialzeit und der Möglichkeit von Bachelorabschlüssen nach 3 Jahren muss die Obergrenze von 5 Jahren für Bachelor- und Masterstudium so verstanden werden, dass am Ende jedes Studiums ein international anerkannter Hochschulabschluss steht. Wissenschaft braucht auch Muße. Bildung braucht auch Zeit.



In der Deutschen Forschungsgemeinschaft sollte eine neue Förderlinie eingeführt werden für Projekte, die exzellente Lehre mit Forschung verbinden. Bereits mit dem Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereiches sollte die Auswirkung der geplanten Forschung auf die Lehre und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Wissensfeldes mitbedacht und dargelegt werden. Die DFG sollte zur Deutschen Wissenschaftsgemeinschaft weiterentwickelt werden. Die DWG wäre der richtige Ort zur rechten Zeit, um das Freiheitsideal Friedrich Schillers und Wilhelm von Humboldts einer Universitas von Forschung und Lehre in autonomen Hochschulen zu beflügeln. Auch bei der Exzellenzinitiative sollten die Auswirkungen der Forschungs-Exzellenzförderung auf die Lehre mitbedacht werden.

Ideen in der Forschung

*Binde Deinen Karren
an einen Stern!
(Leonardo da Vinci)*

Forschung ist Feuer. Wissenschaft basiert auf Neugier. Brennende Neugier entzündet auch begeisterte Lehre. Forschung ist das Herz der Wirtschaft. Produkte lassen sich kopieren. Nur die Idee bleibt einzigartig - Forschung allein sichert langfristig die Spitzenstellung der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Forschung schafft Arbeitsplätze. Exzellente Forschung ist die Grundlage der Spitzenstellung unserer Hochschulen in allen Rankings, nicht zuletzt bei der Exzellenzinitiative.

Forschung ist Feuer. Feuer braucht Freiheit. Sein Lodern lässt sich nur be-

grenzt lenken. Wir brauchen daher eine neue Wahrnehmung der Grundlagenforschung. Sogenannte Blue Sky Research, die der Kreativität freien Lauf lässt, muss gerade auch an Universitäten ihren Platz finden. Dafür sind mehr Projektmittel für ungebundene Forschung notwendig. Wir müssen die Startphase jeder Forschung öffnen für mehr Kreativität, weniger Rechtfertigung - damit am Ende mehr Ideen in Entwicklung und Produktion übergehen. Langfristige Forschung verdient Vertrauen. Forschung ist Risiko.

Das Feuer, das im Nachwuchs brennt, muss früh angefacht werden. Die Deut-



sche Forschungsgemeinschaft sollte ihre Nachwuchsförderung auf den Bereich der Postgraduierten erstrecken. Das kombinierte Modell eines 2-jährigen Masters mit anschließendem 3-jährigem PhD macht auch in Deutschland Sinn. Diese Möglichkeit muss auch den Besten der Fachhochschulen offenstehen. Forschung muss sich lohnen. Die DFG

sollte deshalb Gehaltszuschläge für Antragsteller von Forschungsprojekten vorsehen. Forschung muss sich auch für die Hochschulen lohnen. Darum sollte die Erstattung nachgewiesener Overhead-Kosten für Infrastruktur erweitert werden.

Forschung ist Feuer. Auch für die Gesellschaft. Weil gerade an dieser Schnittstelle der überspringende Funke zweierlei bedeuten kann, Chance und Gefahr, braucht Forschung den Draht zur Gesellschaft. Denn nur Forschung, die verständlich vermittelt und ethisch begründet wird, findet langfristig Akzeptanz, staatliche Finanzierung und den notwendigen Kontakt zur Wirtschaft.

Auch hier kann gerade eine Deutsche Wissenschaftsgemeinschaft ein Umdenken an der Quelle der Forschung, ein Mitdenken gesellschaftlicher Bedürfnisse zu Beginn jedes Forschungsprojekts anstoßen.

Das Feuer der Forschung greift über: Ihr Wesen selbst zwingt Forschung zum fächerübergreifenden Denken. Neue Erkenntnisse wachsen aus neuen Verbindungen. Darauf müssen auch die Strukturen in den Hochschulen ausgerichtet werden. Denn Wettbewerb schließt Kooperationen nicht aus. Zusammenarbeit

Ideen in der Kunst

*Aber das Überhören, so alles zusammen,
ist doch das Beste.*

(Wolfgang Amadeus Mozart)

Die Einrichtungen aller Kunstsparten in Baden-Württemberg haben Weltrang - Museen, Ballettkompagnien, Theater, Orchester, Chöre, Deutsches Literaturarchiv, Kunst- und Musikhochschulen. Der Rang eines Landes als Standort von Wissenschaft und Wirtschaft hängt immer auch von der Klammer eines le-

bendigen Kulturlebens ab. Die Kunst bildet das ästhetische Gedächtnis eines Landes. Und sie formt die Kraft der Vorstellung seiner Menschen von einer lebenswerten Zukunft. Künstlerische Bildung ist Persönlichkeitsbildung. Deshalb müssen auch

*„Ideen - ob in Forschung, Lehre,
Kunst oder Pädagogik - werden
von Menschen entwickelt, die
neue Welten für sich und für
andere entdecken.“*

ermöglicht Fortschritt, der alleine nicht erreichbar wäre. Abstimmung schafft Synergien. Die Vermeidung doppelter Arbeit spart Energie und Geld - und Zeit für Kreativität. Der globale Wettbewerb wird härter. Rankings erwarten eine kritische Masse. Die effektivste und kreativste Organisationseinheit ist die Netzwerkstruktur des menschlichen Gehirns - Vorbild für die Hochschulstruktur von morgen. Im Hochschul-Kosmos der Zukunft bewegen sich daher die Hochschulen aufeinander zu: Innerhalb des Landes, vor allem aber auch zu internationalen Kooperationen und Verbünden. Universitäre und außeruniversitäre Forschung muss sich im Verbund auf internationale Exzellenzcluster ausrichten. Die Fusion von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe zum KIT ist ein Beispiel deutscher Möglichkeiten. KIT bildet erst den Anfang. Weitere Verbünde im Rhein-Neckar-Dreieck und in Württemberg müssen folgen.

künftig bestmögliche Bedingungen für die selbständige Entfaltung des Kunstlebens in Baden-Württemberg geschaffen werden. Dabei gilt es auch in der Kunst, Ideen zur Überschreitung von Grenzen zu fördern.

Die Kunst- und Musikhochschulen müssen sich um die Entwicklung des künstlerischen Nachwuchses in der Spitze wie auch des Kunstverständnisses in der Breite zunehmend bereits vor der Hochschulausbildung sorgen. Sie müssen dafür neue Kooperationsformen mit Schulen und Musikschulen eingehen. Durch motivierende Blockveranstaltungen innerhalb und außerhalb des schulischen Lehrplans (Unterrichtseinheiten, Modell der Streicher- und Bläser-Klassen, Schwerpunkt-Galerien, Arbeitsgemeinschaften, Projektstage, Ferienpraktika, Elitekurse für Oberstufenschüler, Orchester-Kooperationen etc.) ist es möglich, frühzeitig ein Verständnis für künstlerische Formen

und Ausdrucksmöglichkeiten aufzubauen. Im selben Sinn können auch innerhalb eines Hochschulstudiums entsprechende Angebote als fachfremde Module das Prinzip der Universitas stärken - unabhängig von der Hochschulart.

Ideen - ob in Forschung, Lehre, Kunst oder Pädagogik - werden von Menschen entwickelt, die neue Welten für sich und für andere entdecken. Die Hochschulausbildung als Persönlichkeitsbildung fußt auf dem Fundament der frühen Förderung von Verständnis, auch für künstlerische Formen und Ausdrucksmöglichkeiten, und Kreativität. Die Identitätsfindung der Menschen, die Entwicklung sozialer Kompetenz und das Erlernen intellektueller und emotionaler Fähigkeiten werden durch kulturelle und ästhetische Bildung an Schulen und außerschulischen Lernorten frühzeitig gefördert. Die Zusammenarbeit von Schulen und Kultureinrichtungen muss weiter ausgebaut werden, um mehr Kindern und Jugendlichen diese Förderung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen. Kulturelle

und ästhetische Bildung ist die Grundlage für eine breite Teilhabe am Kulturleben und stellt eine wichtige Investition in die Zukunft dar.

Die Bedeutung der hochrangigen kulturellen Bestände des Landes kann durch die Entdeckung der Interdisziplinarität in der Kunstförderung erheblich gesteigert werden. Ausstellungen über Spartengrenzen hinweg, bezogen auf Themen oder Beziehungen von Künstlern, schaffen neue Erkenntnisse. Was bedeuteten bisher und was bedeuten künftig Bildende Kunst und Musik für die Literatur, Musik und Literatur für die Bildende Kunst, Literatur und Bildende Kunst für die Musik? Was braucht und was gibt das Theater, die Oper, das Ballett der Vergangenheit - der Zukunft? Wir stehen für eine neue Kultur der Kunstförderung. Wir entwickeln die Kunstkonzeption des Landes weiter.



Gründungsakt des MWK, 1978

v.l.n.r.

Prof. Dr. Roman Herzog, Minister für Kultus und Sport

Prof. Dr. Helmut Engler, Minister für Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Stv. Ministerpräsident und Kultusminister bis 11.05.1978

Minister, Politische Staatssekretäre und Ministerialdirektoren im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit 11.05.1978

Minister:

Prof. Dr. Helmut Engler	1978 - 1991
Klaus von Trotha	1991 - 2001
Prof. Dr. Peter Frankenberg	seit 13.06.2001

Politische Staatssekretäre:

Dr. Gerhard Weng	1978 - 1980
Norbert Schneider	1980 - 1992
Josef Dreier	1992 - 1996
Dr. Christoph E. Palmer	1996 - 1998
Michael Sieber	1998 - 2006
Dr. Dietrich Birk	seit 14.06.2006

Ministerialdirektoren:

Paul Harro Piazolo	1978 - 1982
Dr. Lorenz Menz	1982 - 1984
Prof. Dr. Manfred Erhardt	1984 - 1991
Dr. Bernhard Bläsi	1991 - 1995
Rudolf Böhmeler	1995 - 2000
Wolfgang Fröhlich	2000 - 2006
Dr. Rainer Hägele	2006 - 2007
Julian Würtenberger	2007
Klaus Tappeser	seit 08.01.2008



Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
Königstraße 46
70173 Stuttgart
Tel.: 0711/279-0 Fax: 0711/279-3080
www.mwk.baden-wuerttemberg.de

Redaktion:

Prof. Dr. Volker Haug, Steffen Walter

Grafische Konzeption:

Prof. Dr. Franco P. Rota, Hochschule der Medien, Stuttgart

Grafik / Layout:

Frank König, Hochschule der Medien, Stuttgart

Satz:

Produktionsamt Hochschule der Medien, Stuttgart

Druck:

Produktionsamt Hochschule der Medien,
Druck auf Heidelberger Maschine

Weiterverarbeitung:

Verlagsbuchbinderei Karl Dieringer GmbH, Gerlingen

Foto-/Bildnachweis:

Die Bildrechte der Autorenportraits liegen beim jeweiligen Autor der Aufsätze/Artikel; Foto Gründung des MWK, S. 96, MWK Baden-Württemberg, Foto Titelseite und Foto S. 8: Prof. Dr. Franco P. Rota

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.



